

fundiert

Das Wissenschaftsmagazin der Freien Universität Berlin

02/2013

Alles im Wandel



Jetzt
4 Wochen
kostenlos
testen:
nzz.ch/digital

NZZ-Leser brauchen kein Papier.

Natürlich möchten Sie nicht auf Ihre Zeitung verzichten.

Damit Sie die «Neue Zürcher Zeitung» immer dabei haben, können Sie sie jetzt auch bequem auf Ihrem Smartphone, Tablet oder Laptop lesen.

Immer und überall. Testen und bestellen Sie hier das kostenlose Digital-Probeabo: nzz.ch/digital

Neue Zürcher Zeitung

ZEITUNG - SMARTPHONE - TABLET - WEB

Vorwort

DIE REDAKTION

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor 100 Jahren hieß ein typisch deutsches Kind Hans oder Gertrud, es konnte im Schnitt auf eine Lebenserwartung von um die 50 Jahre hoffen. Frauen bekamen im Laufe ihres Lebens noch mehr als zwei Kinder, doch nur ein Bruchteil von ihnen sah je eine Universität von innen. Und auch unter den Männern war der Akademikeranteil gering: In ganz Deutschland gab es weniger Studierende als sich in diesem Wintersemester alleine an Berlins Universitäten immatrikulieren werden.

Auch heute könnte man mit Statistiken versuchen, dem „Typischen“ in der Gesellschaft auf den Grund zu gehen. Vermutlich bräuchte man dazu jedoch jede Menge Fußnoten. Typisch für die deutsche Gesellschaft, so scheint es, ist heute höchstens, dass es immer schwerer fällt zu benennen, was an ihr typisch sein soll. Der demografische Wandel ist dafür zwar nicht alleine, aber doch auch mitverantwortlich.

Die Veränderungen durch den demografischen Wandel werden von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik schon lange als „Megatrend des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Wissenschaftsjahr 2013 unter das Motto „Die demografische Chance“ gestellt hatte, zeigt das einmal mehr. Für *fundiert* ein willkommener Anlass, mit Forscherinnen und Forschern der Freien Universität den Wandel der Gesellschaft aus wissenschaftlicher Perspektive zu betrachten, die über die Statistik hinausgeht.

Die Autoren und Autorinnen haben dazu Literaturwissenschaftler, Ökonomen, Mediziner, Historiker, Ethnologen, Psychologen oder Kommunikationswissenschaftler interviewt und mit ihnen über ihre Forschung gesprochen. Sie alle beschäftigt der Wandel – wenn auch in ganz unterschiedlicher Weise. Eine weitere Gemeinsamkeit und übergeordnete Klammer ist: Wo Wandel ist, sind auch Chancen. Die gilt es allerdings rechtzeitig zu nutzen. Nicht umsonst sprechen Demografen bei den absehbaren Folgen des Wandels von der „bestprognostizierten Krise“, die westliche Industrienationen je zu bewältigen hatten.

Viel zu oft, wenn vom „demografischen Wandel“ die Rede ist, geht es nur um die Tatsache, dass die Lebenserwartung stark gestiegen ist, während sich die Geburtenzahl im Sinkflug befindet. Wie das unser Bild vom Altern beeinflusst und wie der Wandel etwa in afrikanischen Ländern aussieht, dazu hat unser Autor Florian Michaelis mit der Psychologin Julia Wolff und dem Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Ethnologie der Freien Universität, Hansjörg Dilger, gesprochen (Seite 32). Über die Forschung zu einem anderen gesellschaftlichen Megatrend, nämlich der Globalisierung, schreibt der Journalist Matthias Thiele (Seite 44). Dass die beginnende Globalisierung Intellektuelle aus allen Teilen der Welt im Paris der Zwanzigerjahre zusammenbrachte, und welche Konsequenzen das für die „Dritte Welt“ hatte, das erforscht der Historiker Michael Goebel vom Friedrich-Meinecke-Institut.

Wie Unternehmen und Volkswirtschaften mit Wandel umgehen, dazu forschen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften unter anderem die Ökonome Gregory Jackson und Georg Schreyögg. Am Ende der Recherche konnte unser Autor Leonard Fischl dem Thema Wandel durchaus etwas Tröstliches abringen: Wer bereit ist, Änderungen frühzeitig zu erkennen und im Zweifel die eigene Komfortzone zu verlassen, hat gute Chancen, eine Phase des Wandels gut zu überstehen. Egal ob man als Einzelperson, Unternehmer oder Volkswirtschaft betroffen ist (Seite 24). Das Beste zum Schluss – so könnte man das „Emotionsparadox“ auch zusammenfassen, zu dem Forscher im Rahmen der neugegründeten Focus Area „DynAge“ an der Freien Universität arbeiten. Wie die Altersforschung bisher zu erklären versucht, warum Menschen im Alter zwar vielleicht körperlich nicht mehr so fit, dafür aber seltener unter Depressionen leiden als junge Menschen, können Sie ab Seite 18 lesen.

Wir wünschen Ihnen bei dieser und anderen spannenden Geschichten eine „erbauliche“ Lektüre,

Ihre *fundiert*-Redaktion



Deine Uni im Netz

campus.leben

Das Online-Magazin

Lesen, was los ist

fu-berlin.de/campusleben

#FreieUniversitaet #Berlin

Die Uni-Facebook-Seite

Sagen, was los ist

facebook.com/freieuniversitaetberlin

Inhalt

Alles im Wandel



Kurzinterview

Vier Fragen an Henderika Hamacher.

Sprecherin des Wissenschaftsjahres 2013 8



Von Julia Rudorf

Auf dem Wege der Besserung. Zu seiner Geburtstunde gefeiert, lange genutzt, später fast
abgeschrieben: Die wechselvolle Geschichte des Universitätsklinikums Benjamin Franklin. 10



Von Sven Lebert

Das gefühlte Glück.

Wie sich mit zunehmendem Alter unsere Emotionen verändern 18



Von Leonard Fischl

Die Lehre nach dem Crash. Bankencrash, Finanzkrise und Spekulationen.

Was haben Politik und Wirtschaft daraus gelernt? 24



Interview

Studium Generationis. Ingrid Zundel, 75, und Marcelina Bugaj, 27,

schildern, was sie während ihres Studiums an der Freien Universität Berlin erlebten 30



Von Florian Michaelis

Quell des Strebens. Wie lange währt die Jugend, wann beginnt das Alter?

Der demografische Wandel verändert unser Bild vom Altwerden – eine Spurensuche 32



Von Paul Nolte

Von Zahlen und Ängsten.

Demografie als Problem in Deutschland während des 20. Jahrhunderts 38



Von Matthias Thiele

Die Entdeckung der Dritten Welt. Der Historiker Michael Goebel erforscht, wie sich

im Paris der Zwanzigerjahre die Idee einer „Dritten Welt“ verfestigte 44



Von Leonard Fischl

Das Alter sichern. Dem Arbeits- und Beschäftigungssystem steht ein tiefgreifender

Wandel bevor. Warum vor allem Frauen von den negativen Folgen betroffen sind 50

BERLIN

DU BIST SO WANDELBAR

Wie Angehörige und Alumni der
Freien Universität die Stadt gestalten

Die Ausgabe Winter 2013/2014 ist ab sofort erhältlich.
wir im Netz: www.fu-berlin.de/wir-magazin

Kunst am Wannsee: Wie Alumnus Martin Faass der Liebermann-Villa zu neuem Glanz verhilft
Rätselhafter Autor: Warum Alumnus Horst Bosetzky sich hinter dem Kürzel -ky versteckte

wir

Magazin für die Ehemaligen
der Freien Universität Berlin

Freie Universität



Berlin



Sonderprogramm
Medienvielfalt anders
Junge Migrantinnen und
Migranten in den Journalismus

Rückenwind für Talente

Unser Angebot

- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum interdisziplinären Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

HEINRICH BÖLL STIFTUNG STUDIENWERK

Unsere aktuellen Förderschwerpunkte

- Studierende mit Migrationshintergrund
- «Medienvielfalt anders!»
- MINT-Fächer, insbesondere Umweltwissenschaften
- Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern
- Studierende aus Fachhochschulen
- Studierende aus Ost- und Südosteuropa, GUS, dem Nahen Osten, aus Nordafrika und Konfliktregionen weltweit

www.boell.de/studienwerk — Nächste Bewerbungstermine: 1. März und 1. Sept. 2014

Inhalt



Von Florian Michaelis

Kleine Genies, große Aufgaben. Elternkurse, Familienbesuche, Bonuszahlungen:

Wie Eltern ihre Kinder fördern und unterstützen können 54



Von Gisela Gross

Von Eingeborenen und Einwanderern.

Wie die neuen Medien Gesellschaft und Politik verändern 60



Von Matthias Thiele

Ausgegrenzt und hochverehrt.

Wie die Griechen und Römer mit ihren Alten umgehen 66

Kurz-fundiert



Kurz-fundiert

Der Wandel in Stichpunkten 72

Impressum

Herausgeber

Das Präsidium der Freien Universität Berlin

Redaktion und Vertrieb

Christa Beckmann (v.i.S.d.P.)

Bernd Wannemacher

Julia Rudorf

Freie Universität Berlin

Presse und Kommunikation

Kaiserswerther Straße 16 – 18, 14195 Berlin

Telefon: (030) 838-73180 | Fax: (030) 838-73187

E-Mail: fundiert@fu-berlin.de

Titelbild

Bernd Wannemacher

fundiert im Internet:

www.fu-berlin.de/fundiert

Druck

H. Heenemann GmbH & Co

Anzeigenverwaltung

ALPHA Informationsgesellschaft mbH

Finkenstraße 10

68623 Lampertheim

Telefon: (06206) 939 – 0 | Fax: (06206) 939 – 232

E-Mail: info@alphapublic.de

www.alphapublic.de

Gestaltung

UNICOM Werbeagentur GmbH

Parkau 36, 10367 Berlin

Telefon: (030) 509 69 89 – 0

Fax: (030) 509 69 89 – 20

E-Mail: hello@unicommunication.de

www.unicommunication.de



WIR WERDEN IMMER KLAPPRIGER ~~AKTIVER~~

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2013

DIE DEMOGRAFISCHE CHANCE



Foto: Wissenschaftsjahr 2013 – Die demografische Chance



„In beinahe allen Forschungsfeldern spiegelt sich der demografische Wandel wider“

Vier Fragen an Henderika Hamacher,
Sprecherin des Wissenschaftsjahrs 2013

Das ganze Jahr über fanden im Kontext des Demografischen Wandels zahlreiche Veranstaltungen statt. Gemeinsam mit der *Initiative Wissenschaft im Dialog (WiD)* richtet das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit dem Jahr 2000 die Wissenschaftsjahre aus. Die Redaktion von *fundierte* sprach im Kurzinterview mit Henderika Hamacher über die Chancen des Demografischen Wandels, wie die Gesellschaft diese Chancen nutzen kann, und wie sie selbst mit dem Alter umgeht.

Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung



fundierte: Unsere alternde Gesellschaft wird eher als Problem wahrgenommen, wo liegt die Chance?

Hamacher: Zunächst einmal darin, dass wir länger und gesünder als jede Generation zuvor leben. Ein langes aktives und gesundes Leben ist für jeden Einzelnen ohne Zweifel eine große Chance. Bei einer Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerungszahl kommt es auf die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen an. Auch darin liegt eine enorme Chance. Das fängt bei der Förderung von Schülern an und reicht bis zur besseren Einbindung älterer Beschäftigter, mehr Frauen und mehr Zuwanderer in das Erwerbsleben. Letztere tragen zur Verjüngung unserer Gesellschaft und zur Erweiterung unseres kulturellen Horizonts bei.

fundierte: Wo sehen Sie den größten Forschungsbedarf?

Hamacher: In beinahe allen Forschungsfeldern spiegelt sich der demografische Wandel zu Recht wider. Exemplarisch sei genannt: Wir leben länger – wie können wir bis ins hohe Alter möglichst eigenständig bleiben und selbstbestimmt leben? Wir sind die größte Volkswirtschaft in Europa und werden weniger – wie können wir unseren Wohlstand dennoch sichern? Wir werden aufgrund der Zuwanderung kulturell vielfältiger – wie gestalten wir das neue Miteinander und wie erreichen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt?

fundierte: Inwiefern kann ein Wissenschaftsjahr die gesellschaftliche Einstellung zum Thema verändern?

Hamacher: Wir laden in einem Wissenschaftsjahr „Die demografische Chance“ interessierte Bürger ein, direkt mit Forschern und Experten aus der Praxis über die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten des demografischen Wandels zu sprechen. Wichtig ist uns aufzuzeigen, was wir heute tun können und tun müssen, wie wir den Wandel gestalten und wie wir die daraus entstehenden Chancen nutzen können. Wir sind optimistisch, dass die Teilnehmer unserer Veranstaltungen und Aktionen dies mitnehmen und weitertragen.

fundierte: Eine ganz persönliche Frage zum Schluss: Wie gehen Sie mit dem eigenen Älterwerden um?

Hamacher: Gelassen, denn daran lässt sich nichts ändern. Mit dem Thema habe ich mich jedoch noch nicht wirklich auseinandergesetzt, denn vom Lebensgefühl her und gemessen an der Erwerbstätigkeit scheint das Alter noch weit entfernt zu sein.

Auf dem Weg der Besserung

Zu seiner Geburtsstunde gefeiert, dann lange genutzt, später abgeschrieben: Das Klinikum am heutigen Campus Benjamin Franklin (CBF) in Berlin-Steglitz hat eine wechselvolle Geschichte. Und noch einiges vor sich. Als Standort für „Erkrankungen der zweiten Lebenshälfte“ der Charité – Universitätsmedizin Berlin soll es zeigen, wie sich Medizinische Forschung und Versorgung auf den demografischen Wandel einstellen.





VON JULIA RUDORF

Mit über 40 Jahren, da fängt das Leben nicht mehr an. Es ist aber auch noch lange nicht vorbei. Trotzdem spricht man bei Menschen, die 40 Jahre und älter sind, rein rechnerisch von der zweiten Lebenshälfte. In Deutschland sind das weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Über vier Millionen Menschen sind laut Statistischem Bundesamt sogar schon älter als 80 Jahre. Werden sie krank, stellen sie an die medizinische Versorgung oft andere Ansprüche als jüngere Patienten. Doch bisher sind noch nicht viele Krankenhäuser darauf eingestellt. Das Klinikum am heutigen Campus Benjamin Franklin (CBF) Steglitz, früher das Universitätsklinikum der Freien Universität, ist heute einer von drei großen Standorten der Charité – Universitätsmedizin, des gemeinsamen medizinischen Fachbereichs von Freier Universität und Humboldt Universität. Dort ist man gerade dabei, sich auf diese Patienten und „Erkrankungen der zweiten Lebenshälfte“ zu spezialisieren. Ziel ist es, nicht nur solche Krankheiten zu behandeln, die mit dem Alter in Verbindung gebracht werden, sondern darüber hinaus Menschen beim Älterwerden zu begleiten und sie beim Gesundbleiben zu unterstützen. Damit betreten die Wissenschaftler und Ärzte hier Neuland.

Und, wie geht es uns heute? Eigentlich ist es müßig, einer Klinik, einem Gebäude, diese Frage zu stellen. Trotzdem kann man sich beim Klinikum Steglitz gut vorstellen, wie die Antworten lauten könnten. Zum Bei-

spiel: „Danke der Nachfrage – muss ja.“ Oder: „Es wird schon wieder besser.“ Beides wäre jedenfalls richtig.

In den sechziger Jahren war das Haus der ganze Stolz West-Berlins, mit einer Reihe von Superlativen: das erste Großkrankenhaus Deutschlands. Mehr als 1400 Betten. Ausgestattet mit State-of-the-Art-Technik. Und einer Architektur, die damals wegweisend war. Die betongewordene Zukunftsphantasie eines modernen Gesundheitswesens.

Zumindest die Architektur, die seit Kurzem offiziell unter Denkmalschutz steht, fasziniert bis heute. Auch wenn mittlerweile wohl keiner mehr hoffen würde, dass die Gegenwart des Klinikums ein Ausweis für die Zukunft des Gesundheitswesens ist: Die Zierfassade aus Betonfertigteilen, die einen Teil des Gebäudes großflächig vor Sonne und neugierigen Blicken schützen sollte, ist beschädigt. Viele der Spitzen aus Beton sind abgebrochen. Was früher aussah wie ein luftiger Vorhang aus Stein, ganz im Stil der Zeit, ist nun teilweise von Fangnetzen überzogen. Zum Schutz der Passanten vor herabstürzenden Teilen der Verkleidung.

Ein gut durchdachtes Krankenhaus

Das Äußere blättert unübersehbar. Aber die inneren Werte haben sich erhalten, davon sind Ärzte und Mitarbeiter überzeugt. „Vom Aufbau und den Wegen her, die das Personal hier täglich zurücklegen muss, ist das Krankenhaus wirklich sehr gut durchdacht“, sagt Heinrich Audebert, „es funktioniert.“ Der Professor für Neu-

Schon als Modell beeindruckte das erste Großkrankenhaus Deutschlands.



U.S. Mission Berlin, Quelle: Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin

rologie weiß, wovon er spricht: Als er 2008 in Berlin-Steglitz die ärztliche Leitung der Neurologie am Campus Benjamin Franklin übernahm, hatte er schon einige Gelegenheiten zum direkten Vergleich. Die Neurologische Station ist eine von 22 Kliniken, die zum CBF zählen. Und sie ist wahrscheinlich die Station, in der man sich die Zukunft der Universitätsmedizin am Standort schon jetzt am ehesten vorstellen kann: Vor drei Jahren wurden die Zimmer auf den Stationen 4a und 4b modernisiert. Die 4b mit der angeschlossenen Stroke-Unit ist als Spezialstation ganz auf die Behandlung von Schlaganfallpatienten eingerichtet. Die Wände sind hellgelb gestrichen, entlang der Flure bieten Holzgeländer bei Bedarf Halt. In den meisten Zimmern stehen ein oder zwei Betten, es gibt eigene kleine Badezimmer und Platz für Geräte und Pflege. Direkt am Eingang zur Station 4b steht den Ärzten ein hochmoderner Magnetresonanztomograf (MRT) zur Verfügung: Damit können Durchblutungsstörungen im Kopf der Patienten in kürzester Zeit erfasst und gezielt behandelt werden.

Wenn Heinrich Audebert Besuchern die Station und den MRT zeigt, weiß er, dass das Krankenhaus den Vergleich zu anderen Kliniken nicht scheuen muss: „Unsere Stroke Unit zählt zu den am besten ausgestatteten Schlaganfalleinrichtungen – auch international.“ Mittlerweile wurde das Angebot zur Behandlung der Schlaganfallpatienten noch weiter ausgebaut. Und zwar

um die neurologische Früh-Rehabilitation. „Bei Schlaganfallpatienten geht es immer wieder um Zeit – auch und gerade bei der Rehabilitation. Im Idealfall schließt die Rehabilitation direkt an die Behandlung der Patienten hier in der Stroke-Unit an“, sagt Audebert. Patienten mit besonders schweren Schädigungen, die nach einem Schlaganfall kaum noch in der Lage sind, sich zu verständigen oder zu bewegen, müssten nicht erst das Ende der Behandlung im Krankenhaus abwarten. Sie könnten bereits in der Klinik zeitnah mit speziellen – über die normale Stroke-Unit-Behandlung hinausgehenden Rehabilitationsmaßnahmen beginnen.

Bald soll es dafür einen eigenen Physiotherapiebereich geben. Bisher stehen in den dafür eingeplanten Räumlichkeiten leere Krankenhausbetten. Professor Ulrich Frei, der Ärztliche Direktor der Charité, ist jedoch sicher, dass die neue Strategie schon jetzt nachvollziehbare Formen annimmt: „Nicht nur in der Neurologie, auch in anderen medizinischen Disziplinen geht es bei der Versorgung von Patienten der zweiten Lebenshälfte um ineinander übergreifende Behandlungen.“

Das Krankenhaus positioniert sich neu

Ein Schlagwort ist die Integrierte Versorgung – die optimale Verzahnung von Fachabteilungen und Rehabilitation an der Klinik und auch darüber hinaus, um zum Beispiel Patienten nach einem Schlaganfall nicht nur möglichst schnell wieder zu entlassen, sondern gemeinsam mit den Hausärzten dafür zu sorgen, dass sie sich nicht genauso schnell erneut als Patienten im Krankenhaus wiederfinden.

Dass man das frühere Vorzeigekrankenhaus mit einem Schwerpunkt auf der medizinischen Versorgung älterer Menschen wieder zu alter Größe bringen könnte, diese Überlegung gibt es schon seit einiger Zeit. Spätestens seit 2001 um die Fusion der Universitätsmedizin der Freien Universität und der Humboldt-Universität zur geGrundideemeinsamen Charité gerungen wurde, stand auch die Zukunft des Klinikums Steglitz immer wieder zur Debatte. Mal war von Schließung, dann von Privatisierung und dem Verlust der Universitätsmedizin die Rede. 2009 war die Abwicklung zwar vom Tisch. Das Klinikum musste jedoch auf einige Fachgebiete verzichten – etwa die Geburtsmedizin.

2010 einigten sich Charité-Vorstand und Politik auf eine entsprechende Strategie. Die Grundidee: in Abgrenzung zu den anderen beiden großen Standorten der Charité – Universitätsmedizin Berlin, dem Campus Charité (CCM) Mitte und Campus Virchow-Klinikum (CVK) im Wedding – soll sich der Campus Benjamin Franklin (CBF) als Spezialist für Erkrankungen, die mit dem Alter in Verbindung stehen, positionieren. „Dazu haben wir am CBF, wie bei den anderen Häusern der

Prof. Dr. med. Heinrich Audebert



Bevor der Neurologe Heinrich Audebert 2008 nach Berlin kam, baute er am Städtischen Klinikum München-Harlaching den Bereich der Frührehabilitation auf und initiierte das Telemedizinische Projekt zur Integrierten Schlaganfallversorgung in Bayern (TEMPiS). Nach zwei Jahren als Consultant Neurologist am St. Thomas' Hospital in London wechselte Heinrich Audebert zum Centrum für Schlaganfallforschung an die Charité – Universitätsmedizin Berlin. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit – neben der ärztlichen Leitung der Neurologie am Campus Benjamin Franklin – ist das Projekt des „Stroke-Einsatz-Mobils“ (STEMO): ein Rettungsfahrzeug speziell für Schlaganfallpatienten. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt ist „INSPIRE-TMS“. Dabei geht es um die sogenannte Sekundärprävention bei Patienten, die bereits einen Schlaganfall erlitten haben.

Kontakt:

Charité – Universitätsmedizin-Berlin, Campus Benjamin Franklin
Klinik für Neurologie

E-Mail: heinrich.audebert@charite.de



Charité, genau nachgesehen: Welche Fachabteilungen gibt es, welche Schwerpunkte – und welche Anknüpfungspunkte“, sagt Ulrich Frei.

In Steglitz sprachen gleich mehrere Gründe für den Fokus auf die Krankheiten in der zweiten Hälfte des Lebens. Nicht nur wegen der Bevölkerung in Steglitz-Zehlendorf. Mit einem Durchschnittsalter von mehr als 46 Jahren ist es laut Statistischem Landesamt aktuell der Stadtteil mit Berlins ältesten Einwohnern. Auch die fachliche Ausrichtung des Krankenhauses im Berliner Süden legte einen solchen Schwerpunkt nahe, sagt Frei. Ein Beispiel: der bevorstehende Umzug der Psychiatrie von Charlottenburg in den Berliner Süden, mit einem besonderen Fokus auf psychiatrischen Problemen alter Menschen. „Außerdem gibt es über Jahre gewachsene Verbindungen zur Freien Universität – etwa zum Bereich Altersforschung oder Public Health. Das alles erschien uns als ein sehr geeignetes Setting für einen ausbaufähigen Schwerpunkt,“ sagt Ulrich Frei.

Krankenhäusern fehlen spezielle Angebote für hochbetagte Patienten

Was der demografische Wandel und immer mehr ältere Patienten für das Gesundheitswesen bedeuten, damit beschäftigt sich Professorin Adelheid Kuhlmei. Die Direktorin des Instituts für Medizinische Soziologie an der Charité – Universitätsmedizin Berlin ist überzeugt, dass ein Fokus auf Patienten und Krankheiten der zweiten Lebenshälfte für das CBF wichtige Akzente setzen könnte: „Nötig wäre eine ‚Gerontologisierung‘.“ Dazu gehörten zwar auch Dinge wie speziell ausgestattete Notaufnahmen, etwa für Demenzkranke. Mit einer schlichten Anpassung der Akutversorgung im Krankenhaus an hochbetagte Patienten sei es jedoch nicht getan.

Alte Patienten hätten oft mehr und andere Krankheiten mit anderen Verläufen als jüngere. Doch genau für Ko- und Multimorbidität und einen entsprechend größeren Pflegeaufwand seien Krankenhäuser nicht gerüstet. „Die Pflege etwa dementer Patienten erfordert einen viel größeren Zeitaufwand – und diese Zeit ist im Krankenhausalltag meistens nicht da.“

Noch problematischer sei allerdings der Übergang von der Versorgung alter Patienten im Krankenhaus hin zur Pflege und Versorgung zu Hause. Oft fehlten entsprechende Angebote, um bestimmte Therapien im heimischen Umfeld fortzuführen oder den Patienten im Alltag zu helfen. Die Folge sei gerade bei den alten Patienten ein „Drehtüreffekt“: Kaum sind die Patienten aus dem Krankenhaus entlassen worden, werden sie erneut ins Krankenhaus eingewiesen. „Bei betagten Patienten müssen Krankenhäuser eine viel größere Verantwortung übernehmen, vor allem für die Zeit nach der Entlassung“, sagt Adelheid Kuhlmei.

Wie solche Übergänge aussehen könnten, dazu haben Kuhlmei und ihre Mitarbeiter verschiedene Modelle entworfen und ihre Wirksamkeit in Studien belegt. Im Rahmen des Integrierten Forschungs- und Behandlungszentrum Schlaganfall der Charité Berlin (CSB) untersuchen sie zum Beispiel, wie ältere Schlaganfallpatienten nach einer Rehabilitation ihren Alltag meistern. Dazu befragten sie mehr als 600 Patienten, sowie Pflegekräfte und Angehörige, wie die Versorgungssituation betagter Patienten auch lange nach einem Krankenhausaufenthalt aussieht. Besser verzahnte Versorgungskonzepte vom Krankenhaus bis zur Pflege zu Hause ließen sich auch bei anderen Krankheiten anwenden, ist Professorin Kuhlmei überzeugt. Und es gebe bereits eine große Zahl an erprobten Strategien. „Wir haben, was den Umgang mit diesen Pati-

Die Architektur des Klinikums am heutigen Campus Benjamin Franklin in Berlin-Steglitz steht unter Denkmalschutz.



Bernd Wörnermacher



Es wird Zeit für eine neue Art der
Mobilität. Mit Elektrofahrzeugen von
BMW i und Lösungen für den Verkehr
von morgen. Erfahren Sie mehr unter:

www.bmwgroup.com/neuemobilitaet



Jetzt Film ansehen.

MANCHE REVOLUTIONEN SIND IHRER ZEIT VORAUS. UNSERE KOMMT JETZT ZUR RICHTIGEN ZEIT.

MOTOR EINER NEUEN MOBILITÄT.

**BMW
GROUP**



Rolls-Royce
Motor Cars Limited



Das Universitätsklinikum Benjamin Franklin: Vom „Best Teaching Center of Europe“ zum Baudenkmal

Der Anspruch war von Anfang an groß. Als das amerikanische State Department 1958 von Gutachtern prüfen ließ, welche Art von Krankenhaus der Berliner Süden idealerweise bräuchte, kamen die Experten zu dem Ergebnis, dass ein Krankenhausbau vor allem Teil eines medizinischen Lehrzentrums für die Freie Universität sein sollte. Weil gut ausgebildete Ärzte in West-Berlin fehlten, sollte das neue Klinikum in Steglitz die medizinische Ausbildung auf eine neue Stufe heben. Es sollte „the best teaching center of Europe“ werden. Schon ein Jahr später wurde der Grundstein gelegt.

Über das Engagement der USA freute sich nicht nur die West-Berliner Bevölkerung und ihr damaliger Bürgermeister Willy Brandt. Vor allem die Freie Universität begrüßte die Unterstützung, hatte sie doch seit ihrer Gründung 1948 zwar eine medizinische Fakultät, jedoch keine eigene Universitätsklinik. Als Notlösung waren die Medizinstudenten an anderen städtischen Krankenhäusern ausgebildet worden. Auf Initiative von Eleanor Dulles, der Schwester des ehemaligen amerikanischen Außenministers John Foster Dulles, die von 1952 bis 1959 das Berlin-Ressort im damaligen *Bureau of German Affairs* des amerikanischen Außenministeriums leitete, griffen die USA der klammen Stadt beim Bau kräftig unter die Arme. Etwa 60 Millionen D-Mark, ein Drittel der Baukosten, stellte die Benjamin-Franklin-Stiftung bereit.

Auch das architektonische Konzept für das neue „Teaching Hospital“ kam aus den USA – das nach den neuesten Standards der Kliniklogistik gebaut würde, war eine Bedingung der Geldgeber. Beauftragt wurden die Architekten Curtis und Davis aus New Orleans. Von deutscher Seite kam der Berliner Architekt Franz

Mocken hinzu, der bereits beim Bau der Kongresshalle, einem weiteren deutsch-amerikanischen Prestigeprojekt, beteiligt war.

Die Medizinische Fakultät der Freien Universität wollte die Gelegenheit des Klinikneubaus nutzen, um sich in den USA Anregungen für eine Neuausrichtung und für Reformen in der Lehre zu holen. 1958 besuchte eine Delegation etwa die Harvard-Medical School, die Yale School of Medicine und das National Institute of Health. Das Ziel war es, ein Klinikum für Forschung, Lehre und interdisziplinäre Zusammenarbeit aufzubauen. Tatsächlich vereinte das Haus später alle drei Funktionen unter einem Dach und galt damit als wegweisend für die Universitätsmedizin. 1968 wurde das Klinikum als modernstes Krankenhaus Europas mit mehr als 1.400 Betten eröffnet. Bis heute ist es für seine durchdachte Kompaktheit und kurzen Wege bekannt. 1994 wurde das Krankenhaus umbenannt in „Universitätsklinikum Benjamin Franklin“ – ein Ausdruck der Dankbarkeit für die amerikanische Unterstützung.

Die vergangenen 20 Jahre waren keine ruhigen Zeiten für den „Grauen Riesen“, wie die Steglitzer den Bau angeblich auch nannten. Mehrmals stand das Haus als Universitätsklinikum vor der Schließung: erst durch die Neuordnung der Berliner Universitätsmedizin nach der Wende, 2002 dann durch Sparpläne des damaligen rot-roten Senats. Doch die Pläne scheiterten am berlinweiten Protest. 2003 fusioniert das UKBF mit der Charité. Das Ergebnis war die Charité – Universitätsmedizin Berlin, und ein neuer Name für das Krankenhaus in Steglitz: Campus Benjamin Franklin. Heute verfügt das Klinikum über etwa 850 Betten in 20 Fachrichtungen. Seit 2013 steht es als eines der jüngsten Baudenkmäler Berlins unter Denkmalschutz.

Willi Brandt, damals Regierender Bürgermeister West-Berlins, legte mit Eleanor Dulles, Schwester des ehemaligen amerikanischen Außenministers John Foster Dulles, den Grundstein des Klinikums am heutigen Campus Benjamin Franklin.



U.S. Mission Berlin, Quelle: Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin

enten angeht, keine Wissens- oder Forschungslücke. Es fehlt bisher an der breitenwirksamen Umsetzung.“

Heinrich Audebert sieht das Problem ähnlich. Innerhalb des CSB forschen er und seine Mitarbeiter nicht nur zu Themen der Akutversorgung von Schlaganfallpatienten, sondern auch dazu, welche Art der Versorgung Menschen nach einem Schlaganfall wirksam vor Rückfällen schützt. Sie begleiteten mehr als 1000 Patienten

in der Zeit nach ihrem Krankenhausaufenthalt, etwa mit speziellen Gesprächsrunden für Angehörige oder einer engmaschigen Kontrolle der Gefäß-Risikofaktoren – komplementär zum Hausarzt. Ziel ist es, das Risiko, erneut einen Schlaganfall zu erleiden, um etwa 30 Prozent zu senken. Von solchen übergreifenden Ansätzen könnten in Zukunft nicht nur die Patienten profitieren – sie könnten dem Krankenhaus auch dabei helfen, an Profil zu gewinnen: „Wir haben verschiedene Ansatzpunkte, nicht nur in der Neurologie. Jetzt müssen konkrete Projekte zeigen, wie wir uns auf dem Campus die ‚Medizin für die zweite Lebenshälfte‘ vorstellen.“

Prof. Dr. Adelheid Kuhlmeiy



Adelheid Kuhlmeiy schloss 1980 ihr Soziologiestudium an der Berliner Humboldt-Universität ab und promovierte 1984 zum Dr. phil. mit einem gerontologischen Thema. Sie folgte 1996 und 1998 Ruf auf Professuren für Gerontologie und Medizinsoziologie an den Fachhochschulen Neubrandenburg und Braunschweig-Wolfenbüttel und ist seit 2002 Direktorin des Instituts für Medizinische Soziologie im Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften an der Charité – Universitätsmedizin Berlin. Sie ist Sprecherin des Forschungsverbundes „Autonomy Despite Multimorbidity in Old Age: Interventions to mobilize Resources“ und leitet an der Charité ein interdisziplinäres Graduiertenkolleg zum Thema „Multimorbidität im Alter“.

Kontakt:

Charité – Universitätsmedizin Berlin,
Institut für Medizinische Soziologie
E-Mail: adelheid.kuhlmeiy@charite.de

Prof. Dr. Ulrich Frei



Ulrich Frei promovierte an der Universität Frankfurt am Main über ein Thema der Nierenphysiologie, bevor er dort auch seinen Facharzt für Innere Medizin abschloss. Nach seiner Habilitation ging er als Oberarzt an die Medizinische Hochschule Hannover und wurde Nephrologischer Leiter des Nierentransplantationsprogramms. 1993 nahm er den Ruf auf die Professur für Innere Medizin mit Schwerpunkt Nephrologie am Virchow-Klinikum der Charité an. Dort wurde er Direktor der Medizinischen Klinik mit Schwerpunkt Nephrologie und Internistischer Intensivmedizin und Ärztlicher Direktor im Nebenamt der zusammengeführten Charité – Universitätsmedizin Berlin. Seit 2008 ist er hauptamtlicher Ärztlicher Direktor.

Kontakt:

Charité – Universitätsmedizin Berlin
Ärztlicher Direktor
E-Mail: ulrich.frei@charite.de

Die Klinik wagt einen Neuanfang

Der Neuanfang am Klinikum Steglitz wird wohl einer auf Raten sein. Da ist sich auch der Ärztliche Direktor Professor Ulrich Frei sicher. Das Konzept bedeute für das Haus eine Transformation des Versorgungsangebotes, inklusive baulicher Anpassungen, die mittlerweile dringend notwendig sind. „In den sechziger Jahren bedeutete Intensivmedizin noch: ein Zimmer mit genug Platz für einen Tropf neben dem Bett. Die Apparatedesigns von heute war damals noch nicht absehbar.“ Ein Patientenzimmer des Benjamin Franklin hat im Schnitt 25 Quadratmeter und ist für 3 Betten konzipiert. Mit heutigen Komfortanforderungen der Patienten und dem Platzbedarf für fachgerechte Pflege sei das kaum mehr vereinbar.

Auf einigen Stationen sei eine „Standardanhebung“ – etwa durch weniger Betten auf dem Zimmer, bereits erfolgt. Gerne wäre man schon weiter. Doch das gesamte Haus zu renovieren, würde rund 200 Millionen Euro kosten. Geld, das die Universitätsmedizin nicht hat. Der circa eine Million teure Umbau der Neurologie wurde unter anderem mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert. Jetzt steht die dringend notwendige Sanierung der Operationssäle auf dem Plan. Vermutlich werde es noch Jahre dauern, bis das ganze Haus Zug um Zug saniert sei, sagt Frei.

Neurologieprofessor Audebert hofft, dass einige Dinge trotzdem schneller geändert werden können, um das Haus den Bedürfnissen der älteren Patienten anzupassen: zum Beispiel eine vereinfachte Orientierung im Haus durch ein Farbleitsystem. Oder eine nachvollziehbare Nummerierung der Stationen nach Stockwerken. „Das verwirrt im Moment sogar diejenigen Patienten, die sich noch in der ersten Lebenshälfte befinden, für ältere Patienten ist es doppelt schwierig, weil sie Wege oft doppelt gehen müssen.“ Bis das ehemalige UKBF zum zweiten Mal in seiner Geschichte zum Vorzeigeklinikum wird, gibt es noch einiges zu tun. Ein Arzt würde vermutlich dennoch sagen: Der Patient ist auf dem Weg der Besserung.

Das gefühlte



Mit zunehmendem Alter verändern sich auch unsere Emotionen. Und zwar zum Positiven. Welche Faktoren für das sogenannte „Emotionsparadox“ verantwortlich sind, erforschen an der Freien Universität der Soziologe Christian von Scheve und der Psychiater Malek Bajbouj.

VON SVEN LEBORT

Alt werden, das scheint der Schrecken der modernen Gesellschaft zu sein. Alter wird gleichgesetzt mit Krankheit und Gebrechlichkeit, mit dem Verlust der körperlichen und geistigen Kräfte, ja schließlich mit Vereinsamung. Gerade in einer Zeit, in der Kinder und Enkel oft fernab der Eltern und Großeltern wohnen. Der mümelnde Greis in einem sterilen Zimmer einer Pflegeeinrichtung, körperlich zwar gut umsorgt, aber unglücklich und einsam, ist zum Schreckensbild einer ganzen Generation geworden. Daran ändern auch all die rüstigen Rentner in ihren Sportjacken und Wanderschuhen nichts, die Gebirge und Freizeitparks bevölkern. Das Alter, so nimmt aktuellen Umfragen zufolge die Mehrzahl der Deutschen an, sei eine Zeit des Unglücks.

Die Altersforschung hingegen weiß es besser: Unter dem Begriff „Emotionsparadox“ ist seit Langem bekannt, dass ältere Menschen glücklicher sind und deutlich weniger unter Depressionen leiden als etwa junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren. Warum das so ist, dar-

über sei schon viel spekuliert worden, sagen die Professoren Christian von Scheve und Malek Bajbouj von der Freien Universität, die sich dieser Frage nun erstmals in einer großangelegten Untersuchung widmen wollen. Warum sind ältere Menschen weniger depressiv? Lernen sie mit zunehmendem Alter einfach besser, mit seelischen Problemen umzugehen? Liegt es an Erbanlagen, die sich im Laufe des Lebens verändern? Oder verfügen ältere Menschen möglicherweise über stabilere soziale Netzwerke in Form von Familien und Freunden, die sie tragen? All diese Faktoren will das Forschungsteam um den Soziologen von Scheve und den Psychiater Bajbouj einer genauen Untersuchung unterziehen, um hinter das Geheimnis des Emotionsparadoxons zu kommen.

Forscher der Focus-Area „DynAge“ betrachten vor allem Krankheitverläufe

Ihr Projekt ist eines von zwölf, das sich an der Freien Universität in einem speziellen Forschungsverbund – einer Focus Area – der Erforschung alterassoziierter Erkrankungen widmet. In Focus Areas arbeiten Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen und Ein-



richtungen über einen längeren Zeitraum gemeinsam an komplexen wissenschaftlichen Fragestellungen von gesellschaftlicher Relevanz. Das Projekt zum Emotionsparadox gehört zur Focus Area „DynAge“, in der Krankheiten nicht nur im Verlauf des menschlichen Lebens, sondern auch in ihren genetischen, individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen untersucht werden. Die Sprecherin der Focus Area, Nina Knoll, Professorin für Gesundheitspsychologie an der Freien Universität, sagt, das Besondere an diesem Verbund sei, „dass wir einen altersvergleichenden Zugang gewählt haben und uns auf die Entwicklungsmechanismen bestimmter Krankheiten in verschiedenen Altersstufen konzentrieren. Dabei nehmen wir die gesamte Lebensspanne in den Blick“.

Das sei ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu anderen vergleichbaren Verbänden, die sich nur auf eine bestimmte Altersgruppe konzentrierten. Die Ergebnisse der Focus Area könnten deswegen auch besonders praxisrelevant sein, sagt Nina Knoll. Unter anderem bei der Vorsorge: „Viele Erkrankungen, die sich im Alter häufen, sind maßgeblich durch den Lebensstil und Risiko-

verhaltensweisen beeinflusst. Dagegen kann man eine ganze Menge tun, aber man muss früh genug im Leben damit anfangen, damit es etwas bringt. Das gilt für jeden Einzelnen, aber auch für den Einsatz von Präventionsprogrammen.“ Auf regelmäßigen Workshops tauschen sich die zwölf Projektgruppen über den Fortgang und erste Ergebnisse ihrer Forschungen aus.

Die meisten Projekte in „DynAge“ wenden sich körperlichen Erkrankungen wie Krebs, Herzleiden oder degenerativen Muskel- und Skelettproblemen zu. Malek Bajbouj und Christian von Scheve indes sahen sofort eine Möglichkeit, hier auch dem Emotionsparadox auf die Schliche zu kommen. Die Wissenschaftler des in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder geförderten Clusters „Languages of Emotion“ haben dazu im Rahmen der Focus Area „DynAge“ ein eigenes Forschungsprojekt vorgeschlagen. In dem Cluster arbeiten Forscher vom Philosophen bis zum Arzt interdisziplinär an dem großen Thema. Unter anderem läuft an diesem Cluster ein groß angelegtes Projekt mit dem Ziel, herauszufinden, warum manche Menschen seelisch krank werden, andere aber nicht.

photocase.de: andrefleischer, germanbrina, unseen

Freude, Wut, Trauer: In der Focus-Area „DynAge“ wird unter anderem erforscht, wie gut Probanden ihre eigenen Gefühle wahrnehmen und beschreiben können



Dafür haben mehr als 500 Probanden aus allen Altersgruppen Blutproben abgegeben, psychologische Tests absolviert und – hier kommen die Soziologen ins Spiel – ihre persönlichen Netzwerke aus Familie, Freunden und Kollegen den Forschern offengelegt. Ein aufwändiges Vorhaben: Es dauerte zwei Tage pro Teilnehmer, alle Daten und Fakten zu sammeln. Mehr als 50 Kategorien von emotionalen Fähigkeiten wurden gemessen und ebenso die „Coping-Strategien“ – also die individuellen Methoden jedes Probanden, mit Stress umzuge-

hen. Dazu wurde etwa getestet, wie gut die Teilnehmer Gefühle aus Fotos herauslesen können, und es wurden lange Interviews geführt.

400 Gene für die Entstehung und Verarbeitung von Gefühlen

Aus den Blutproben isolierten Biologen rund 400 verschiedene Gene, von denen angenommen wird, dass sie an der Entstehung und Verarbeitung von Gefühlen beteiligt sind. Auch wurde untersucht, wie gut die Probanden ihre eigenen Gefühle wahrnehmen und beschreiben können. Nun besitzen die Forscher einen „riesigen Datenschatz“, wie Malek Bajbouj es nennt – und längst ist noch nicht alles ausgewertet.

Die Daten wollen die Wissenschaftler auch dazu nutzen, um das Emotionsparadox zu untersuchen. Das Projekt begann Anfang Oktober und soll etwa ein Jahr dauern. „Als Psychiater wissen wir seit Langem, dass eine neurotische Persönlichkeit, Introvertiertheit, wenig Empathie und frühkindliche Traumata wie körperliche Gewalt oder Vernachlässigung einen Menschen anfälliger für Depressionen machen“, sagt Malek Bajbouj. Auch haben Genetiker längst einige Erbgutmuster im Verdacht, die Risikofaktoren für das Erleiden einer Depression beeinflussen. Doch auch wenn man psychologische Testresultate und Genuntersuchungen zusammenbringt und noch die gerade sehr moderne Epigenetik hinzuruft, also die Wissenschaft von der Veränderung der Erbanlagen im Laufe des Lebens, selbst dann lässt sich noch immer nicht erklären, warum mancher an Depression erkrankt und ein anderer nicht.

Prof. Dr. Malek Bajbouj



Malek Bajbouj, seit 2009 Professor für Psychiatrie und Affektive Neurowissenschaften, Charité – Universitätsmedizin Berlin, ist schon zum zweiten Mal Experte für *fundierte*. Er erklärte in der Ausgabe zu Emotionen unter anderem, wie man mittels der tiefen Hirnstimulation schwere Depressionen behandelt. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Frage,

wie Emotionen, emotionales Gedächtnis und emotionale Kompetenzen im menschlichen Gehirn repräsentiert werden und wie man diese Repräsentationen zu therapeutischen Zwecken beeinflussen kann – und wie die klassischen Grenzen zwischen psychotherapeutischen, psychopharmakologischen und neuromodulatorischen Verfahren aufgehoben werden können.

Kontakt:

Charité – Universitätsmedizin Berlin und Freie Universität Berlin,
Affektive Neurowissenschaften
E-Mail: malek.bajbouj@fu-berlin.de

Prof. Dr. Christian von Scheve



Christian von Scheve, seit 2008 Juniorprofessor am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, forscht vor allem auf dem Gebiet der Emotionssoziologie, Kulturosoziologie und der sozialen Ungleichheit. Sein Interesse gilt der Frage, wie Kultur und Gesellschaft das Denken und Fühlen beeinflussen und welche Rolle Emotion und Kognition in der Entstehung und Veränderung sozialer Ordnung spielen, etwa im Handeln und der sozialen Interaktion. Zudem untersucht er unterschiedliche Darstellungs- und Repräsentationsformen von Emotionen, beispielsweise in den Massenmedien oder der Musik.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie,
Cluster Languages of Emotion
E-Mail: scheve@zedat.fu-berlin.de

Soziale Netzwerke sollen das Emotionsparadox erklären

Für ihre Untersuchungen teilen die Forscher die Probanden in drei Gruppen ein: Junge Menschen bis 35 Jahre, eine mittlere Gruppe bis 60 Jahre und die Älteren über 60 Jahre. Das entspricht in etwa der Altersverteilung von seelischen Erkrankungen, nicht allein Depressionen.

Besondere Hoffnung setzt der Soziologe Christian von Scheve bei der Erforschung des Emotionsparadoxons auf die sozialen Netzwerke. „Es wäre doch plausibel, zu sagen: Je dichter das soziale Netz eines Menschen ist oder je zentraler seine Position darin ist, desto stabiler ist er auch in Fragen geistiger Gesundheit“, sagt der Forscher. Doch andererseits, schränkt von Scheve ein, tendierten soziale Netzwerke dazu, im Alter großmaschiger zu werden: Partner und gleichaltrige Freunde sterben, Kinder und Enkel wohnen weit entfernt. Allein mit der Netzwerktheorie werde man das Paradox der Lebenszufriedenheit im hohen Alter also nicht lösen



können. Seelische Krankheiten sind meist so komplex wie die Menschen, die sie erleiden. „In jedem Fall leisten wir einen Beitrag zur soziologischen Altersforschung, die derzeit ein sehr wichtiges Thema ist“, betont von Scheve mit Blick auf den demografischen Wandel.

Auch die Frage, wie Kultur und Gesellschaft Emotionen und den Umgang mit ihnen prägen, sei bislang hauptsächlich theoretisch abgehandelt worden. An empirischen Daten, erst recht an so umfassenden und interdisziplinär gewonnenen wie jenen aus dem Exzellenzcluster, mangle es hingegen derzeit noch. Schließlich, aber das ist noch Zukunftsmusik, hoffen die Forscher, am Ende über einen weiteren Projektpartner, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), sogar Längsschnittdaten von Menschen auch deren emotionale Zufriedenheit und die Anfälligkeit für Depressionen zu bekommen. Damit könnten die Wissenschaftler die Entwicklung auf individueller Ebene verfolgen.

Das DIW erhebt in seinem regelmäßig durchgeführten sozio-ökonomischen Panel (SOEP) – eine Studie, in der jedes Jahr mehr als 20.000 Personen aus 11.000 Haushalten in Deutschland befragt werden – bereits jetzt kleinere Mengen von Daten über die sozialen Netzwerke der Befragten, wie etwa die Anzahl der Freunde.

Mit den Ergebnissen aus dem „DynAge“-Projekt indes könnte das SOEP viel gezielter nach jenen Faktoren fragen, die den Unterschied zwischen Depression und Zufriedenheit ausmachen. Jürgen Schupp, Professor an der Freien Universität Berlin und einer der Leiter beim SOEP, ist jedenfalls als dritter Partner fest in das Projekt eingebunden.

Wissenschaftler mit dem Blick über den Tellerrand

Ist es nicht schwer, Forscher zu finden, die sich in Netzwerktheorie ebenso gut auskennen wie in Psychiatrie, Psychologie, Genetik und Epigenetik? Malek Bajbouj und Christian von Scheve können über diese Frage nur lächeln. „Wir sind mittlerweile so verwöhnt, dass wir es schon kaum noch merken: Der Exzellenzcluster und die dazugehörige Graduiertenschule haben längst Wissenschaftler hervorgebracht, für die der Blick über den Tellerrand eine Selbstverständlichkeit ist. Einer unserer zentralen Mitarbeiter ist in Netzwerktheorie genauso fit wie in Fragen der Emotionsregulierung“, sagt Malek Bajbouj. Gut möglich also, dass das Emotionsparadox in einem Jahr gar nicht mehr so paradox ist.

Liegt der Grund für mehr Zufriedenheit im Alter in den Genen? Oder an stabileren sozialen Beziehungen?



photocase.de, madochab

the place to be
for science.

Berlin. Wissenschaft auf einen Klick.

www.berlin-sciences.com

Im Dienst der Wissenschaft.

Berlin, die höchste Forschungsdichte Europas. Rund 200.000 experimentierfreudige Menschen studieren, lehren und arbeiten an 14 staatlichen und 28 privaten Hochschulen sowie rund 70 außer-universitären Forschungsstätten. Darunter internationale Institute wie die Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaften. Die enge Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie attraktive Förderbedingungen sind Katalysatoren für eine dynamische Szene im Dienste der Wissenschaft. Erforschen auch Sie diesen lebendigen Nährboden für Wissenschaftler und Unternehmen. Im Berliner Wissenschaftsportal mit aktuellen Terminen, Projekten und Navigator durch die gesamte Berliner Wissenschaft.

www.berlin-sciences.com



**FAT
BANKER
ATE
ALL THE
PIES**





Die Lehre nach dem Crash

Krisen betreffen Unternehmen, Branchen und ganze Volkswirtschaften. Wie und was sie aus daraus lernen können, das untersuchen Wirtschaftswissenschaftler der Freien Universität.



VON LEONARD FISCHL

Seit dem Bankencrash von 2008 reißen die Krisennachrichten nicht ab. Was haben Volkswirtschaften, Politik und Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren daraus gelernt? Wirtschaftswissenschaftler der Freien Universität verfolgen die Frage auf verschiedenen Ebenen. Wie unterschiedliche Nationen mit den Gefahren der Liberalisierung umgehen, diese Frage untersucht der Ökonomeprofessor Gregory Jackson. Professor Georg Schreyögg setzt dagegen bei der Frage an, wie einzelne Unternehmen Krisen erkennen – und wie viel Krise nötig ist, bevor ein Wandel kommt.

Vor fünf Jahren schien es so, als sei die Zeit für Reformen gekommen. Als die Weltwirtschaftskrise 2008 ganze Staaten fast in den Bankrott trieb. Selbst die größten Verfechter des Liberalismus mussten damals kleinlaut zugeben, dass die Kräfte der Märkte nicht zwangsläufig

zur besten aller ökonomischen Welten geführt hatten. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und damit der Rückzug der Politik vom Marktgeschehen hatte den Banken viel Spielraum für gewagte Spekulationen gelassen. Bis die Blase platzte. Noch heute kämpfen Länder wie Spanien, Griechenland und die USA mit den Folgen dieser Krise, die sich mittlerweile zu einer Staatsschuldenkrise ausgeweitet hat.

Nun stellt sich die Frage: Will die Politik an dem System etwas ändern oder alles belassen wie bisher? Eigentlich würde man annehmen, dass fünf Jahre nach dem Crash, der sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union zu hoher Arbeitslosigkeit und zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich geführt hat, nun der Wille zur Veränderung groß sein müsste. Bisher sieht es allerdings nicht danach aus. Die mit einem Oscar prämierte Dokumentation „Inside Job“, die die Verflechtung und Interessenskonflikte zwischen Bankern, Unternehmensberatern und Politik in den USA zeigt,

IBM-Rechner waren 1957 noch groß und langsam. Sie wurden später deutlich kleiner und Verkaufsschlager – und irgendwann unmodern. Trotzdem schaffte das Unternehmen den Kurswechsel und ist heute im Dienstleistungssektor erfolgreich.



wikipedia

Univ.-Prof. Dr. Georg Schreyögg



Georg Schreyögg leitet seit 1994 das Lehrgebiet Organisation und Führung am Management-Department der Freien Universität und forscht vor allem zu Organisationalen Kompetenzen, Organisationale Pfadabhängigkeit und Wissensmanagement. Zuvor war er Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bamberg und der Fern-Universität Hagen. Er veröffentlichte mehr als 200 Publikationen, unter anderem aus den Gebieten der Organisationstheorie und des Strategischen Managements. Schreyögg ist derzeit Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Pfade organisatorischer Prozesse“ am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Institut für Management
E-Mail: ls-schreyoegg@wiwiss.fu-berlin.de

offenbart diese Reformunwilligkeit auf erschütternde Weise. Der Film sieht die Gründe im System: So lange mächtige Akteure wie Banken bei riskanten Spekulationen profitieren, besteht wenig Interesse daran, Regulierungen zu akzeptieren oder umzusetzen – etwa eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer einzuführen. Dominic Strauss-Kahn, während der Aufzeichnung des Films noch Direktor des Internationalen Währungsfonds, sagt es so: „Die Finanzbranche hatte 2008 Angst bekommen. Jetzt will sie zu ihren alten Spielregeln zurück.“

Gregory Jackson, Professor für Personalpolitik am Institut für Management der Freien Universität Berlin, zieht ähnliche Schlüsse. Auch in seinem Forschungsschwerpunkt „Comparative Capitalism“ beschäftigt er sich mit den Ursachen und Folgen der Krise. Jackson sieht ebenfalls einen Stillstand auf dem Finanzmarktsektor. „Die Frage ist nicht Markt versus Staat. Märkte müssen immer sozial eingebettet und reguliert sein. Jene Märkte, die das nicht sind, vernichten auf lange Sicht ihre eigenen Grundvoraussetzungen“, sagt Jackson. Obwohl 2008 der gesellschaftliche und politische Wille existiert habe, eine Reform des Finanzmarktsektors durchzuführen, sei die Einflussnahme der Banken schlicht zu groß gewesen. In der Europäischen Union habe besonders Großbritannien, wo das produzierende Gewerbe klein sei und vor allem die Börsen das Bruttoinlandsprodukt antrieben, eine Transaktionssteuer auf EU-Ebene verhindert.

Mittlerweile wollen lediglich elf Länder, darunter Deutschland und Frankreich, eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer einführen, um die Banken an den Kosten der Krise zu beteiligen – sie soll gerade einmal 0,1 Prozent der gehandelten Summen betragen. Widerstand

Akademische Buchhandlung

Ihre wissenschaftliche
Versandbuchhandlung mit den
besonderen Dienstleistungen.

Aktuell. Kompetent. Schnell. Zuverlässig.

Werner GmbH

Ehrenbergstraße 29
14195 Berlin

Telefon +49 (0)30 84 19 08-0
Telefax +49 (0)30 84 19 08-25
E-Mail info@akabuch.de
www.akabuch.de



kündigt sich besonders auf Seiten der Banken an. Das Argument ist immer das gleiche: Man befinde sich in globaler Konkurrenz, insofern würde eine Transaktionssteuer die Abwanderung von Kapital bedeuten, sagt Jackson.

Mindestlohn – Eingriff gegen soziale Ungleichheit?

In seinem Forschungsschwerpunkt vergleicht Gregory Jackson verschiedene Marktwirtschaften und stellt fest, inwiefern in einem globalisierten Markt eine Einflussnahme von Nationalökonomien möglich und darüber hinaus sinnvoll sei. Denn auch wenn in den Krisen der vergangenen Jahren oft der Eindruck entstand, dass Volkswirtschaften nur noch ein Spielball der Märkte sind – Jackson konnte in verschiedenen komparatistischen Studien zeigen, dass Volkswirtschaften durchaus einen messbaren Spielraum haben, um ihr Marktgeschehen zu steuern. Eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer hält er beispielsweise für sinnvoll. Und auch in anderen Bereichen ließen sich Reformen umsetzen, auch wenn sie von der Politik aufgrund der Interessen einzelner Akteure vermieden würden. Das betreffe vor allem die umstrittene Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

„Wenn man sich die Entwicklung der vergangenen 15 Jahre in der Europäischen Union anschaut, dann stellt man fest, dass es große Unterschiede in der Einkommensverteilung gibt“, sagt der Wissenschaftler. „Deutschland ist eines der Länder, in denen die Ungleichheit stark gewachsen ist.“ Das zeigen makroökonomische Untersuchungen: In den vergangenen Jahren hat sich die Kluft im Einkommen zwischen Verdienern mittlerer Einkommens und jenen der unteren 10 Prozent um 25 Prozent vergrößert. In Großbritannien hingegen ist der Abstand um fünf Prozent kleiner geworden. „Großbritannien hat vor einigen Jahren den Mindestlohn eingeführt“, sagt Jackson und nennt einen der Gründe für diese Entwicklung. In Deutschland gebe es die untere Lohngrenze – anders als in Frankreich und England – nicht. Dies führe zu einer Vergrößerung der sozialen Ungleichheit.

In Deutschland haben Politiker, Unternehmen, aber auch die Gewerkschaften einen Mindestlohn lange zu verhindern gewusst. Die Tarifautonomie lag bei den Gewerkschaften, die vor allem die Löhne im profitstarken „Produzierenden Gewerbe“ regulierten. Noch vor 20 Jahren, als dieser Bereich den Kern der deutschen Wirtschaftsleistung ausmachte, sei das sinnvoll gewesen, sagt Jackson. Das Problem sei jetzt aber, dass der produzierende Bereich immer stärker schrumpfe. „Zugleich wächst der Dienstleistungssektor. Und hier fehlt es an flächendeckenden Tariflöhnen und einer effektiven

Arbeitnehmervertretung.“ Mit katastrophalen Auswirkungen: In manchen Regionen und Branchen würden Löhne unterhalb der Armutsgrenze bezahlt. Das schaffe Unzufriedenheit und soziale Instabilität. Ein staatlicher Eingriff im Sinne eines Mindestlohns würde hier zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen, ist Jackson überzeugt. „Da, wo das deutsche System der Tarifverhandlung schwach ist, könnte man von den Erfahrungen in England lernen. Allerdings müsste man diese Instrumente dem institutionellen Rahmen in Deutschland anpassen.“

Und was ist mit dem Argument der Abwanderung? Viele Ökonomen verweisen darauf, dass ein Mindestlohn zu Jobverlust führt. „Dafür gibt es keine einschlägigen empirischen Belege“, sagt Jackson. „Die neueren und methodisch besseren Studien aus den USA oder Großbritannien finden keine bedeutenden negativen Effekte auf Beschäftigung oder Unternehmen nach Einführung des Mindestlohns. Märkte brauchen Institutionen, die korrigierend in den Markt eingreifen können. Das berührt häufig Fragen der Macht und sozialen Gerechtigkeit. Anders gesagt: Welchen Wert muss eine Stunde menschlicher Arbeit mindestens haben?“ Der Markt könne Eingriffe vertragen. Jetzt sei die Politik gefragt, die wachsende Ungerechtigkeit zu erkennen und rasch aufzuhalten.

Der bewährte Weg in den Abgrund

Manchmal hängt es von einzelnen Interessen ab, ob wichtige Reformen – wie die Einführung der Finanzmarkt-Transaktionssteuer – verschoben werden. Manchmal kann es aber auch daran liegen, dass sich Akteure ihrer falschen Richtungsentscheidung gar nicht bewusst sind. Vor allem erfolgreiche Unternehmen sind von diesem Prozess betroffen, den man in der Wirtschaftswissenschaft das Phänomen der „Pfadabhängigkeit“ nennt, sprich: die Unfähigkeit eines Unternehmens, die eigene strategische Orientierung zu verändern. Besonders in Märkten, die sich in einem radikalen Wandel befinden, kann diese Trägheit zu fatalen Konsequenzen führen.

Diese Problemlage untersucht der Wirtschaftswissenschaftler Georg Schreyögg vom Institut für Management der Freien Universität Berlin. In seinen Analysen beschäftigt sich der Professor für Organisation und Führung mit Unternehmen, die den Zeitpunkt verpassen, sich auf neue Marktverhältnisse einzustellen. „Wir erforschen, welche Probleme es aufseiten der Unternehmen gibt, neue Ideen aufzugreifen und zu verwirklichen. Aufgrund historischer Prozesse können eingefahrene Denkweisen solche Unternehmen erheblich einschränken. Hierbei handelt es sich um unsichtbare Barrieren gegen Wandel. Wir machen sie sichtbar“, sagt der Ökonom.

Man spricht von Pfadabhängigkeit, wenn ein vormals erfolgreiches Management immer wieder die gleichen Ideen aufgreift, ohne die veränderte Situation auf dem Markt zu erfassen. Als Beispiel nennt Schreyögg die Firma Polaroid: Eine riesige Firma, die in den 70er und 80er Jahren ungeheuer erfolgreich war. „Dann kam die digitale Revolution, die eine völlig andere Technologie auf den Markt gebracht hat. Das hat Polaroid zwar erkannt, aber dennoch ist es nicht gelungen, die alten Kompetenzen mit der neuen digitalen Ideenwelt zu verknüpfen.“ Anstatt ein Risiko einzugehen und völlig neue Marktideen umzusetzen, habe das Unternehmen vielmehr auf die bewährte Strategie gesetzt und somit eine Neuaufstellung verpasst. Erfolgreiche Unternehmen hingegen zeichneten sich dadurch aus, dass sie flexibel sind, immer wieder unbekannte Wege einschlagen und sich fähig zeigen, das bekannte Kerngeschäft zu verlassen. „Diese erfolgreichen Weichenstellungen nennt man *frame breaking changes*“, sagt der Wissenschaftler.

Risiken frühzeitig erkennen

Ein gutes Beispiel für einen solchen radikalen Kurswechsel sei dagegen IBM. Das Unternehmen ist erfolgreich geworden durch die Herstellung von großen Computern. Irgendwann seien diese Rechner aus der Mode gekommen, andere Unternehmen hätten bessere Modelle hergestellt, sagt Schreyögg. „Anstatt weiterhin dem alten Geschäftsmodell nachzutruen, hat IBM eine völlig neue Strategie gewählt und sich auf den Sektorspezialisiert.“ Das Management habe auf diese Weise in letzter Sekunde die Kurve gekriegt. Jetzt

bestehe das Kerngeschäft ausschließlich aus Serviceleistungen.

Der Erfolg ist das Narkotikum

Und wer zeichnet für so einen erfolgreichen Strategie-Wechsel verantwortlich? Professor Schreyögg verweist auf starke Führungspersönlichkeiten, die Mut zum Reformwillen beweisen und keine Angst davor haben, sowohl Mitarbeiter als auch Aktionäre zu verunsichern. Manchmal sei genau diese Verunsicherung und Experimentierfreude notwendig, um eingefahrene Strukturen aufzubrechen. Auch die Kooperation mit externen Beratern könne dabei helfen, veraltete Geschäftsmodelle frühzeitig zu erkennen. „Hier muss man auch einmal die Beratungsfirmen in Schutz nehmen. Wenn ein Unternehmen von Pfadabhängigkeit betroffen ist, kann so ein Blick von Außen sehr hilfreich sein“, sagt der Ökonom. „Gerade auch bei Familienunternehmen, in denen das Oberhaupt wie ein Patriarch herrscht, ist die Einbeziehung von externen Beratern besonders sinnvoll.“

Heißt das also, dass vor allem kleine, traditionsbewusste Unternehmen vom Phänomen der Pfadabhängigkeit betroffen sind? Nicht unbedingt, sagt Georg Schreyögg. Bei seinen Untersuchungsobjekten handelte es sich vor allem um erfolgreiche Unternehmen – Handelsvolumen, Größe oder Mitarbeiterstärke spielten dabei keine Rolle. „Der stärkste Treiber für die Pfadabhängigkeit ist der historische Erfolg, weil der natürlich auch die Überzeugung bekräftigt, dass man sich nicht ändern muss. Der Erfolg ist das Narkotikum. Man will immer wieder den bewährten Weg wählen.“

Die Forschungsergebnisse von Georg Schreyögg sind auch auf andere Kontexte übertragbar. Pfadabhängigkeit betrifft Unternehmen, Individuen, Regionen, aber auch ganze Staaten. Zum Beispiel Griechenland: „In Griechenland hat lange Zeit ein ineffizientes Steuersystem gewirkt, doch die Leute haben sich daran gewöhnt. Bis alles zusammengefallen ist. Die Regierung hat es verpasst, frühzeitig zu erkennen, dass der eingeschlagene Weg nicht funktioniert.“ Die scheinbar bewährte Art des Denkens und Wirtschaftens habe Reformen nachhaltig verhindert. Die Konsequenzen seien bis heute spürbar. „Wir sehen jetzt, wie Berater aus dem Ausland nach Griechenland reisen, um Institutionen wie etwa Finanzämter zu reformieren. Aber das gestaltet sich sehr schwierig.“

Die Erkenntnis, die sich daraus ziehen lässt, betrifft jeden – ob nun Finanzämter, Staaten, Unternehmen oder Individuen. Die einzige Konstante, die der globalisierten Welt geblieben ist, ist der Wandel. Gerade in Krisenzeiten hat diese Idee auch etwas Tröstliches: Wer bereit ist, Änderungen frühzeitig zu erkennen und gewohnte Denk- und Handlungsmuster auf den Prüfstand zu stellen, hat beste Chancen, die Krisen gut zu überstehen.

Prof. Dr. Gregory Jackson



Gregory Jackson untersucht, wie sich Praktiken der Corporate Governance und der sozialen Verantwortung von Unternehmen auf verschiedene Stakeholder auswirken. Dazu nutzt er unter anderem länderübergreifende Vergleiche zum besseren Verständnis regulatorischer und anderer gesellschaftlicher Einflüsse auf Unternehmen. Dabei versucht er, unterschiedliche Felder der Betriebswirtschaft miteinander zu verknüpfen, einschließlich institutioneller Theorie, Organisationsanalyse, Wirtschaftssoziologie und vergleichender politischer Ökonomie. Jackson ist Herausgeber der Fachzeitschrift *Socio-Economic Review*.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Institut für Management
E-Mail: LS-Jackson@wiwiss.fu-berlin.de

Studium Generationis

Die eine, Ingrid Zundel, promovierte mit 75 an der Freien Universität. Die andere, Marcelina Bugaj, beendet dort mit 27 gerade ihr Masterstudium. Wie sie ihre Zeit an der Universität erlebten, erzählen sie hier.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Der Unterschied zwischen dem Studium in den sechziger Jahren gegenüber dem heutigen Studium an der Freien Universität ist enorm. Damals wurde der Rektor mit „ehrwürdige Magnifizienz“, der Dekan mit „ehrwürdige Spectabilität“ titulierte, und das Studium war sehr verschult. Von meinem ersten Studium habe ich vor allem die Vorlesungen in Statistik heute noch in schlechter Erinnerung. Die fanden im Audimax statt. Weil der Professor nuschelte und nichts erklärte, glotzte man hilflos auf die Leinwand, wo er seine Folien vorführte. Es war mir schleierhaft, wie man da etwas lernen sollte. So was wie Tutorien gab es auch nicht. 1963 heiratete ich, einen Kommilitonen der Soziologie. Nach zwei Jahren sagte ich zu ihm: „Mach Du unser Studium fertig, ich gehe in meinen Beruf zurück, für Dich ist es wichtiger“. So waren wir Frauen einmal ... Wir quälten uns nämlich sehr mit dem Geldverdienen neben dem Studium, denn ich hatte schon eine kleine Tochter aus erster Ehe.

Nach der Aufgabe meines Studiums blieb ich weiter an der Freien Universität, und zwar als Sachbearbeiterin. Zusammen mit meinem Mann waren wir in den späten 60er Jahren politisch sehr aktiv, und als mit den 70ern eine neue Zeit an der Freien Universität begann, sah ich für mich eine Chance, eine interessantere Arbeit zu bekommen. Die bekam ich dann auch und war 20 Jahre meiner Berufstätigkeit als Referentin und Geschäftsführerin in der Hochschulplanung tätig.

Erst in meinem letzten Berufsjahr – die Kinder waren aus dem Haus und mein Mann verstorben – habe ich wieder ernsthaft über ein Studium nachgedacht. Ich war es mir selbst schuldig, noch einen Studienabschluss zu machen. Und so begann ich dann mit 60, im Wintersemester 1990, mit dem Studium der Psychologie und Gerontologie. Dort hatte ich dann auch wieder mit der Statistik zu tun und wollte es diesmal wirklich verstehen. Also arbeitete ich ein ganzes Semester lang fast sechs Stunden täglich mit einer Kommilitonin. So motiviert war ich in der Jugend nicht. Damals hätte ich vielleicht hingeschmissen.

Erstaunlicherweise fand ich mich oft in Arbeitsgruppen mit Studenten aus der ehemaligen DDR wieder. Warum? Obwohl sie über 30 Jahre jünger waren, waren wir ähnlich sozialisiert. Wenn es passte, besuchten wir



Manfred Witt / VISUM

Die Gerontologin Dr. Ingrid Zundel studierte Soziologie, Psychologie und Gerontologie an der Freien Universität und promovierte mit 75 Jahren mit einer Arbeit zu Zeittauschbörsen.

gerne Seminare morgens um acht Uhr, die ansonsten leer waren ... 1995 machte ich dann ein Einser-Diplom und plante meine Doktorarbeit.

Meine Motivation? Ich wollte versuchen, diese große Herausforderung im Alter von 75 Jahren auch noch zu bestehen. Außerdem wollte ich das Thema der Tauschsysteme aufgreifen und in die Köpfe der Menschen bringen. Denn ich bin überzeugt, dass dieses Konzept für „Zeitreiche und Geldarme“ eine große Hilfe sein kann. Deshalb habe ich meine Arbeit meinen beiden Enkelkindern gewidmet, die damals drei und fünf Jahre alt waren in der Befürchtung, dass sie vielleicht keine durchgehende Berufsbiografie haben werden wie wir heutigen Alten sie hatten. Denn wir sind die letzte Generation, der es finanziell durchschnittlich im Alter noch so gut geht.

2004 wurde die Arbeit „Kommunitarismus in einer alternden Gesellschaft – neue Lebensentwürfe Älterer in Tauschsystemen“ von der Freien Universität angenommen. Meine etwas eigenwillige Bearbeitung bescherte mir „cum laude“, womit ich sehr zufrieden war.

Lebenslanges Lernen war und ist ein Thema, das mich auch lebenslang beschäftigt hat. Ich habe dazu viele Vorträge gehalten. Sie sollten meine Mitmenschen auf unterschiedliche Aktivitäten im Alter hinweisen, damit sie den Jahren Leben hinzufügen und nicht nur dem Leben Jahre. Denn das Alter umfasst mehr Zeit als Jugend und Ausbildung zusammen. Diese Zeit sollte nicht vergeudet werden – dafür ist sie einfach zu kostbar. ♦



Marcelina Bugaj beendet gerade ihr Masterstudium Lateinamerikastudien am Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität. Ihren Bachelor hat die 27-jährige an der TU in Dresden abgeschlossen; Auslandsaufenthalte führten sie nach Spanien und Kolumbien.

Studieren oder nicht – diese Frage hat sich mir so nie gestellt. In meiner Familie sind die meisten Akademiker, viele haben sogar promoviert. Irgendwie war für mich immer klar, dass ich studieren werde. Welches Fach es werden sollte dagegen nicht – ich konnte mir zwei Richtungen vorstellen: entweder Romanistik oder Publizistik. Ich hatte mich für beides beworben und hätte auch für beides einen Platz bekommen. Dann habe ich mich aber letztlich für die Romanistik entschieden.

Ich hatte in Berlin auch ein bilinguales Gymnasium besucht und dort früh Spanisch gelernt. Schon in der Schule hatte ich deshalb auch Freunde, die Spanisch als Muttersprache sprechen. Für den Bachelor ging ich dann an die TU in Dresden. Das Bachelorstudium war anspruchsvoll und auch recht verschult. Der Druck war deshalb schon spürbar: Pro Klausur gab es nur einen Freischuss – zweimal durch eine Prüfung zu fallen, das geht nicht. Ein Langzeitstudent kann man unter solchen Bedingungen schon mal nicht werden. Damit habe ich aber kein Problem gehabt, sondern fand das für mich ganz gut. Allerdings hat man den Schwund im Studium schon gemerkt: Angefangen hatten wir mit mehreren hundert Studierenden. In meinem Jahrgang waren wir dann so um die 50, die den Abschluss gemacht haben.

Dass ich mich im Master dann auf Lateinamerikastudien spezialisiert habe, diesen Rat hat mir ein Professor in Dresden gegeben. Dafür bin ich ihm heute noch dankbar. Nach Berlin an die Freie Universität zu gehen war irgendwie logisch – an dieser Uni hatte ich ohnehin immer studieren wollen. Dass die Universität vielleicht etwas größer ist als andere fand ich nie problematisch. Wenn man aus Berlin kommt, hat man zu Größe aber vielleicht sowieso schon ein etwas anderes Verhältnis. Das Lateinamerika-Institut ist außerdem überschaubar. Die Professoren sind immer erreichbar, die Türen stehen offen – ein sehr offenes Klima, von dem man als Studierender sehr profitiert. Auch in den Kursen habe ich das so erlebt: Jede Frage ist erlaubt, Diskussionen

erwünscht, künstliche Barrieren gibt es nicht. So kann man natürlich auch viel lernen. Der Masterstudiengang ist mit meinem Bachelor deshalb auch kaum zu vergleichen. Der Kurs ist bunt durchmischt – es gibt Studierende aus ganz verschiedenen Ländern und Unis, manche haben auch schon gearbeitet. Das Alter reicht von Mitte 20 bis etwa 30. Aber es spielt eigentlich auch keine große Rolle.

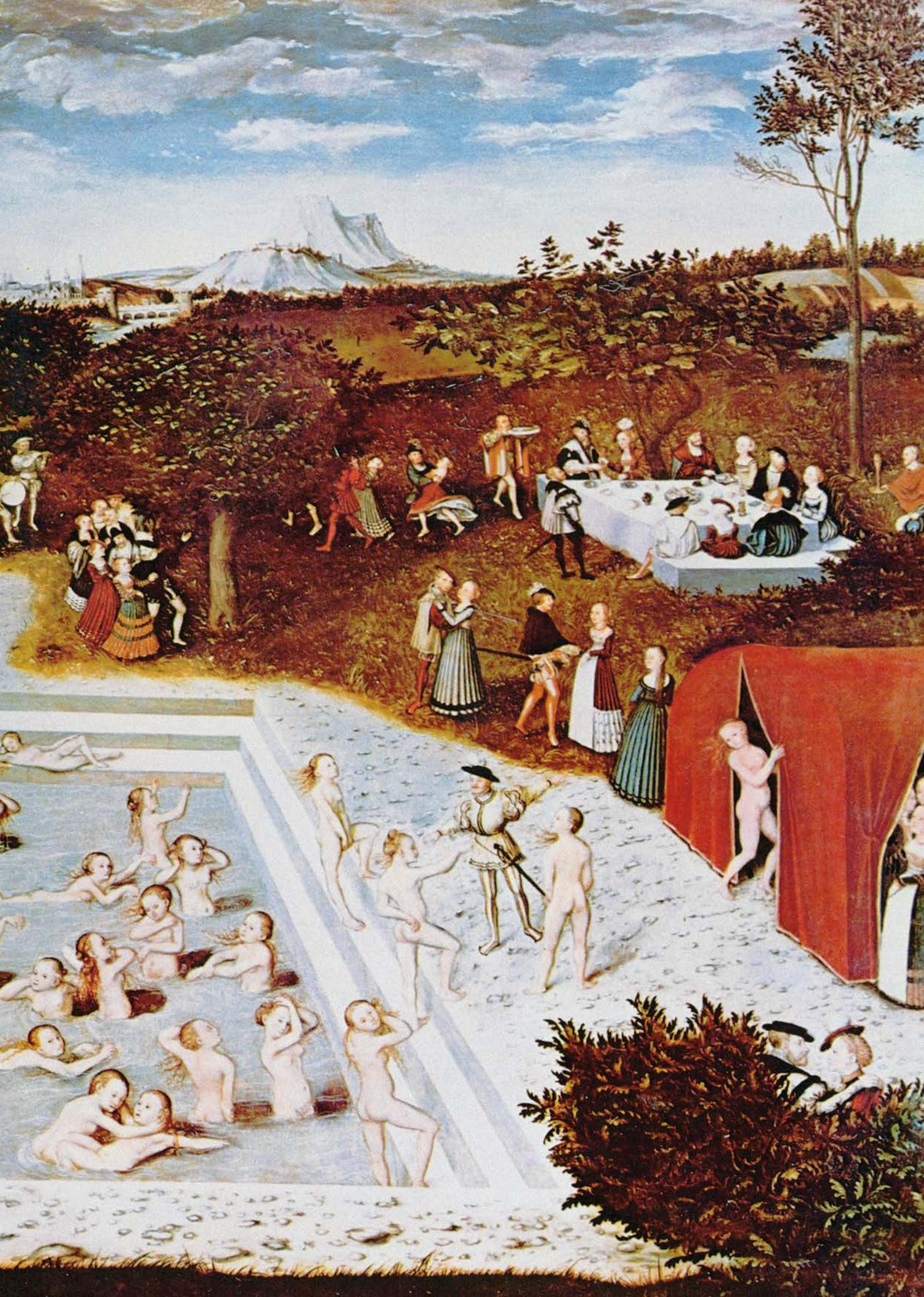
Wie die meisten anderen meiner Mitstudenten in unserem Programm habe ich auch ein Semester im Ausland studiert. Ich wollte gerne nach Kolumbien. Gerade als ich mir das überlegt hatte, wurde ein Direktaustausch zwischen der Freien Universität Berlin und der Pontificia Universidad Javeriana in Bogotá eingerichtet. Ich konnte mein Auslandssemester also sogar mit einem Stipendium organisieren.

In Kolumbien zu studieren war sehr spannend. In einem Kurs mit lauter Muttersprachlern zu sitzen, die gleichen Klausuren zu schreiben und zu bestehen – das hat mich schon auch stolz gemacht. Was für mich ein großer Vorteil meines Studiums ist: Ich konnte verschiedene Universitäten kennenlernen. Zum einen sind es natürlich ganz unterschiedliche akademische Betriebe. Aber auch die Studierenden sehen sich anders – etwa ihre politische Rolle in der Gesellschaft. Das konnte ich vor allem 2009 in Spanien an der Universität in Valencia erleben. Dort wurde sehr viel demonstriert. In Deutschland habe ich das etwas anders erlebt. Gerade sitze ich an meiner Masterarbeit, einen Titel kann und möchte ich aber noch nicht verraten. Gerne möchte ich zu transidenten Menschen aus Südamerika in Berlin forschen. Dass ich mir diese Forschungszeit so selbstbestimmt nehmen und einteilen kann, ist gerade jetzt, gegen Ende meines Masters, ein großer Vorteil. Ich habe keinen Druck von außen, nur meinen eigenen. Ich kann mir gut vorstellen, auch zu promovieren. Aber bevor ich da genauer in die Planung einsteige, möchte ich erstmal meinen Master schaffen. ♦

Quell des Strebens

Wie lange währt die Jugend, wann beginnt das Alter? Der demografische Wandel verändert unser Bild vom Altwerden – aber wie? Eine Spurensuche.







VON FLORIAN MICHAELIS

Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenrate geht zurück: Der demografische Wandel verändert die Gesellschaft. In weniger als 50 Jahren wird jeder dritte Deutsche mindestens 65 Jahre alt sein, jeder siebente sogar älter als 80. Ältere Menschen werden damit im Alltag präsenter, das Alter als Phänomen sichtbarer. Wie der demografische Wandel dagegen in Afrika aussieht und welche unterschiedlichen Szenarien sich daraus ergeben, das erforschen an der Freien Universität Psychologen und Mediziner, Soziologen und Ökonomen, Ethnologen und Informatiker.

In Schubkarren und auf Tragen werden die Frauen herangeschafft, auf Pferderücken sitzend, auf die Schultern von Begleitern gestützt, von ihren Ehemännern geschleppt; gebrechlich, gebeugt, gezeichnet vom Leben. Nackt steigen sie hinab in das Becken, durchschreiten es – und Schritt für Schritt schwinden die Falten, fal-

Das Werk gehört zur Sammlung der Berliner Gemäldegalerie und ist dort ein Publikumsmagnet. Bei der jüngsten „Langen Nacht der Museen“ zählte es zu den besonderen Attraktionen. Denn die gesamte Nacht stand unter dem Titel „Junge Wilde und Alte Meister“, und es gehörte zum Anspruch, mit anderen Augen einen Blick auf Themen wie Jugend und Alter zu werfen. Die Veranstalter hatten einen plastischen Chirurgen engagiert, anhand des Bildes über die Schönheitsideale Cranachs und anderer Maler zu referieren, aber auch über den Jugendwahn und die Angst vor dem Alter. So dozierte ein Arzt, der sonst mit Brustoperationen und Haartransplantationen sein Geld verdient, über die Kunst des 16. Jahrhunderts.

Altersforschung in Literatur, Medizin, Wirtschaftswissenschaft

Nicht nur bei Kultur-Events, auch in der Wissenschaft ist das Altern – und damit das Bild, das wir vom Alter haben – ein Thema, das für Experten unterschiedlicher

Der Traum von der ewigen Jugend, dargestellt im Gemälde „Der Jungbrunnen“ von Lucas Cranach dem Älteren (1546)



len die Jahre ab von ihnen. Sie verlassen das Wasser als junge Frauen, die bei Tanz, Mahl und Liebesspiel ihre neu gewonne Jugend feiern. Der Jungbrunnen, gemalt von Lucas Cranach dem Älteren vor fast 500 Jahren, zeigt einen Menschheitstraum so eindrucksvoll und drastisch wie kaum ein anderes Bild der Geschichte: die Sehnsucht nach ewiger Jugend, nach einer Flucht vor den Beschwerlichkeiten des Alters.

Fachrichtungen Fragen aufwirft. So beschäftigen sich zahlreiche Wissenschaftler und Forschungsprojekte der Freien Universität damit, über die Grenzen der Fachgebiete hinweg; Pharmazeuten und Mediziner ebenso wie Ethnologen, Soziologen und Psychologen, Ökonomen sowie Informatiker.

Da untersucht eine Literaturwissenschaftlerin an der Friedrich-Schlegel-Graduiertenschule autobiografische

Erzählungen über Krankheit und Alter, die sie „Auto-pathografien“ nennt, ein neuer Forschungsschwerpunkt namens „DynAge“ formiert sich, getragen von Freier Universität und der Charité-Universitätsmedizin Berlin, der „die gesamte Lebensspanne in den Blick“ nehmen will, wenn es um Krankheiten geht, nicht nur um das hohe Alter (siehe Seite 18). Da mahnen Wirtschaftswissenschaftler, „den deutschen Arbeitsmarkt demografiefest“ zu machen und Anreize zu schaffen, damit zum Beispiel ältere Arbeitnehmer länger im Beruf bleiben – und ihre Kompetenz nicht verloren geht. Klaus Zimmermann vom „Institut für die Zukunft der Arbeit“ gehört dazu. Er ist Honorarprofessor an der Freien Universität und sagt: „Derzeit liegt die Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen bei 55 Prozent. Wenn es uns gelingt, bis 2025 eine Quote von mindestens 70 Prozent zu erreichen, können mehr als eine Million zusätzliche Arbeitskräfte gewonnen werden.“ Auch wenn die verschiedenen Wissenschaftler nicht alle unmittelbar zusammenarbeiten, so zeigt sich doch, wie sehr das Thema „Alter“ und das Bild, das wir vom Altern haben, nicht nur in der Mitte der Gesellschaft, sondern auch in der Forschung angekommen ist.

2060 wird jeder Dritte älter sein als 65

Kaum ein Thema birgt eine ähnliche gesellschaftliche Relevanz – und kaum eines wird so oft einseitig angegangen, zumindest in Deutschland. Mitunter führen einige statistische Daten zu Alarmismus. Die Lebenserwartung hierzulande steigt, die Geburten gehen zurück. Was nichts anderes heißt als: Die Bundesrepublik altert, die Bevölkerung schrumpft. „Im Jahr 2060 wird jeder Dritte mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben – jeder Siebente wird sogar 80 Jahre und älter sein“, sagte

bereits vor vier Jahren der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler. Die Statistiker sprechen zudem von einem „Geburtendefizit“, damit meinen sie die Zahl, die sich ergibt, wenn mehr Menschen sterben als geboren werden. Noch vor fünf Jahren lag dieses Defizit bei 160.000; in knapp 50 Jahren wird es auf über eine halbe Million gestiegen sein – und sich damit mehr als verdreifacht haben. Es sind solche Zahlen, die gemeint sind, wenn vom demografischen Wandel die Rede ist. Ein Wandel, den viele eher als Bedrohung wahrzunehmen scheinen. Das Alter als Risiko, als Kostenfaktor, als Bedrohung: Das ist die vorwiegende Stoßrichtung vieler Debatten. Zugespitzt ließe sich formulieren: Der demografische Wandel hat mit einem Image-Problem zu kämpfen.

„Leider ist das Bild des Alters sehr negativ geprägt“, sagt Julia Wolff, die an einem Forschungsprojekt namens PREFER mitarbeitet, bei dem die Freie Universität mit dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) kooperiert. „Oft wird Alter nicht mit persönlicher Weiterentwicklung und mehr Kompetenzen verbunden, sondern mit Ängsten vor Verlust von Autonomie und nachlassender Gesundheit“, sagt die promovierte Psychologin. Hier setzen sie und ihre Kollegen an. Der Titel ihres Projekts PREFER steht für „Personale Ressourcen von älteren Menschen mit Mehrfacherkrankungen: Stärkung effektiven Gesundheitsverhaltens“. Die Wissenschaftler beschäftigen sich im Rahmen einer mehrstufigen Studie mit dem Gesundheitsverhalten älterer Menschen, die gleichzeitig an unterschiedlichen Krankheiten leiden. Im ersten Teil ging es vor allem um die Ressourcen der Senioren: Was bringen sie an Fähigkeiten und Einstellungen mit, um mit ihrer Situation umzugehen? Glauben sie zum Beispiel daran, ihre Lage beeinflussen zu können und erleben sie sich auch selbst so? Psychologen sprechen von „Selbstwirksamkeitserwartungen“. „Diese beziehen sich auf die subjektive Annahme, schwierige Herausforderungen mithilfe eigener Kompetenzen bewältigen zu können“, erklärt Ralf Schwarzer den Begriff. Er ist Professor am Arbeitsbereich Gesundheitspsychologie der Freien Universität, der ebenfalls an PREFER beteiligt ist.

Im Mittelpunkt der ersten Studienphase stand die komplexe Wechselwirkung von eigenem Befinden und eigenem Verhalten und der Einfluss auf Lebensqualität und Autonomie. Eine Erkenntnis: Die Selbstwirksamkeit für körperliche Aktivität hängt sehr stark von eigenen Erfolgserlebnissen in der Vergangenheit ab – und von Erfolgsgeschichten anderer älterer Menschen, von denen man in Erzählungen oder auch in Medien wie etwa Filmen erfährt. Wenn dagegen jüngere Verwandte ihren Großvater überreden wollen, doch bitte jetzt öfter spazieren zu gehen oder mit Nordic Walking anzufangen, bleibt der Erfolg eher aus.

Dr. Julia Katharina Wolff



Julia K. Wolff schloss 2007 ihr Studium der Psychologie mit dem Schwerpunkt Entwicklungspsychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ab. Ihre Promotion beendete sie 2011 zum Thema Altersunterschiede im tagtäglichen Zusammenspiel von sozialer Unterstützung und Gesundheit am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Seit 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt PREFER am Deutschen Zentrum für Altersfragen in Berlin.

Kontakt:

Deutsches Zentrum für Altersfragen

E-Mail: julia.wolff@dza.de



Für die zweite Phase von PREFER haben sich die Wissenschaftler darauf konzentriert, ob und wie sich Aktivität und Engagement konkret von außen steigern lassen. Julia Wolff und ihre Kollegin Lisa Warner, ebenfalls promovierte Psychologin, werten jetzt die Befragungen von mehr als 300 älteren Menschen aus, der jüngste 64, die älteste 94. Dabei haben sie nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse gesammelt: „Wir haben Spannendes aus dem Leben der Menschen erfahren“, sagt Wolff. Sie finde es schade, wie negativ das Alter häufig gesehen wird. „Wir bleiben länger gesund, das ist doch eine gute Nachricht.“

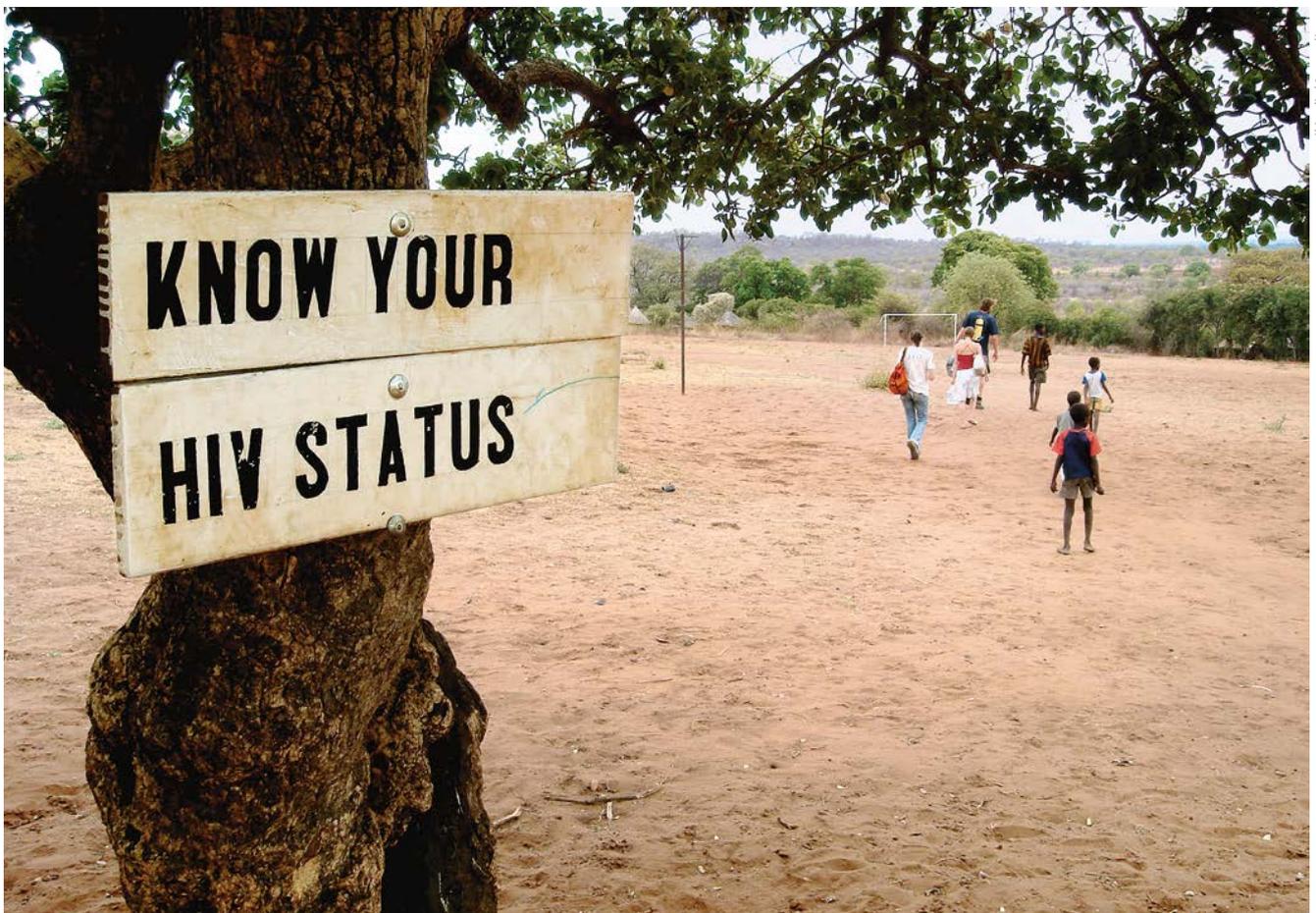
Vor 100 Jahren galten 50-Jährige als alt

Tatsächlich ist es kaum ein Jahrhundert her, dass 50-Jährige in Deutschland bereits als alt galten. Bei einem Mädchen, das heute in Stuttgart zur Welt kommt, gehen die Statistiker hingegen davon aus, dass es gut 84 Jahre alt werden wird, bei einem neugeborenen Jungen aus München sind es immerhin 81,5 Jahre – das sind die deutschen Städte mit den höchsten Werten. Fast überall in Westeuropa ist die Lebenserwartung in den vergan-

gen Jahrzehnten gestiegen, im Schnitt um 35 Jahre. Doch was in Europa als einzige Variante des demografischen Wandels bekannt ist, sieht etwa in Ostafrika ganz anders aus. So liegt die Lebenserwartung in Tansania für Jungen bei knapp 60, für Mädchen bei 61 Jahren. In 190 anderen Ländern leben die Menschen länger; früher sterben sie fast nur in den Nachbarstaaten Tansanias. Vor allem der HI-Virus und Aids plagen das Land. Ende der achtziger Jahre sank in Tansania, Uganda und Kenia die Lebenserwartung sogar, mehr als ein Jahrzehnt lang, nur langsam steigt die statistische Kurve wieder an. Noch dramatischer stellt sich die Lage in Botswana dar: 1990 lag die Lebenserwartung dort bei über 64 Jahren, 2010 nur noch bei 53.

„Da wird die gesamte demografische Struktur durcheinandergewirbelt“, sagt Hansjörg Dilger. Der Professor ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Ethnologie der Freien Universität und hat dort die Arbeitsstelle Medizinethnologie aufgebaut, die 2010 offiziell eröffnet wurde. Seine Disziplin ist im deutschsprachigen Raum vergleichsweise jung, in den USA, Großbritannien und Frankreich viel etablierter. Das hat vor allem historische Gründe: Nach der NS-Zeit und dem

HIV und Aids haben, vor allem in Afrika, den Lebensentwurf der Großfamilie vollkommen verändert.



wikipedia/jonraulinson

Zweiten Weltkrieg hielten die Ethnologen Abstand zu Medizinern und Biologen. Man wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sich in der Nähe der Rassenlehre der Nationalsozialisten zu bewegen. In den Siebzigerjahren dann forcierten vor allem Mediziner und Psychiater eine erneute Zusammenarbeit, stießen aber auf große Skepsis. Erst in den Neunzigerjahren, da studierte Dilger noch, gab es mehrere Initiativen aus der Ethnologie heraus, unter anderem ein studentisches Tutorium an der Freien Universität, das auch Dilger besuchte. Daraus ging eine Arbeitsgruppe in der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde hervor, die wiederum ein immer größeres Netzwerk knüpfte. Mittlerweile ist die Arbeitsstelle in Dahlem eines der wichtigsten Zentren für Medizinethnologie Deutschlands,

an das auch renommierte Gastwissenschaftler aus dem Ausland gerne kommen.

Dilger selbst hat viel in Ostafrika gearbeitet und geforscht. Er kann erklären, wie HIV und Aids dort vieles verändern, was mit Familie und Alter zu tun hat. „Die Frage nach Gesundheit und Alter ist ganz anders eingebettet als in Europa“, sagt Dilger. „Hohes Alter ist eigentlich positiv konnotiert, es bedeutet traditionell, dass man einen höheren Status in der Gemeinschaft hat, höheres Ansehen, mehr Einfluss.“ Für die Alterssicherung verlassen sich vor allem die Menschen auf dem Land nach wie vor auf ihren Nachwuchs: „Kinder kümmern sich um ihre Eltern, wenn diese alt werden. Das ist zumindest das Idealbild“, sagt Dilger. Soziale Sicherungssysteme und Rentenkassen sind entweder überfordert oder existieren nicht. Auch so ist zu erklären, dass jede Frau in Tansania im Schnitt fünf Kinder bekommt.

Dr. Lisa Marie Warner



Dr. Lisa Marie Warner studierte an der Freien Universität Berlin Psychologie auf Diplom mit Schwerpunkt Gesundheitspsychologie. Im Rahmen der ersten Phase des Projekts PREFER (2008 bis 2010) promovierte sie über die psychischen Ressourcen für körperliche Aktivität bei älteren Menschen mit Mehrfacherkrankungen und ist mittlerweile in der zweiten Phase des Projekts (2011 bis 2014) wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentrum für Altersfragen und der Freien Universität Berlin.

Kontakt

Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Gesundheitspsychologie
E-Mail: lisa.warner@fu-berlin.de

Prof. Dr. Hansjörg Dilger



Hansjörg Dilger ist Professor für Sozial- und Kulturanthropologie am Institut für Ethnologie. Nach Abschluss der Promotion an der Freien Universität (2004) lehrte er von 2005 bis 2007 an der University of Florida, Gainesville. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Medizin- und Religionsethnologie sowie der urbanen Anthropologie und der Anthropologie der Bildung und des Lernens. Seit 2010 leitet er an der Freien Universität die Arbeitsstelle Medizinethnologie, die deutschlandweit wie auch international hohe Sichtbarkeit genießt.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Institut für Ethnologie
E-Mail: hansjoerg.dilger@berlin.de

Großfamilien werden immer seltener

Doch die Lebensentwürfe der Großfamilien funktionieren immer seltener. „Die jungen Erwachsenen können die in sie gesetzten Hoffnungen oft nicht mehr erfüllen“, sagt Dilger. Zum einen zieht es auch junge Afrikaner weg aus dem Dorf ihrer Eltern in die Großstädte; zum anderen grassieren vor allem dort HIV und Aids. Wer sich ansteckt und erkrankt, kehrt oft als Pflegefall zur Familie zurück. Dann kümmert sich nicht der Nachwuchs um die Alten, sondern die Altern erneut um den Nachwuchs. „Die Belastungen, die Familien durch eine Serie von Krankheits- und Sterbefällen erfahren, sind erheblich“, schreibt Dilger in seinem Buch über das „Leben mit Aids: Krankheit, Tod und soziale Beziehungen in Afrika“. Familien drohten daran zu zerbrechen. „Unsere Gesellschaft liebt die Toten, nicht die Kranken“, zitiert Dilger eine Redensart aus Tansania.

In Deutschland gibt es dazu kein sprichwörtliches Äquivalent. Auch keines, das sich auf die Rolle der Alten in der Gesellschaft bezieht. Und doch: Das Bild vom Alter scheint sich zu wandeln, Schritt für Schritt. „Es ist während der vergangenen zehn, zwanzig Jahre langsam immer besser geworden“, so der Eindruck der Gesundheitspsychologin Wolff. Was wohl auch damit zu tun habe, dass ältere Menschen präsenter in der Öffentlichkeit seien. Längst hat die Werbung Senioren als attraktive Zielgruppe entdeckt. Marketingexperten taxieren die Kaufkraft der über 50-Jährigen auf rund 320 Milliarden Euro. Damit verfügen sie über etwa viermal so viel Geld wie jüngere Familien, 80 Prozent des Guthabens aus Sparkonten gehört ihnen. Die Alten sind reich. Auch an Erfahrung – selbst wenn sich dieser Reichtum nicht mit Zahlen ausdrücken lässt. Einen Jungbrunnen brauchen sie da eigentlich nicht mehr.



Von Zahlen und Ängsten

Demografie als Problem in Deutschland während des 20. Jahrhunderts.
Ein Essay des Historikers Paul Nolte





VON PAUL NOLTE

Sterben die Deutschen aus? Kommt es zu einem Kampf der Generationen? Kann die Erde zehn Milliarden Menschen ernähren? Wie viel Zuwanderung brauchen wir, und wie viel vertragen wir? Solche Fragen nach der Bevölkerungsentwicklung im nationalen oder globalen Maßstab begegnen fast täglich in der Presse und in politischen Debatten, und nicht selten sind es bange, sorgenvolle Fragen.

Der dabei typische Blick in die Zukunft, auf das Jahr 2050 oder gar 2100, verweist auf die Dynamik des Gegenstandes und damit auf einen „Zeitstrahl“, der auch in die Vergangenheit zurückreicht. Man muss die Veränderungen zumindest der letzten Jahrzehnte kennen, um Zahlen prognostisch in die Zukunft fortschreiben zu können. Und vielleicht lässt sich etwas daraus lernen, wie frühere Generationen mit demografischen Veränderungen umgegangen sind.

Bevölkerungsgeschichte – man kann auch sagen: „Historische Demografie“ – ist jedenfalls seit langem ein etabliertes Feld der Geschichtswissenschaft. Vor etwa 40, 50 Jahren galt das Hauptinteresse den Zahlen. Das war die Zeit, als Historiker statistische Methoden der Sozialwissenschaften für sich entdeckten. Man versuchte, aus seriellen Quellen wie Kirchenbüchern oder Standesamtsregistern die durchschnittliche Geburtenzahl einer Frau oder das durchschnittliche Heiratsalter zu ermitteln. Es ging sozusagen um die objektive Seite der Demografie, wie sie sich in Ziffern fassen lässt: unbestreitbar und – scheinbar – frei von Werturteilen. Denn der politische Missbrauch einer früheren Bevölkerungswissenschaft, vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus, steckte besonders den Deutschen tief in den Knochen. Schon das Wort „Bevölkerung“, vom

„Volk“ ganz zu schweigen, klang nach Nazi-Ideologie, nach Mutterkreuz und tödlicher „Eugenik“, weshalb die Bezeichnung „Historische Demografie“ eine Zeitlang geradezu erleichternd wirkte.

Seit den Neunzigerjahren hat sich das in mehrfacher Weise geändert. Mit wachsendem Abstand und frischen Perspektiven „dürfen“ sich Historikerinnen und Historiker wieder mit Bevölkerung beschäftigen, ganz ähnlich wie es auch ein neues Interesse an einer (aus ähnlichen Gründen verpönten) Geschichte des Raumes gibt. Die Faszination der Statistik ist längst verblasst; stattdessen interessiert das Fach sich, im Zeichen des „cultural turn“, für Diskurse, Wahrnehmungen und subjektive Erfahrungen der Zeitgenossen. Wer heute über Bevölkerung in der Zeit der Weimarer Republik forscht, sitzt höchstwahrscheinlich nicht an langen Datenreihen von Geburten und Sterbefällen, sondern entschlüsselt die Ängste der Zwanzigerjahre vor einer Schrumpfung des „Volkskörpers“, wie man damals sagte, oder die Maßnahmen, die Wissenschaftler und Politiker dagegen vorschlugen. Neu ist aber auch die intensive Debatte unserer eigenen Zeit, etwa seit anderthalb Jahrzehnten, die uns immer wieder die Dringlichkeit demografischer Fragen vor Augen führen will – siehe oben!

Nehmen wir drei Beispiele, drei demografische Grundfragen, beschränken uns dabei weithin auf Deutschland während des vergangenen, des 20. Jahrhunderts und sehen zu, wie sich Zahlen und Ängste, statistische Daten und Wahrnehmungen dabei zueinander verhalten haben. Zuerst geht es um den Umfang der Bevölkerung, dann um ihre Altersstruktur, und schließlich um ihre Zusammensetzung, um ihre innere Heterogenität. Also: Wie viele Einwohner hatte Deutschland, und in welche Richtung zeigte die Kurve? Von den Schwierigkeiten, angesichts unklarer und veränderlicher Grenzen „Deutschland“ zu bestimmen, sehen wir einmal

Wie wird sich die Bevölkerung hierzulande in Zukunft entwickeln?



photocase, mathias the trend

großzügig ab. Das 19. Jahrhundert markierte die große Phase der Expansion; zwischen Französischer Revolution und dem Vorabend des Ersten Weltkriegs schnellte die Bevölkerungszahl von etwa 24 Millionen auf etwa 65 Millionen in die Höhe. Fortschritte in Ernährung, Hygiene und Medizin trugen dazu bei. Die Sterblichkeit, besonders von Säuglingen und Kindern, ging dramatisch zurück, die Lebenserwartung stieg. Gleichzeitig blieb die Geburtenrate aber hoch. Das bezeichnet man als den „demografischen Übergang“.

Als die Geburtenzahl am Anfang des 20. Jahrhunderts zurückging, von sechs oder sieben auf etwa drei Geburten je Frau, flachte das Wachstum wieder ab. Es ist im Grunde verblüffend, wie wenig sich die Bevölkerung Deutschlands seitdem bis zum heutigen Stand von etwa 81 Millionen verändert hat (zum Vergleich: Die USA standen 1900 bei 76 Millionen, nur wenig vor dem Deutschen Reich – und 2013 bei 316 Millionen). Aber darin kommt keineswegs ein irgendwie natürliches oder harmonisches Gleichgewicht zum Ausdruck, sondern es ist nicht zuletzt das Resultat gewaltvoller und katastrophischer Ereignisse zwischen 1914 und 1949: zwei mörderische Kriege, Völkermord, Vertreibungen, Hungersnöte und vieles mehr. Einen Forscher, der vor genau hundert Jahren, 1913, eine Prognose zum deutschen Bevölkerungsstand 1963 abgegeben hätte, würden wir heute nur bemitleiden können. Solche Katastrophen wünschen wir nicht; vielleicht sind sie sogar tatsächlich unwahrscheinlicher geworden. Und doch zeigt das, wie unsicher heutige Prognosen etwa auf das Jahr 2050 oder 2060 sind.

Mit den Trends der Bevölkerungsentwicklung veränderten sich auch die Ängste. Man kann sogar sagen: der Ursprung der modernen Bevölkerungswissenschaft liegt nicht zufällig in jener Zeit, als die westeuropäischen Gesellschaften demografisch zu explodieren begannen: um 1800. Und seitdem waren Theorien der Bevölkerung immer auch Ängste in wissenschaftlichem Gewand. Das klassische Beispiel dafür ist Thomas Robert Malthus, der 1798 mathematisch nachzuweisen glaubte, dass das Wachstum der Bevölkerung mit dem der verfügbaren Nahrungsmittel nicht Schritt halten konnte – die „malthusianische Falle“. Irrtum. Neben nationalem Stolz und Pathos – Bevölkerung war ja eine Ressource für Wirtschaftskraft, und für die Armee! – begleiteten deshalb tiefe Ängste das demografisch dynamische 19. Jahrhundert: Angst vor Überbevölkerung, vor Ernährungskrise und vor einem überproportionalen Anwachsen der Unterschichten, was Adel und Bürgertum besondere Sorge machte. Also hätte man sich nach 1900, erst recht seit 1918, erleichtert freuen können, als eine Trendumkehr sich abzuzeichnen begann? Jetzt kippte die Angst in jene Sorge vor Schrumpfung, vor Ressourcen- und Machtverlust um, die teilweise bis heute anhält. Das nationalsozialistische Regime zog daraus rassistische, mörderische, aber auch frauenfeindliche Konsequenzen, und Bevölkerungswissenschaftler, Soziologen, Historiker leisteten dafür Zuarbeit. Im Vergleich damit reagierte die Bundesrepublik gelassen, als um 1980 die Schrumpfungsperspektive wieder auf die Tagesordnung kam, nicht selten auch ironisch, wie Günter Grass in seiner Erzählung „Kopfgewürten oder Die Deutschen sterben aus“ aus eben diesem Jahr. Ökologische Krise und atomare Bedrohung fügten den Ängsten ein neues Motiv hinzu, nämlich die Frage, ob man überhaupt noch „ein Kind in diese Welt setzen“ dürfe.

Univ.-Prof. Dr. Paul Nolte



Paul Nolte, seit dem 1. Juli 2005 Professor für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte in ihren internationalen Verflechtungen an der Freien Universität Berlin, ist schon zum dritten Mal Experte für das Wissenschaftsmagazin *fundiert*. Er verfasste einen Artikel über Bürgergesellschaften seit den 1970er Jahren und er schrieb über die Veränderungen der Erwerbsarbeit in Deutschland. Paul Nolte hat gerade ein Jahr am Historischen Kolleg in München über Demokratie im 20. Jahrhundert geforscht. An der Freien Universität ist er unter anderem Mitglied des Akademischen Senats und des Ausschusses des „Berlin Program“. Seit 2009 ist er außerdem Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut
E-Mail: paul.nolte@fu-berlin.de

In Europa steigt die Lebenserwartung

Wenn die Geburtenrate nicht konstant bleibt, verändert sich unweigerlich die Altersstruktur. Steigt sie (und ist trotzdem die Lebenserwartung relativ gering, zum Beispiel in Folge von Bürgerkrieg oder mangelnder medizinischer Versorgung), „verjünglicht“ eine Gesellschaft. Umgekehrt ist Alterung die Folge, zumal wenn bei innerer Stabilität, guter Ernährung und medizinischem Fortschritt die Lebenserwartung auch der Älteren steigt. Das ist in Deutschland so, wie fast überall in Europa (wenngleich oft schwächer ausgeprägt). Das auch visuell eindrückliche Abbild solcher Veränderungen ist die „Bevölkerungspyramide“, eine grafische Darstellung der Stärke von Alterskohorten zu einem bestimmten Zeitpunkt, meist in eine linke männliche und rechte weibliche Hälfte getrennt. Um 1900 war



das in der Tat eine „Pyramide“, ein Dreieck auf breiter Basis mit einer Spitze, die bei den 70- bis 80-Jährigen auslief. Das vermittelte Generationen von Demografen die Vorstellung, so müsse es sein: so symmetrisch, so wohlproportioniert, so „gesund“: eine breite Basis „trägt“ die Spitze. Aber plötzlich veränderte sich das Bild. Unschöne Dellen und Kerben zeichneten sich in die Pyramide ein: Gefallene Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs (mit der Folge eines deutlichen Frauenüberschusses), Geburtenausfälle im Gefolge von Krieg und Nachkriegszeiten. Und dann: die ziemlich plötzliche Verjüngung bei den Alterskohorten um 1970: das Ende des „Babybooms“, der „Pillenknicke“!

Aus der Bevölkerungspyramide wurde ein Tannenbaum

Längst ist klar, dass dies nicht bloß eine weitere Kerbe in die Pyramide geschlagen hat. Der Rückgang war dauerhaft und perpetuiert sich inzwischen generationell: Weniger Frauen bekommen auch weniger Kinder. Aus der Pyramide ist ein „Tannenbaum“ geworden, der auf einem dünnen Stämmchen steht – schon visuell scheint das zu signalisieren, dass hier etwas aus der Balance geraten ist. Bezeichnenderweise hat man die neue grafische Form des Bevölkerungsaufbaus auch eine „Urne“ genannt: ein eindrückliches Beispiel dafür, wie unmittelbar sich Statistik und Untergangsängste verbinden können. Nüchtern könnte man aber auch sagen: Wir befinden uns in einer Art „zweitem demografischen Übergang“. Aus einer relativ jungen wird eine relativ alte Gesellschaft. Das hat Konsequenzen, Nachteile und Vorteile (die jetzt schon am Arbeitsmarkt spürbar sind; die „Babyboomer“ könnten neidisch werden!). Per se ist es weder gut noch schlecht; und vor allem: Wer sorgenvoll oder gar apokalyptisch die vergreiste Gesellschaft von morgen beschwört, der übersieht, dass wir den größten Teil des Weges dorthin bereits zurückgelegt haben. Das Medianalter in Deutschland liegt inzwischen über 45 Jahren – fast ein Weltrekord. Aber wünschen wir uns die knapp 18 Jahre Äthiopiens? Wohl kaum, und den „idealen“ Altersmix einer Gesellschaft gibt es nicht.

Schließlich der dritte Aspekt, die dritte Perspektive auf demografischen Wandel: Wie setzt sich die Bevölkerung zusammen? Auch das hat Statistiker seit langem beschäftigt, und fast ebenso lang immer neue Ängste genährt, vor allem in einer Zeit des wachsenden Nationalismus, der ethnischen Unterscheidung, des Rassismus. Mit der „kleindeutschen“ Reichsgründung von 1871 waren die Grenzen nur scheinbar eindeutig gezogen. In Grenzregionen lebten nationale Minderheiten, zum Beispiel Polen im preußischen Osten, die massivem Assimilationsdruck ausgesetzt waren. Das Ziel war eine möglichst homogene Bevölkerung, zumal unter den Vor-

zeichen des (pseudo-) wissenschaftlichen Rassismus, der um 1900 rasch an Boden gewann. Eine „gesunde“ Bevölkerung musste möglichst „rein“ sein, von vermeintlich „minderwertigen“ Elementen gereinigt. Diese Vorstellung richtete sich immer mehr, und seit 1933 mit schließlich tödlicher Unerbittlichkeit, gegen die deutschen und dann auch die europäischen Juden.

Angst vor Überfremdung

Nach dem Holocaust und den Bevölkerungsverschiebungen durch Flucht und Vertreibung entstanden deshalb beide deutsche Staaten unter Bedingungen einer künstlich hergestellten ethnischen Homogenität. In Deutschland leben Deutsche, was denn sonst? Weiße Christen auf der einen, weiße Sozialisten auf der anderen Seite der Mauer. So erklärt sich die jahrzehntelange Verstörung, als „Gastarbeiter“ nicht wieder abreisten, sondern mit einem Teil ihrer Kultur, Sprache, Religion in Deutschland blieben und das ethnische Homogenitätsideal in Frage stellten. Angst vor „Überfremdung“ also, die in Teilen des linken Milieus gelegentlich halb ernst, halb ironisch mit der Angst vor dem Deutschen gekontert wurde. Längst gehört der „Ausländeranteil“, wie es bis mindestens in die Neunzigerjahre hieß, inzwischen der Bevölkerungsanteil „mit Migrationshintergrund“, zum Grundbestand eines demografischen Kurzporträts des Landes. Und noch einmal wird die Zweischneidigkeit solcher Statistik, solcher Kategorien überhaupt, deutlich: Kommt darin nicht schon prinzipiell Stigmatisierung zum Ausdruck, Abgrenzung und Sonderung? Sollte man solche Daten nicht mehr erheben? Aber hieße das nicht, Realität zu leugnen, und außerdem auf Instrumente der Förderung von Minderheiten, etwa in der Sozial- und Bildungspolitik, zu verzichten?

Zahlen und Ängste, messbare Fakten und diffuse Gefühle: Beides ist aus Sicht der Geschichtswissenschaft gleich wichtig. Sie ist immer Sozialwissenschaft und Kulturwissenschaft zugleich und auch deshalb im Fächerkanon unverzichtbar. Zahlen und Ängste sind untrennbar miteinander verknüpft, und deshalb erinnern Historiker die Faktenhuber und „number crunchers“, die doch angeblich nur ihre unbestreitbaren Daten präsentieren, immer wieder an deren wacklige, zeitgebundene und ideologische Grundlage. Andererseits kann man über die Ängste nur seriös sprechen, wenn man ein Datengerüst im Hinterkopf hat. Bevölkerung bleibt ein „hartes“ Faktum, zum Beispiel in den ökonomischen Konsequenzen: Wer besetzt die Arbeitsplätze, wer zahlt die Renten? So bietet die Geschichtswissenschaft viel mehr als bloß Aufklärung über vergangene Zeiten. Nur einen sehnlichen Wunsch kann sie nicht erfüllen: eine Zeitreise ins Jahr 2113. Gibt es die Deutschen dann noch, oder sind sie längst ausgestorben?

Herzmedizin von internationalem Rang

Deutsches Herzzentrum Berlin

„Kein Patient, mag seine Erkrankung auch noch so schwer sein, wird abgelehnt sondern erfährt eine bestmögliche, individuell angepasste Behandlung“. Dieser Leitsatz des Deutschen Herzzentrums Berlin (DHZB) steht nicht nur auf dem Papier sondern wird in der täglichen Klinikarbeit umgesetzt. Rund 8000 stationäre und 17000 ambulante Patienten können sich alljährlich von den Leistungen des DHZB überzeugen.

Das DHZB wurde 1986 in der Rechtsform einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts gegründet. Unter Führung seines Ärztlichen Direktors, des Herzchirurgen Prof. Dr. med. Dr. h. c. Roland Hetzer entwickelte sich das Haus sehr rasch und nahm schon nach einigen Jahren eine Spitzenposition unter Deutschlands Herzzentren und bald auch international ein.

Mittlerweile führt das DHZB bis zu 3500 Operationen am offenen Herz, 1500 weitere Operationen, 3000 Herzkatheteruntersuchungen und über 2000 Interventionen bei Erwachsenen sowie 550 Operationen und 800 Katheterinterventionen bei angeborenen Herzfehlern in allen Altersstufen durch.

Das DHZB hat bei bestimmten Behandlungsprogrammen Weltruf erlangt, so etwa beim Transplantationsprogramm (Herz, Lunge, kombinierte Herz-Lunge) und mit der Implantation von sogenannten „Kunstherzen“ (mechanische Kreislaufunterstützungspumpen und Totales künstliches Herz) vom Kleinkind bis zum betagten Erwachsenen. Weitere Schwerpunkte sind das große Operationsprogramm bei komplexen angeborenen Herzfehlern aller Altersstufen vom Frühgeborenen bis zum alten Patienten; hoch spezialisierte Aortenchirurgie (inklusive Stent-Implantation) und schonende Hybrid-Operationen zum Herzklappenersatz besonders bei Hochbetagten, zur Behandlung von Aortenaneurysmen oder von angeborenen Herzfehlern.

Heute gilt das DHZB als „Leuchtturm“ in der Gesundheitswirtschaft und Gesundheitswissenschaft.

Das Deutsche Herzzentrum Berlin ist eine international renommierte Hochleistungsklinik für Herz-, Lungen- und Gefäßerkrankungen, Herz- und Lungen-transplantationen und die Implantation von Kreislaufunterstützungspumpen sowie Totalen Künstlichen Herzen (TAH) bei Säuglingen, Kindern und Erwachsenen.

Das Deutsche Herzzentrum Berlin nimmt eine Spitzenposition in Deutschland ein – in der Koronarchirurgie, Aortenchirurgie, Herzklappenchirurgie (u. a. Rekonstruktion, Hybrid-Operationen), in der Therapie angeborener Herzfehler aller Altersstufen und in der Behandlung erworbener Herzfehler des Erwachsenenalters.

Für auswärtige und ausländische Patienten stehen ein klinikeigenes Hotel und eine komfortable Privatstation zur Verfügung. Ärzte und Pflegepersonal sind mehrsprachig.

Das Deutsche Herzzentrum Berlin ist Kooperationspartner der Berliner Universitäten und zahlreicher internationaler wissenschaftlicher Institutionen.



Innovative Diagnose und Therapie



Das Deutsche Herzzentrum verfügt u.a. über

9 Operationssäle, davon 1 Hybrid-OP

3 Linksherzkatheterlabors

2 kardiale MRT, Cardiac-Flash CT und Heart-Laser



Deutsches Herzzentrum Berlin

Ärztlicher Direktor: Prof. Dr. med. Dr. h. c. Roland Hetzer

Augustenburger Platz 1 · 13353 Berlin · Tel.: ++49 (0) 30 4593-1000

E-Mail: info@dhzb.de · Internet: www.dhzb.de



Die Entdeckung der Dritten Welt

Im Paris der Zwanzigerjahre trafen Intellektuelle und Politiker aus allen Teilen der Welt zusammen. Der Historiker Michael Goebel erforscht, wie sich die Gruppen gegenseitig beeinflussten und wie sich in dieser Zeit die Idee einer „Dritten Welt“ verfestigte.

VON MATTHIAS THIELE

Als der drahtige Junge, der sich Ba nennt, im Juni 1911 als Schiffskoch in Saigon anheuert, kann er nur erahnen, was ihn in den kommenden Monaten und Jahren erwartet: Er will die westliche Welt kennenlernen, um sie zu verstehen; um zu sehen, was diesen Teil der Erde so erfolgreich macht, und warum wenige Soldaten aus Frankreich ausreichen, um seine Heimat Vietnam politisch zu kontrollieren. Sein Ziel ist Paris.

Geboren als Sohn eines konfuzianischen Gelehrten, heißt er zunächst Nguyễn Sinh Cung. Jetzt, auf seiner Reise in den Westen, nennt er sich Nguyễn Tất Thành – was soviel wie „Nguyễn muss sein Ziel erreichen“ bedeutet. Berühmt wird er unter einem Namen werden, den er erst 1942 annimmt: Hồ Chí Minh.

„Paris war im frühen 20. Jahrhundert neben London die wohl bedeutendste Weltmetropole Europas, ein Schmelztiegel für Intellektuelle und Politiker aus aller Welt – insbesondere aus den Regionen, die später als sogenannte Dritte Welt ins Bewusstsein der Europäer drangen“, sagt Michael Goebel vom Friedrich-Meinecke-Institut, dem Institut für Geschichtswissenschaft an der Freien Universität. „Asiaten, Afrikaner und Latein-Amerikaner entwickelten hier mithilfe zahl-

reicher Netzwerke ihre kulturelle Identität und einen antiimperialen Nationalismus, der nach 1945 in viele Befreiungsbewegungen mündete.“

Die Stadt an der Seine ist damit einer der wichtigsten Orte für die Neuordnung der Staatenwelt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nicht nur Hồ Chí Minh, auch Zhou Enlai und Deng Xiaoping, beide später Führer in der Kommunistischen Partei Chinas, oder Léopold Sédar Senghor, der spätere Präsident des Senegal, lebten und wirkten im Paris der Zwischenkriegsjahre, sammelten hier politische Erfahrung und scharten Anhänger um sich.

Hồ Chí Minh landet zunächst in Marseille: Straßenbahnen machen auf ihn den Eindruck fahrender Häuser, in einem Café wird er zum ersten Mal in seinem Leben als „Monsieur“ angesprochen, schreibt er beeindruckt in seinen Memoiren. Aus Angst vor der Polizei wechselt der junge Hồ Chí Minh seine Namen wie andere ihre Schuhe: Bis zu 50 Pseudonyme werden ihm zugerechnet. Er reist quer durch Europa. Im Ersten Weltkrieg verliert sich seine Spur. Wahrscheinlich hat er New York gesehen und in London als Küchengehilfe im Carlton-Hotel gearbeitet. Als er – vermutlich 1919 – erstmals nach Paris kommt, schließt er sich der Sozialistischen Partei Frankreichs an und gründet die „Association des Patriotes Annamites“ – die Gemeinschaft der annamitischen Patrioten, einen Verein, der sich an



die bis zu 4.000 in Paris lebenden Arbeiter aus Vietnam richtet. Annam war der chinesische Name für Vietnam.

„Viele solcher Vereine standen damals unter ständiger Beobachtung der französischen Behörden“, sagt Michael Goebel, der die Überwachungsakten in den Polizeiarchiven studiert hat, um die Strukturen und Netzwerke der verschiedenen Gruppen zu entschlüsseln. Insbesondere interessiert ihn, wie sich die verschiedenen Ethnien gegenseitig wahrnahmen, wie sie sich beeinflussten und unterschieden, wie sich anti-imperialistische Intellektuelle gegenseitig befeuerten und stritten. Vieles von dem wird in den Akten deutlich, die die französischen Behörden anlegten.

Die Regierung in Paris fürchtete die Anti-Kolonialbewegungen, seit US-Präsident Woodrow Wilson sich in seinem 14-Punkte-Programm in den Grundzügen einer Friedensordnung nach dem Krieg für die Selbstbestimmung der Völker ausgesprochen hatte. Um die zahlreichen Gruppen kontrollieren zu können, schleuste die Polizei von 1923 an Spitzel in die zumeist als Selbsthilfevereine auftretenden politischen Zirkel der Migranten ein und gründete eine Spezialpolizei, die dem Kolonialministerium unterstellt war.

Für Hô Chí Minh wirkten die Straßenbahnen Paris' wie fahrende Häuser

Ein aussichtsloses Unterfangen, lebten doch um das Jahr 1930 bereits rund 80.000 Menschen aus den französischen Kolonien im Großraum Paris. Es waren zum Teil Veteranen, die im Ersten Weltkrieg als Soldaten für Frankreich gekämpft hatten und sich nun an der Seine niederließen – viele von ihnen holten ihre Freunde und Verwandten nach, der Arbeitskräftemangel in den Boom-Jahren vor der Weltwirtschaftskrise machte Paris zu einem Eldorado für junge Arbeiter aus Algerien, Syrien und Marokko, zum Teil aber auch aus Siam und Madagaskar. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika war Frankreich in dieser Zeit – gemessen an den absoluten Zahlen – das zweitwichtigste Einwanderungsland der Welt.

Aus den Kolonien kommen gebildete Menschen

„Meist waren es die gebildeteren, jungen Menschen aus den Kolonien, die nach Frankreich gingen in der Hoffnung, dort ein wirtschaftlich besseres Leben führen zu können als in ihrer Heimat“, sagt Goebel. „Anders als die meisten ihrer Altersgruppe konnten sie lesen und schreiben und fassten deshalb schnell Fuß in Paris.“

Um sich in ihrem neuen Leben in Europa besser zurechtfinden zu können, bildeten sie Selbsthilfegruppen und unterstützten sich in Notsituationen. Üblich war eine geringe Monatsgebühr zur Deckung der Kos-



wikipedia

Deng Xiaoping, später Führer der Kommunistischen Partei Chinas, sammelte erste politische Erfahrung im Paris der Zwischenkriegsjahre.

ten – als Gegenleistung gab es Armenküchen und ein Netzwerk von Arbeitsvermittlern.

„Solche Strukturen finden sich in fast allen Ethnien, obwohl die Gruppe der Einwanderer eine sehr heterogene war“, sagt Goebel. So erhielten seit 1848 die Menschen in den alten Kolonien zum Teil die Bürgerrechte, der Mehrheit der algerischen Muslime blieben diese jedoch ebenso verwehrt wie den meisten West-Afrikanern und Einwanderern aus Indochina.

Hồ Chí Minh schlägt sich, wie viele seiner Landsleute, zunächst als einfacher Arbeiter durch. Viele Vietnamesen kommen als Hauspersonal in großbürgerlichen Wohnungen unter, andere arbeiten als Köche oder Lackierer. Der spätere Führer der Kommunistischen Partei Vietnams retuschiert 1922 Fotos, malt Fächer und Lampenschirme an.

Den Ankömmlingen aus den Kolonien fehlten in Paris nicht nur die Bürgerrechte. Sie durften auch keine Zeitungen gründen, verdienten für die gleiche Arbeit weit weniger Geld als ein Franzose. Gezielt suchte die Polizei verarmte Menschen aus dem Milieu, um sie mit Geld oder der Aussicht auf die Staatsbürgerschaft als Spitzel zu rekrutieren und so die Selbsthilfegruppen auszuspiönieren. Manche von ihnen standen mit dem Gesetz in Konflikt, so etwa der madagassische Agent mit dem Codenamen „Joe“, auf dessen Protokolle Goebel während seiner Arbeit stieß und dessen Identität er rekonstruieren konnte. Täglich sendete der Spion Berichte an die Behörde, oft mit recht profanem Inhalt: Wer hat mit wem gegessen? Worüber hat man sich unterhalten? Joe spricht von sich selbst in seinen Berichten in der Dritten Person, wohl, um seine Identität zu verschleiern.

Hồ Chí Minh wird von der Pariser Polizei überwacht

Auch Hồ Chí Minh gerät schnell in den Blickpunkt der Sonderpolizei, die sein politisches Engagement bei der „Association des Patriotes Annamites“ argwöhnisch beobachtet. Allerdings sind die Vietnamesen in Paris schwieriger zu beschatten: Ihr Milieu ist geschlossener, die französischen Behörden misstrauen den Spionen, wohl auch, weil Hồ Chí Minhs Landsleute eine sprachlich geschlossene Gruppe bilden.

„Das unterschied sie von den Westafrikanern, deren Verkehrssprache das Französische war“, sagt Goebel. Häufig wurden Spione enttarnt, geheime Operationen gingen schief. Manchmal arbeiteten politisch Aktive sogar in den Haushalten der Staatsbeamten, die die politische Arbeit der Migrantengruppen verhindern sollten. Der Polizeipräfekt Jean Chiappe etwa ließ sich von Vietnamesen bekochen, der Diplomat Paul-Émile Naggiar beschäftigte in seiner Küche Hoang Ngoc Khai, der als Verbindungsmann zwischen Hồ Chí Minhs Kommunis-

Dr. Michael Goebel



Michael Goebel ist seit 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Globalgeschichte des Friedrich-Meinecke-Instituts und war unter anderem von 2012 bis 2013 JFK-Fellow am Center for European Studies an der Universität Harvard. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Lateinamerikanischen Geschichte, der Migrationsgeschichte, der

Geschichte des Nationalismus und des globalen Ideentransfers sowie der Kolonialgeschichte. Derzeit forscht er an dem vom *Marie Curie Career Integration Grant* geförderten Projekt „Anti-Imperial Metropolis: Political Networks of Africans, Asians and Latin Americans in Interwar Paris“.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut
E-Mail: mgoebel@zedat.fu-berlin.de

ten in Kanton und vietnamesischen Radikalen in Paris diente.

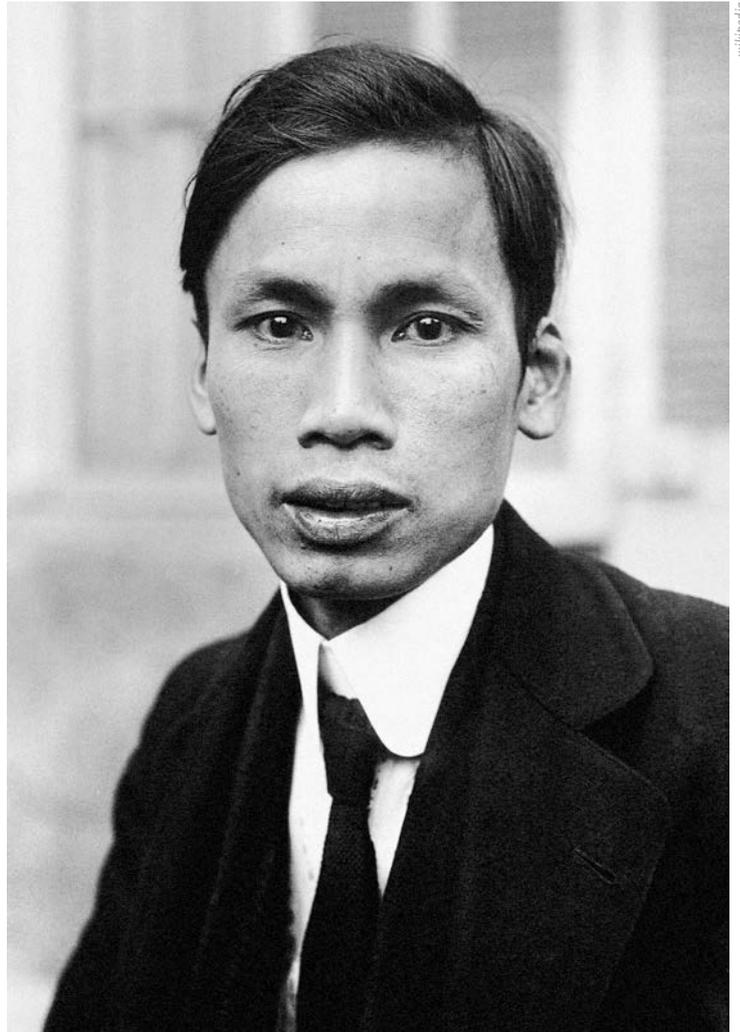
Oft halfen sich die Landsleute auch im direkten Kontakt außerhalb der Vereine gegenseitig, Neuankömmlinge und Arbeitslose zu vermitteln – und so gerät auch Hô Chí Minh ungewollt in die Fänge der Geheimagenten: Als er seine Arbeit als Foto-Retuschierer verliert, fragt er ausgerechnet einen verdeckten Ermittler der Kolonialpolizei, ob der ihm nicht eine Stelle als Bediensteter in einem bürgerlichen Haushalt besorgen könne – was der Spitzel sofort in einem Bericht festhält.

Mehr Informationen in den Archiven finden sich über die Verbindungen der afrikanisch-stämmigen Gruppierungen. „Hier gab es zwischen den hoch gebildeten, eingewanderten Einwanderern der alten karibischen Kolonien, die mit Bürgerrechten ausgestattet waren, und den schlechter gestellten Neuankömmlingen aus Westafrika so etwas wie eine Verbrüderung der *Schwarzen Rasse*“, sagt Goebel.

Eine dieser schillernden Figuren war der gebürtige Haitianer Léo Sajous, der in Paris Medizin studiert hatte und in den 1920er Jahren zur „Schwarzen Befreiungsbewegung“ gehörte. Im Dezember 1929 war er Mitorganisator einer Protestkundgebung gegen die US-amerikanische Besetzung Haitis, er war Autor der zweisprachigen Zeitschrift *Revue du Monde Noir* und beeinflusste mit seinen Werken viele junge schwarze Intellektuelle – und er war dank seiner guten Kontakte ein wichtiger Akteur in einer Schattendiplomatie für Afrikanische Kolonien und Staaten. So vermittelte er zwischen Liberia, Äthiopien, Madagaskar und dem Senegal auf der einen und Polen und Mitteleuropa auf der anderen Seite, um die Handelsbeziehungen zu verbessern.

Kampf gegen imperialistische Ansprüche fremder Staaten

Aber auch zwischen südamerikanischen und chinesischen Gruppen gab es in Paris einen regen Austausch: Als sich 1924 in Mexiko-Stadt die peruanische „Alianza Popular Revolucionaria Americana“ gründete, solidarisierten sich mit ihnen die in Frankreich lebenden chinesischen Anhänger der Chinesischen Nationalpartei Kuomintang. Gemeinsam war beiden Gruppen der Kampf gegen imperialistische Ansprüche fremder Staaten: Während die Peruaner den Zugriff der Vereinigten Staaten auf Lateinamerika thematisierten, wollten die Kuomintang den Einfluss der westlichen Staaten in den chinesischen Hafenstädten und den japanischen Anspruch auf das chinesische Festland zurückdrängen. „Diese Vereinigung nationalistischer Bewegungen aus verschiedenen Ländern der Erde ist eine wichtige Etappe in der Geschichte der Dritte-Welt-Idee“, sagt Goebel. Der Austausch ihrer intellektuellen



Als er in den Westen aufbricht, nennt er sich noch Nguyễn Tât Thành („Nguyễn muss sein Ziel erreichen“). Berühmt wird er unter einem anderen Namen: Hô Chí Minh.

Eliten in Paris habe die Völker dieser Länder erst darauf gebracht, Analogien zwischen den Verhältnissen in ihren Ländern zu sehen.

Zu dieser Zeit hat Hô Chí Minh Paris schon wieder verlassen: 1923 folgt er einer Einladung der „Kommunistischen Internationalen“, einem internationalen Zusammenschluss kommunistischer Parteien, und geht nach Moskau, wo er einflussreiche Genossen wie den Inder Manabendra Nath Roy, den Deutschen Ernst Thälmann und Nikolai Iwanowitsch Bucharin kennenlernt. Paris bleibt bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein wichtiger Ort für die Ideengeschichte der „Dritten Welt“. In Moskau dagegen bereiten die Führer der Kommunistischen Parteien die Revolution vor, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein planwirtschaftlich-sozialistischer Gegenpol zur marktwirtschaftlich-demokratischen Staatengemeinschaft wird – und gründen so die „Zweite Welt“.



Philosophie-Professor Michael Sandel bezieht das Publikum ein:
Er wirft Fragen auf, fordert Argumente ein und führt Debatten.

Foto: Thomas Rostek

Eine Frage der Moral

Harvard-Professor Michael Sandel warnte in seinem Vortrag an der Freien Universität vor einer Gesellschaft, in der alle Lebensbereiche den Regeln des Marktes gehorchen

Ein zum Bersten voller Hörsaal ist nichts Ungewöhnliches für Michael Sandel. Der US-amerikanische Philosophieprofessor, der vom Londoner „Observer“ zum prominentesten Morallehrer der Welt erklärt wurde und dessen Vorlesungsreihe „Justice“ auf YouTube auf fast fünf Millionen Klicks kommt, wurde an der Freien Universität Berlin mit tosendem Applaus begrüßt. Sandel war gekommen, um über die moralischen Grenzen der Märkte zu reden. „Was man mit Geld nicht kaufen kann“ heißt sein auf Deutsch im Jahr 2012 im Ullstein Verlag veröffentlichtes Buch zum Thema.

[Lesen Sie weiter »](#)

Das Alter sichern

Dem Arbeits- und Beschäftigungssystem steht ein tiefgreifender Wandel bevor, mit teilweise dramatischen Auswirkungen auf die Alterssicherung. Vor allem Frauen sind von Altersarmut bedroht. Ein Problem, das Wissenschaft und Politik beschäftigt.







VON LEONARD FISCHL

Es klingt nach einer guten Nachricht: Immer mehr Frauen arbeiten. Und immer mehr Frauen sind bestens ausgebildet. Dennoch arbeiten die wenigsten von ihnen in Vollzeit-Jobs. Ein Wandel des Arbeits- und Beschäftigungssystems mit teilweise dramatischen Auswirkungen auf die Alterssicherung. Vor allem Frauen sind von Altersarmut bedroht. „Die Politik muss dieses Problem erkennen“, sagt Barbara Riedmüller, Professorin für Sozialpolitik an der Freien Universität Berlin. Wenn das Rentensystem nicht kollabieren solle, dann sei es an der Zeit, alle gut ausgebildeten Frauen in Vollbeschäftigung zu bringen. Anders könnten die Folgen des Strukturwandels im Arbeits- und Beschäftigungssystem nicht mehr bewältigt werden. Die Ergebnisse der letzten Studie der Rentenexpertin, die auf Daten des Sozioökonomischen Panels und der Rentenversicherung basieren, sollen aber nicht nur politische Akteure alarmieren. Sondern insbesondere jüngere Frauen zum Handeln ermutigen.

Noch vor 60 Jahren waren in Deutschland die Rollen klar verteilt: der Mann ging arbeiten, die Frau blieb zu Hause. Männer verstanden sich als Versorger, die sich nicht nur um die Kinder, sondern auch um die Ehefrau zu kümmern hatten. Ein Modell für Partnerschaften, in dem Fürsorge und Abhängigkeit oft dicht beieinander liegen. Oft waren Frauen nach ihrem 65. Geburtstag von der Rente des Ehemanns abhängig und damit auch von der Beziehung. Und zwar oft auch über den Punkt hinaus, an dem der Tod sie hätte scheiden können: ohne Ehemann und dessen Rente später auch keine Witwenrente. Dieses antiquierte Frauenmodell, heute meist kurz mit dem Dreiklang „Kinder, Küche, Kirche“ zusammengefasst, hat sich mittlerweile gewandelt. Doch auch neue Rollenbilder und Modelle für Partnerschaften haben bisher nicht dafür gesorgt, dass die Abhängigkeit ebenfalls der Vergangenheit angehört.

Barbara Riedmüller, Professorin für Sozialpolitik und Komparatistik, hat sich mit diesem Sachverhalt innerhalb eines Forschungsprojekts auseinandergesetzt. In der Studie „Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter. Wandel und rentenpolitische Implikation“, die von der deutschen Rentenversicherung gefördert wurde, hat sie 12.000 Haushalte nach ihren Erwerbs- und Einkommensbedingungen ausgewertet. Die Ergebnisse belegen eindrucksvoll, wie sehr sich immer mehr Frauen in den vergangenen Jahren um eine größere Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt und ein Ende der Abhängigkeit bemüht haben.

Schon bei den Frauen in der Babyboomer-Generation lässt sich dieser Paradigmenwechsel erkennen: Blickt man auf die Biographien der heute 50- bis 60-Jährigen zurück, also jener Generation, die zu Wirtschaftswun-

derzeiten aufgewachsen ist, zeigt sich, dass viele dieser Frauen Teil- oder Vollzeitbeschäftigungen ausübten. Frauen machten sich immer weniger vom Einkommen ihrer Ehemänner abhängig. Nicht immer war und ist der Grund jedoch alleine die zunehmende Emanzipation, sondern bisweilen auch schierer Pragmatismus: Wegen sinkender Einkommen mussten und müssen mittlerweile immer häufiger beide Ehepartner ihren Anteil zum gemeinsamen Haushalt beitragen. Doch trotz der stärkeren Produktivität von Frauen muss man erkennen, dass sich in vielen Fällen Frauen nur als Dazuverdiener verstehen und Billig-Jobs ausüben, obwohl sie oftmals ähnlich ausgebildet sind wie ihre männlichen Partner. Das resultiert dann in niedrigen Sozialabgaben und in Folge dessen in einem niedrigen Rentenanspruch. Oft führt das zu einem problematischen Abhängigkeitsverhältnis – und bei Scheidung nicht zuletzt zu unerwarteter (Alters)armut.

Trotzdem entscheiden sich immer noch nicht alle Frauen in Deutschland für eine Vollzeitbeschäftigung. Das liegt auch an den politischen Bedingungen. „Deutschland ist eines der frauenfeindlichen Länder Westeuropas“, sagt die Wissenschaftlerin. „Das hängt einerseits mit politischer Diskriminierung zusammen, andererseits gibt es kulturelle Paradigmen, die zu diesem Defizit führen.“ Die Borniertheit in den Köpfen hätte bis heute überlebt, obwohl sich die Zeiten geändert hätten.

Die Politik müsse Anreize schaffen für eine lange und vollständige Erwerbstätigkeit der Frau. Das sei gerade jetzt entscheidend – in einer Zeit, in der der demografische Wandel das Rentensystem vor erhebliche Probleme stellt. Das System brauche gut qualifizierte Einzahler in Vollbeschäftigung. Viele Frauen jedoch, gerade wenn sie Kinder kriegen, bleiben dem Arbeitsmarkt lange oder für immer fern. Diese Frauen würden dann zu Hause bleiben und sich trotz hervorragender Qualifikationen für die Familie entscheiden – eine Verschwendung von Ressourcen, findet Riedmüller. Die Politik fördere das: Frauen, die in der Ehe nicht oder nur geringfügig beschäftigt sind, werden von der Krankenversicherung des Ehepartners mitfinanziert. Bei Beamten ist ein Zuverdienst der Frau von 18.000 Euro jährlich erlaubt, ohne dass der Ehemann finanzielle Steuereinbußen erleidet. „Das schafft falsche Anreize“, sagt die Rentenexpertin. Gleiches gelte für das Ehegattensplitting, das vor allem besser verdienende Männer mit erwerbslosen Frauen begünstige. Elterngeld und Erziehungszeit seien ebenso falsche Subventionsmaßnahmen, die die Frauen dazu verführten, dem Arbeitsmarkt lange fernzubleiben. „All das führt zu einer Aufrechterhaltung der ehelichen Abhängigkeit“, sagt die Wissenschaftlerin, die als Berliner Senatorin für Wissenschaft und Forschung relevante Erfahrungen in der Praxis gesammelt hat.

Die Abhängigkeit endet oftmals fatal, weil immer mehr Ehen geschieden werden. Partnerschaften und Familien werden instabiler. Gleichzeitig beruht die Gesetzgebung zur Rente und die politische Behandlung von Mann und Frau immer noch auf Paradigmen aus den Fünfzigerjahren. Nach einer Scheidung steht die Frau, die statistisch gesehen weniger in die Rentenkasse einzahlt als der Mann, im Rentenalter mit einer erschreckend geringen Rente da. Durchschnittlich bewegt sich die Rente für Frauen um die 500 Euro – also unter dem Lebensminimum. Gleiches gilt für die Witwenrente. „Wenn der gutverdienende Ehemann stirbt, rechnen viele Frauen auf hohes Hinterbliebenengeld, doch in Wahrheit fällt dieses sehr gering aus“, sagt Riedmüller. Auch hier sei Altersarmut die Folge. „Es muss also Frauen bewusst gemacht werden, dass sie sich um ihre Vorsorge selbst kümmern müssen.“

Die Rentenexpertin setzt sich für eine Reform ein, die beide Geschlechter dazu motivieren soll, gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die Abschaffung der Steuer- und Sozialversicherungspflicht sowie die Erhöhung der Entgeltgrenze von 325 Euro auf 400 Euro für Minijobs sei ein fatales Signal gewesen. „Die Minijobs haben zur massiven Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung geführt und somit zu Verdienstmöglichkeiten, bei denen keine Rentenansprüche anfallen. Auch hier sind es meistens verheiratete Frauen, die die Jobs ausüben.“ Professorin Riedmüller setzt sich deshalb für den Mindestlohn und für die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze ein: „Wenn vom ersten Euro an besteuert wird, lohnt sich wieder ein hoher Zuverdienst.“ Und nur wer verdient und Abgaben zahlt, kann im Rentenalter mit einer Absicherung rechnen.

Aber wie verhält es sich mit dem Problem des demografischen Wandels? Neben der Frauenfrage müssen sich Experten mit der Frage beschäftigen, ob in 30 Jahren genug Geld zur Verfügung stehen wird, um alle Rentner zu finanzieren – selbst jene, die sich vormalig in Vollzeitbeschäftigung befanden. Wenn es immer weniger Kinder gibt, die das Rentensystem stützen könnten, dann steht das ganze Rentensystem auf dem Spiel. Frank Schirmacher strickte aus Fakten und Bedrohungsszenarien den Bestseller „Methusalem-Komplott“. Auch andere Experten und Politiker aller politischen Lager warnen vor den Folgen des demographischen Wandels. Barbara Riedmüller hält das meiste davon für Panikmache: „Deutschland ist eines der produktivsten Länder der Welt. Die Finanzierbarkeit der Rente wäre gegeben, wenn wir alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ausnutzen würden.“

Das beginne schon bei den Kleinsten. Der kürzlich verabschiedete Rechtsanspruch auf Kita-Plätze sei ein guter Anfang. Nach Ansicht der Expertin müsse man jedoch beim gesamten Bildungsmodell die Erwerbstätigkeit von Frauen berücksichtigen. „Man muss den Rechtsanspruch auch auf Ganztagschulen ausweiten“, sagt Riedmüller. So wäre für alle Frauen eine Möglichkeit gegeben, nicht mehr zwischen Familie und Karriere entscheiden zu müssen. Außerdem könnten Frauen dann theoretisch schon wenige Monate nach der Schwangerschaft wieder in das alte Arbeitsverhältnis zurückfinden – und dort auch bleiben. Mit positiven Auswirkungen für die Erwerbsbiografie und die Rentenkassen. „Wenn alle gut ausgebildeten Frauen vollbeschäftigt wären, wäre die Renten-Pyramide jetzt schon ein großes Stück kleiner“, sagt Riedmüller.

Wie eine umfassende Reform aussehen müsste, die die Renten von Männern und Frauen auch in Zukunft sicherstellt würde, davon hat Professor Riedmüller klare Vorstellungen. Ein Drei-Punkte-Plan zur Lösung des Rentenproblems müsste jedenfalls folgendes berücksichtigen: Eine Mindestrente, die sich über Umverteilung und staatliche Unterstützung finanzieren ließe. Mehr Vollzeitbeschäftigung von Frauen. Und drittens Zuwanderung. Aber auch hier müsste ein Klima der Integration geschaffen werden, damit politische Initiativen nicht sinnlos verebbten.

Nur wenn Ausländer am Arbeitsmarkt volle Akzeptanz fänden, würde sich Zuwanderung wirklich lohnen. Für beide Seiten. Ob es dieses Klima der Integration in Deutschland schon gibt und welche Auswirkungen die Zuwanderung für unsere Sozialsysteme hat, diese Antworten stehen noch aus. Vermutlich werden die kommenden Jahre für anstehende Forschungsprojekte eine wichtige Rolle spielen. Denn Zuwanderern ist es zu verdanken, dass die Bevölkerung in Deutschland gerade wieder wächst. Zum ersten Mal, seit vielen Jahren.

Prof. Dr. Barbara Riedmüller



Barbara Riedmüller war Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und sie war unter anderem von 2007 bis 2009 Dekanin des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität, bis 2010 Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Sozialpolitik, Bremen, und bis 2011

Mitglied des Beirats des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger. Es hätte wohl kaum eine bessere Expertin geben können, um Fragen der Alterssicherung und Altersarmut zu beantworten.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut

E-Mail: b.riedmueller@fu-berlin.de

Kleine Genies, große Aufgaben

Elternkurse, Familienbesuche, Bonuszahlungen: Wissenschaftler der Freien Universität erkunden, wie sich Eltern in der Förderung ihrer Kinder unterstützen lassen





VON FLORIAN MICHAELIS

Mit drei Monaten können sie mathematische Zusammenhänge erkennen, mit sechs Monaten Gut und Böse unterscheiden: Lernen spielt sich schon im Kleinkindalter ab – oft mehr als es Erwachsenen bewusst ist. Forscher untersuchen deshalb seit etwa einem Jahrzehnt verstärkt die frühkindliche Bildung. Und welche Umgebung Kinder zu Hause und in der Kinderbetreuung dafür brauchen.

Der Eingang zur strengsten Schule für Eltern befindet sich in Dresden. Der Weg führt durch einen Diebschrank, zu durchschreiten idealerweise an einem 35. Mai. Dort, in der „verkehrten Welt“, herrscht eine harte Pädagogik: Der Lehrer, ein Junge namens Jakob, verhört einen gewissen Fleischermeister Sauertopf, der gewohnheitsmäßig seinen Nachwuchs prügelt und wenig Einsicht zeigt: „Das sind meine höchstpersönlichen Kinder, und es geht kein Aas was an, wohin und wieso ich sie dresche.“ Lehrerjunge Jakob wiederum mahnt, die Kinder würden „zeitlebens unter den Prügeln zu leiden haben“, und lässt den Erwachsenen von vier starken Burschen abführen. Mit der dringenden Weisung, den Erwachsenen so lange wiederholt auf den Hinterkopf zu schlagen, bis er merke, was er angerichtet habe.

Die Elternbesserungsanstalt hat sich Erich Kästner ausgedacht, es gibt sie nur in der Phantasie seiner vielen Leser. Die Idee jedoch, dass Eltern lernen, wie sie mit ihren Kindern richtig umgehen, sie fördern und unterstützen können, ist längst nicht mehr so phantastisch wie Anfang der Dreißigerjahre, als Kästners Kinderroman „Der 35. Mai oder Konrad reitet in die Südsee“ erstmals erschien. Überforderte Eltern finden heute bei der Pädagogik Hilfe – auch ohne körperliche Züchtigung fürchten zu müssen.

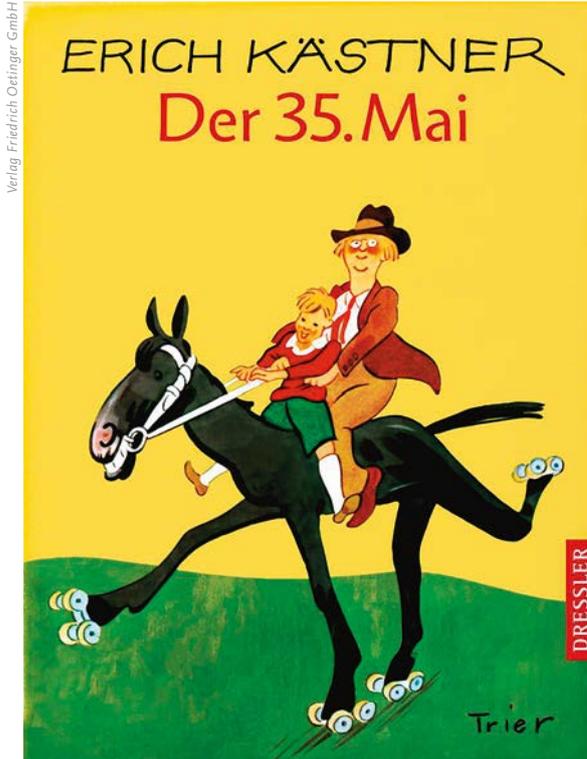
Mittlerweile bieten zahlreiche Städte und Kommunen, aber auch Vereine, Kirchen und Verbände Erziehungsseminare und Elternkurse an. Der „Spiegel“ höhnte bereits vor Jahren, Deutschlands Väter und Mütter würden sich lieber mit pädagogischen Konzepten auseinandersetzen als mit ihrem Nachwuchs: „Genervt von ihren Kindern, suchen sie in Scharen Rat.“ Dabei geht es bei vielen Angeboten eher nicht – oder zumindest nicht nur – darum, gestressten Eltern mehr Durchsetzungsstärke ihren Kindern gegenüber anzutrainieren. Anstatt die Bundesrepublik zum Land der Super-Nannys und Power-Papas zu machen, geht es meist schlicht um Bildungs- und Lebenschancen.

Spätestens seit dem Pisa-Schock ist nicht nur Pädagogen und Bildungsforschern klar, dass über diese Chancen lange vor der Schule entschieden wird, ja sogar vor dem Kindergarten. Viele Studien haben seit-

Das Projekt „Chancenreich“ der Stadt Herford, das unter anderem von der Wissenschaftlerin Yvonne Anders von der Freien Universität wissenschaftlich begleitet wird, fördert durch gemeinsames Vorlesen und Betrachten von Bilderbüchern das Erlernen der Sprache.



Jürgen Escher / Stiftung Chancenreich



In der Geschichte „Der 35. Mai“ werden Kinder zu Pädagogen. Dass Eltern einiges über Erziehung lernen können, finden Wissenschaftler heute längst nicht mehr absurd.

Prof. Dr. Yvonne Anders



Yvonne Anders ist seit 2012 Universitätsprofessorin für Erziehungswissenschaft mit dem Forschungsschwerpunkt „Frühkindliche Bildung und Erziehung“ an der Freien Universität Berlin. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit Längsschnittdatenanalysen der Auswirkungen frühkindlicher und schulischer Bildungsqualität, den professionellen Kompetenzen von (früh-)pädagogischen Fachkräften, dem Umgang mit Diversität im Kindergarten und der Schule sowie internationalen Vergleichsanalysen. Zudem ist sie Forschungsprofessorin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin.

Kontakt:

Freie Universität Berlin,
Arbeitsbereich Frühkindliche Bildung und Erziehung
E-Mail: yvonne.anders@fu-berlin.de

dem immer wieder bestätigt: Deutschland produziert reihenweise Schulversager mit wenig Aufstiegschancen, die oft eines gemeinsam haben, nämlich ihre Herkunft aus „bildungsfernen Familien“, wie sie Politik und Wissenschaft mittlerweile nennen. Zugespielt formuliert sind damit solche Haushalte gemeint, in denen zwar kaum Bücher im Regal stehen, dafür aber große Flachbildfernseher rund um die Uhr laufen. Schlecht ausgebildete Eltern, oft mit niedrigem Einkommen oder Migrationshintergrund. Es setzte sich die Erkenntnis durch: Wir können nicht erst in der Schule gegenzusteuern versuchen.

„Die Pisa-Ergebnisse haben einen großen Beitrag geleistet“, sagt Yvonne Anders, Professorin am „Arbeitsbereich Frühkindliche Bildung und Erziehung“ der Freien Universität. „Wir diskutieren seitdem endlich darüber, mit Bildungsangeboten viel früher anzusetzen, so wie es in anderen Ländern längst üblich ist.“ Dazu kamen Befunde aus der Gehirnforschung, die zeigen, wie leicht Jungen und Mädchen schon in der frühen Kindheit lernen – und was sie alles können. So erkennen Säuglinge mit drei Monaten bereits einfache mathematische und physikalische Zusammenhänge. „Sie haben zum Beispiel schon in diesem Alter eine Vorstellung von verschiedenen Anzahlen“, sagt Anders. Auch Grundlagen einer moralischen Unterscheidung von Gut und Böse entwickeln sich schon bei Babys, die ein halbes Jahr alt sind. Später, beim selbstständigen Spielen, entwerfen Kleinkinder Alternativen zur Realität: Wir tun jetzt so, als ob dieser Stuhl ein Auto ist. Wir tun so, als ob ich der König bin. Wir tun so, als ob Mama fliegen kann. Was manch ein Erwachsener als niedliche Phantasterei der Kleinen abtut, sehen Wissenschaftler heute als wichtiges Werkzeug der Weltaneignung.

Ein Modellprojekt mit der Stadt Herford

Yvonne Anders konzentriert sich in ihrer Arbeit darauf, auf welche Art verschiedene Umgebungen die Kinder „anregen“, also wie sich etwa Familie oder Kita auf das Lernen und die Entwicklung auswirken. Zu einer anregenden Lernumgebung für die Kleinsten gehören etwa Eltern, die zuhören und etwas vorlesen, anstelle dauernder Fernsehberieselung. Gerade hat sie mit einer Studie begonnen, in der sie, zusammen mit ihren Studierenden, ein Modellprojekt in Nordrhein-Westfalen evaluiert. Dort hat die Stadt Herford vor einigen Jahren das Programm „Chancenreich“ gestartet, zusammen mit der Carina-Stiftung. Es ist ein ambitioniertes Programm: Mütter und Väter bekommen ein Handbuch und können an Kursen teilnehmen, in denen sie mehr über Erziehung lernen. Erzieherinnen, Heilpädagoginnen und Krankenschwestern schauen als „Familienbesucherinnen“ bei den frischen Eltern vorbei und informie-



ren sie über Förderangebote. „Gerade wenn eine Familie das erste Kind bekommen hat, sind die Eltern oftmals unsicher“, so eine beteiligte Sozialarbeiterin, „Familienbesucherinnen unterstützen und beraten, zwingen aber nichts auf.“ Es gibt Vorsorgeuntersuchungen, Treffen und Vernetzungsangebote sowie Hilfe bei der Suche nach einem Kita-Platz. Und das Programm lockt Eltern mit einem Bonussystem: Bis zu 500 Euro bekommen sie, wenn sie mitmachen und ihr Kind schon früh in eine Kita geben.

Wie gut so ein Angebot jedoch angenommen wird und ob es tatsächlich funktioniert, können die Wissenschaftler bislang noch nicht sagen. Vor allem die entscheidende Frage, wie sich die Kinder später entwickeln und ob Programme in der frühen Kindheit nachhaltige Effekte zeigen, ist noch offen: „Insgesamt weiß man bislang relativ wenig über die Auswirkungen solcher Interventionen“, sagt Anders. Auch deshalb wollen sie und Kollegen der Universität Bielefeld in den kommenden Monaten erkunden, ob und wie sehr die Teilnahme am Projekt „Chancenreich“ die „familiäre Anrengungsqualität“ und die kindliche Entwicklung prägt.

Vier Fragen stehen im Mittelpunkt: Hat sich die Erziehungskompetenz der Eltern verbessert? Sorgen die Eltern eher vor, etwa was die Gesundheit ihrer Kinder angeht? Wie haben sich die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder verändert und wie ihr Sozialverhalten? Und schließlich: Sind einzelne Teile des Programms besonders wirkungsvoll? Dafür werden die Wissenschaftler Interviews führen, vor allem mit den Müttern, sie werden beteiligte Erzieher befragen, in den Haushalten der Familien vorbeischaun, zum Beispiel um die Bücher im Regal zu zählen, und sie werden Sprachtests mit den Kindern durchzuführen. „Es ist eine kleinere Studie“, sagt Anders, „aber wir erwarten uns einiges.“ Sie und ihre Kollegen konzentrieren sich auf 240 Familien, deren Kinder jetzt drei bis vier Jahre alt sind und die am Programm teilgenommen haben. Zum Vergleich beziehen sie rund 80 Familien außerhalb des Projekts mit ein.

Ein weitaus größeres Forschungsvorhaben, an dem Anders beteiligt ist, beschäftigt sich mit dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen“, das rund 4.000 Kitas in Problemvierteln zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ aufrüsten will. Das Programm schickt unter anderem zusätzliche und besser bezahlte Fachkräfte in die Einrichtungen und konzentriert sich vor allem auf drei Gruppen: Kinder, die jünger sind als drei Jahre, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus bildungsfernen Familien.

Denn nicht nur viele Eltern brauchen Unterstützung, sondern auch das Personal in den Kitas, da sind sich viele Experten sicher. Auch Wolfgang Tietze, Professor am Arbeitsbereich Kleinkindpädagogik der Freien Uni-

versität und Leiter der NUBBEK-Studie – einer bundesweiten Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit –, kritisiert die Qualität vieler Kitas, deren Arbeit sich auf dem Niveau der „gehobenen Mittelmäßigkeit“ bewege. Ihm zufolge verdient gerade Mal ein Drittel aller Kitas und Kindergärten die Note „sehr gut bis gut“, zwei Drittel sind seiner Meinung nach bestenfalls mittelmäßig. Einige gehörten sogar „sofort geschlossen“.

Immerhin: Es bewegt sich auch hier vieles seit Pisa. „Das Umdenken findet statt“, sagt Anders, „die Umsetzung dauert einfach länger, auch weil die Bundesrepublik nun mal föderal organisiert ist.“ Das Land, in dem vor über 170 Jahren der erste Kindergarten öffnete, modernisiert nun Schritt für Schritt sein Bildungssystem, auch für die Jüngsten. Der Erfinder dieser Einrichtung hieß Friedrich Wilhelm August Fröbel, er wollte mehr, als Kinder nur zu verwahren: Er setzte auf den Dreiklang von Betreuung, Erziehung und Bildung. Klingt ziemlich modern. Und machbar, nicht nur an einem 35. Mai in einer verkehrten Welt.

Je früher Eltern ihren Kindern Geschichten vortragen, desto besser wird das Vokabular des Kindes, was sich wiederum nachweislich positiv auf spätere Schulleistungen auswirkt.



Jürgen Escher / Stiftung Chancenreich



Wir freuen uns auf Sie

Ernst Reuter (1889–1953) hatte als Oberbürgermeister von Berlin (ab 1950 Regierender Bürgermeister) entscheidenden Anteil an der Gründung der Freien Universität Berlin, die am 4. Dezember 1948 im Titania-Palast in Steglitz gefeiert wurde. Immer wieder regte er an, einen Förderverein ins Leben zu rufen. Sein Wunsch wurde nach seinem Tod als Vermächtnis verstanden und am 27. Januar 1954 in die Tat umgesetzt. In der Ernst-Reuter-Gesellschaft (ERG) treffen sich seit über 50 Jahren Studierende, Absolventen, Freunde, Förderer und ehemalige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie sind herzlich eingeladen, sich über die Arbeit des Fördervereins zu informieren.

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft in der ERG erhalten Sie

1. Einladungen zu Veranstaltungen der ERG und der Freien Universität
2. ZEDAT-Account mit E-Mail-Adresse
3. Ermäßigungen für Veranstaltungen
4. Ermäßigung für die GasthörerCard
5. Mitarbeiterarif beim Hochschulsport
6. Ermäßigung für Weiterbildungsangebote
7. Mitarbeiterarif in der Mensa
8. Versand des Alumni-Magazins *wir* (für Vollzahler)
9. Auf Wunsch Zusendung des Wissenschaftsmagazins *fundiert* und der *Tagesspiegel*beilage (für Vollzahler)
10. Ermäßigung für die Jahreskarte des Botanischen Gartens
11. Ermäßigung für das Berliner Kabarett Theater *Die Wühlmäuse*

Die ERG widmet sich verstärkt der Kontaktpflege zu den Ehemaligen der Freien Universität Berlin. Als Mitglied können Sie über Fachgrenzen und Studienzeit hinaus an Leben, Arbeit und Entwicklung der Freien Universität teilnehmen. Die ERG ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Ernst-Reuter-Gesellschaft:

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 · Kto. 101 00 101 11

Ernst-Reuter-Stiftung der Freien Universität Berlin:

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 · Kto. 600 00 535 07

Unsere Aktivitäten

- ▶ Verleihung der Ernst-Reuter-Preise
- ▶ Verleihung der Ernst-Reuter-Stipendien
- ▶ Unterstützung der Jubiläumsfeiern Silberne und Goldene Promotion
- ▶ Reuterianer-Forum
- ▶ Druckkostenzuschüsse zu Dissertationen
- ▶ Drittmittelverwaltung zweckgebundener Zuwendungen
- ▶ Gesellschafter der ERG Universitätservice GmbH
- ▶ Gründer der Ernst-Reuter-Stiftung
- ▶ Herstellung von Kontakten zu Absolventen mit dem Ziel der Netzwerkbildung
- ▶ Verwaltungsdienstleistungen für Kapitel (Vereine im Verein)

www.fu-berlin.de/erg

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Ich möchte der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde, Förderer & Ehemaligen der Freien Universität Berlin e. V. beitreten (bitte ankreuzen):

Mitgliedschaft/normal
(Mindestbeitrag 50,00 €/Jahr)

Mitgliedschaft/ermäßigt
(Mindestbeitrag 10,00 €/Jahr für Studierende und Ehemalige einschließlich der ersten drei Jahre nach Exmatrikulation, bitte Nachweis beilegen)

Institution/Firma
(Mindestbeitrag 150,00 €/Jahr)

Fördermitgliedschaft
Ich bin bereit, statt des Mindestbeitrags von 50,00 € eine jährliche Spende von _____ zu zahlen.

Ich möchte dem Kapitel _____ zugeordnet werden (optional)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Ernst-Reuter-Gesellschaft

Vorname _____ Name _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Akad. Grad/Titel/Funktion _____ Beruf/Position _____

Straße _____ PLZ, Ort _____ Telefon/Fax _____

Ich habe an der FU studiert von–bis _____

Ich war an der FU tätig von–bis _____

Ich bin einverstanden, dass die Angaben zu Vereinszwecken in einer rechnergestützten Adressdatei gespeichert werden. Alle Angaben sind freiwillig.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten des Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Kontoinhaber _____

Kontonummer _____ BLZ _____ Geldinstitut mit Ortsangabe _____

Datum _____ Unterschrift _____

KONTAKT:

Ernst-Reuter-Gesellschaft
der Freunde, Förderer & Ehemaligen
der Freien Universität Berlin e. V.
Kaiserswerther Str. 16 – 18
14195 Berlin

Telefon: 030 – 838 53077
Fax: 030 – 838 73442
E-Mail: erg@fu-berlin.de



Von Eingeborenen und Einwanderern

Wissenschaftler der Freien Universität untersuchen,
wie die neuen Medien Gesellschaft und Politik verändern

VON GISELA GROSS

Katzen-Videos, Klickstrecken und „Gefällt mir!“. Dass diese Vokabeln vielen Menschen mittlerweile etwas sagen, zeigt, wie sehr das Internet unsere Gesellschaft verändert hat. Doch während sich weltweit mehr und mehr Menschen in sozialen Netzwerken tummeln, mangelt es realen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften an Nachwuchs. Das liege auch daran, dass viele Politiker noch immer mit dem Internet fremdeln, sagt der Medienwissenschaftler Professor Martin Emmer von der Freien Universität Berlin. Um wieder attraktiver zu werden, bleibt den Parteien seiner Ansicht nach nur eines: Sie müssen sich selbst einem Wandel unterziehen.

Sie vergrößern Fotos mit zwei Fingern, blättern mit Gesten durch digitale Bilderbücher und finden ihre Lieblingsspiele problemlos zwischen Papas Bürosoftware. Schon Kleinkinder hantieren fachmännisch mit Tablet-Computern und Smartphones. Das dokumentieren viele Eltern mit Videos bei Youtube. Manche stellen ihre Sprösslinge auch vor eine besondere Herausforderung: klassische Zeitschriften aus Papier. Das Resultat sind verwirrt bis enttäuscht dreinblickende Kinder, die mit den vom Tablet gewohnten Handbewegungen versuchen, Seiten umzublättern oder gedruckte Fotos anzuklicken. „Ein gedrucktes Magazin ist ein iPad, das nicht

funktioniert“, betitelte ein Nutzer ein solches Video. Ist dieses Nutzungsverhalten der jungen Generation der Anfang vom Ende unserer traditionellen Medien? Und wie lange können Ältere noch Schritt halten mit den Veränderungen der Medienlandschaft, die im Wochentakt neue Geräte und Kommunikationsmöglichkeiten hervorzubringen scheint?

Vor diesen Fragen steht man zwangsläufig angesichts des medialen Wandels, der in vollem Gange ist: „Es ist ja nicht nur so, dass 17-Jährige ganz andere Medien nutzen als 60-Jährige“, sagt Martin Emmer, Professor für Kommunikationswissenschaft und Geschäftsführen-



der Direktor des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität. „Dazwischen gibt es weitere sehr feine Grenzen: Studierende berichten zum Beispiel, dass jüngere Geschwister bereits wieder ganz anders kommunizieren als sie selbst.“ Die viel zitierte Zweiteilung in digitale Eingeborene und Einwanderer – *Digital Natives* und *Digital Immigrants* – greift damit eigentlich zu kurz. Die Grenze zwischen den beiden Gruppen wird meist um den Geburtsjahrgang 1975 herum gesehen: Wer jünger ist, gilt als vertraut mit den neuen Medien, während sich die älteren „Einwanderer“ erst im Erwachsenenalter in die schöne neue Welt des Internets und der digitalen Technologien einleben. Seit Beginn der 1990er Jahre geht daher auch die Angst vor einer „digitalen Kluft“ (*digital divide*) um: Demnach entscheidet ein Internetzugang über Wissen und Nichtwissen, sowohl individualgesellschaftlich als auch global betrachtet.

Für Martin Emmer ist die unterschiedliche Mediennutzung der Menschen vor allem in Hinblick auf die Politik von Interesse. Der Wissenschaftler hat in verschiedenen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekten über politische Online-Kommunikation geforscht. Dabei ging er etwa der Frage nach, wie sich die neuen Technologien auf die Mobilisierung von Bürgern auswirken. Bis 2011 war Emmer auch an der Langzeitstudie „Bürger online – Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland“ beteiligt, bei der die Internetnutzung der Deutschen im Fokus stand.

Zentrale demokratische Prozesse wie Wahlen werden nach Einschätzung des Wissenschaftlers in Deutschland erst wenig vom Internet beeinflusst: „Die digitalen Eingeborenen sind momentan noch nicht ausschlaggebend.“ Denn noch stellt die ältere Generation den größeren Wähleranteil. Dass sich das ändern wird, ist abzusehen, gerade weil sich die Gruppe der Jüngeren und Gebildeten immer häufiger im Netz mit politischen Informationen versorgt. Kein Wunder, dass es für Parteien und Politiker mittlerweile selbstverständlich ist, im Internet Flagge zu zeigen. Emmer stellt ihnen jedoch kein allzu gutes Zeugnis aus: „Die großen Parteien haben zehn Jahre verschlafen“, sagt der Wissenschaftler. Erst in jüngster Zeit hätten sie den Bedarf erkannt. Mittlerweile veröffentlicht auch Peer Steinbrück bei Facebook regelmäßig Fotos seiner handschriftlich verfassten Notizen oder Bilder, auf denen er Bürgern die Hände schüttelt. Und Angela Merkel verbreitet Video-Ansprachen via Youtube. Die jeweiligen Pressesprecher und Social-Media-Teams halten Interessierte mit digital verbreiteten Neuigkeiten auf dem Laufenden.

Doch gerade Jugendliche hätten sich im Netz längst anderen Gruppen zugewandt, sagt Emmer: „Da spielen Parteien und Gewerkschaften überhaupt keine Rolle. Es

sind eher soziale Bewegungen wie Occupy oder auch Umweltschutzgruppen, die junge Menschen erreichen.“ Sie schlossen sich eher themenorientierten Initiativen an. Parteien würden hingegen eher als „große Tanker“ empfunden, bei denen der Einzelne nur wenig ausrichten kann, sagt Emmer. Seine Prognose: Nur durch einen Wandel können sie wieder an Attraktivität gewinnen.

So erreichen aktuelle Politik- und Parteiangebote vor allem Ältere. Jüngere würden möglicherweise auch dadurch von größerem Engagement abgehalten, dass Wähler hierzulande online kaum direkt mitwirken können: „Zwischen dem Wahl- und Parteiensystem und den Strukturen im Netz gibt es wenige Gemeinsamkeiten“, sagt Emmer. In den USA sei dies auf Grund des politischen Systems anders. Bei der Präsidentschaftswahl etwa spielten Parteiorganisationen nur eine geringe Rolle, die Person des Präsidenten dafür eine umso größere. Soziale Medien, in denen persönliche Ansprache, Fotos und Meinungen gefragt sind, eigneten sich deshalb bestens für die Kommunikation der Kandidaten mit den Wählern.

Politik fremdelt mit dem Netz – nach wie vor

Hierzulande fällt es den Parteien und ihren Mitgliedern hingegen schwerer, online eine glaubwürdige Linie zu finden, sagt Emmer. Das liege allerdings nicht daran, dass der Großteil der Politiker etwa bei Twitter oder Facebook nicht persönlich aktiv sei, sondern von Mitarbeitern vertreten werde. Vielmehr mangelt es Emmers Einschätzung zufolge an einer organisierten, umfassenden Auseinandersetzung mit dem Geschehen im Netz. „Für Politiker sind soziale Medien oftmals eine Pflichtaufgabe, sie sehen es als Teil von Wählerarbeit und PR“, sagt der Medienwissenschaftler. Auf Portalen wie „Abgeordnetenwatch“, über die Bürger mit Abgeordneten und Kandidaten öffentlich in Kontakt treten können, sei nur ein relativ kleiner Kreis aktiv. Schließlich ist das Online-Verhalten aber auch eine Frage des Alters: „Von den heute etablierten Politikern sind wenige mit den Mechanismen vertraut“, sagt Emmer.

Liquid Feedback für die direkte politische Beteiligung

Um so mehr setzte die Piratenpartei die etablierten Parteien unter Zugzwang. Der Partei, die sich als Interessenvertretung der „digitalen Eingeborenen“ versteht, attestiert Emmer die Glaubwürdigkeit und Offenheit, die der politischen Konkurrenz oftmals fehlt. Vor allem im Umgang mit dem Netz. „Dass wirklich jeder mitmachen kann, ist dort nicht nur eine leere Phrase“, sagt der Wissenschaftler. Ob sich das nun im politischen Alltag bewähre oder nicht – die Software „Liquid Feedback“ zur

Sie wollen fundiert informiert sein?



Dann ist das Wissenschaftsmagazin **fundiert** genau das Richtige für Sie. Zwei Mal im Jahr informieren wir Sie **fundiert**, interdisziplinär, vor allem aber allgemeinverständlich über ein aktuelles Forschungsthema, das die Gesellschaft bewegt. Wissenschaft aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, neue Perspektiven aufzuzeigen und Traditionslinien erkennbar werden zu lassen – das ist unser Ziel für **fundiert**. In Zeiten knapper Kassen können Sie uns mit einer Spende helfen, **fundiert** auch künftig auf dem gleichen Niveau anzubieten. Ihre Hilfe ist uns willkommen – natürlich steuerlich abzugsfähig. Herzlichen Dank. *Die Redaktion*



Überweisung/Zahlschein (Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts) _____ (Bankleitzahl) _____	Konto-Nr. des Auftraggebers _____
Empfänger (max. 27 Stellen) ERNST - REUTER - GESELLSCHAFT Konto-Nr. des Empfängers 1 0 1 0 0 1 0 1 1 1 Bankleitzahl 1 0 0 5 0 0 0 0 Kreditinstitut des Begünstigten BERLINER SPARKASSE Betrag: Euro, Cent EUR _____	
Verwendungszweck Spende fundiert - Magazin PLZ und Straße des Spenders (max. 27 Stellen) _____ Kontoinhaber: Name, Vorname/Firma, Ort _____ Konto-Nr. des Kontoinhabers _____ 20	
Bitte nicht vergessen: Datum _____ Unterschrift _____	

SPENDE

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

 Empfänger
 ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT e.V.
 Berliner Sparkasse
 Kto: 101 00 101 11
 BLZ: 100 500 00

 Betrag: Euro, Cent _____

 Verwendungszweck
 SPENDE fundiert Mag.

 Datum _____
 Name _____
 Straße _____
 Ort _____

Die ausgefüllte Einzugsermächtigung senden Sie bitte an die Ernst-Reuter-Gesellschaft e.V.
Kaiserswerther Straße 16 – 18, 14195 Berlin oder per Fax an 030 – 838 73442.

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Ernst-Reuter-Gesellschaft widerruflich, einmal jährlich eine Spende von dem unten genannten Konto im Lastschriftverfahren abzubuchen. Die Bedingungen der Teilnahme am Lastschriftverfahren erkenne ich an.

Betrag: _____

Verwendungszweck: **fundiert**-Spende

Name, Vorname, Firma: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Name des Geldinstituts: _____

Bankleitzahl / BIC: _____

Kontonummer / IBAN: _____

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers: **X** _____



Kennen Sie die Ernst-Reuter-Gesellschaft?

Immer wieder hat sich Ernst Reuter während seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin für die Gründung einer FU-Fördergesellschaft eingesetzt. Sein Wunsch wurde nach seinem Tod am 29. September 1953 als Vermächtnis verstanden, und am 27. Januar 1954 wurde die Ernst-Reuter-Gesellschaft (ERG) gegründet. Die ERG unterstützt und fördert die Freie Universität Berlin ideell und materiell, um sie als Ort geistiger Auseinandersetzung, demokratischer Kultur und innovativer Ideen zu erhalten und auszubauen. Die ERG ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden an die ERG sind steuerlich absetzbar.

Mehr über die Aktivitäten der ERG und ein Antragsformular für die Mitgliedschaft finden Sie im aktuellen **wir**-Magazin und im Internet unter www.fu-berlin.de/erg.

Herzlichen Dank!

Sie unterstützen mit Ihrer Spende die Freie Universität Berlin.

Nach dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I in 14057 Berlin (Steuer-Nr. 27/664/55368) vom 08. November 2012 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG sind wir von der Körperschaftsteuer befreit und als gemeinnützig anerkannt.

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Dieser Abschnitt dient in Verbindung mit dem Kontoauszug bis 100,00 EUR als Spendenquittung.

Auf Wunsch stellen wir gerne eine separate Spendenbestätigung aus.

ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Freunde, Förderer & Ehemaligen
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E. V.



politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung etwa, die von den Piraten genutzt und viel diskutiert wurde, habe auch Parteien wie die SPD und die Grünen inspiriert. Intern nutzten sie mittlerweile ebenfalls ähnliche Formate, die den „Usern“ eine direkte Beteiligung ermöglichen. Doch selbst hier stellt sich für den Kommunikationswissenschaftler die Frage der Glaubwürdigkeit: „Nur ein Forum freizuschalten reicht in meinen Augen nicht aus, um wahres Interesse an einem partei-internen oder -externen Dialog zu zeigen“, sagt Emmer.

Womit sollen die Parteien also online punkten? Im Wahlkampf etwa beobachtete Emmer in sozialen Medien wenig Innovatives, sondern vor allem „klassische Top-down-Geschichten“: Inhaltliches dazu sei im Netz stets Teil übergeordneter Kommunikationsstrategien. Was man Online findet, könne man auch auf Wahlplakaten, Broschüren oder Flyern lesen. Die Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal, dem urständig „Digitalen“ in der politischen Kommunikation, stelle sich jedoch nicht nur Parteien. Schließlich hätten nur wenige politische Themen in Deutschland das Potenzial, in Online-Netzwerken tatsächlich behandelt zu werden. „Der Fall Guttenberg hat gezeigt, dass dort nur richtig große Skandale über Sprengkraft verfügen“, sagt Emmer. Zu Verfehlungen habe schließlich jeder eine Meinung: Indem diese unter den Netzfreunden immer weiter gestreut wird, kann die Kritik an Personen oder Institutionen schnell beachtliche Ausmaße annehmen. Als Pranger hat sich das Internet bewährt.

Blogger setzen Themen

Dass sich mittlerweile auch die klassischen Medien im Netz umtun, werde bei den Parteien häufig unterschätzt. Nicht nur Themen an sich, auch Debatten aus der Blo-

gosphäre würden heute im Vergleich zu früher eher aufgegriffen, sagt Emmer, aber es gelinge den Bloggern nicht immer und mit allen Themen, auf sich aufmerksam zu machen. „Anders war das beim Thema Netzsperrungen und dem Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA“, sagt Emmer.

Der Zustand von Medienlandschaften ist für den Wissenschaftler mit ausschlaggebend, welchen Stellenwert das Internet und die sozialen Netzwerke in einem Land einnehmen: Der hiesige klassische Medienmarkt sei – allen Klagen zum Trotz – sehr differenziert und vielfältig. Andernorts blühe hingegen das Angebot im Netz, weil die Menschen nach alternativen Informationsangeboten suchten: „Asien und zum Teil sogar Afrika sind uns in Sachen Smartphone- und Facebook-Nutzung weit voraus“, sagt Emmer. „Auch in den USA zeigt sich, dass reine Online-Medien großes Renommee und viel Aufmerksamkeit erlangen.“ Als Paradebeispiel gilt etwa die *Huffington Post*: Das Newsportal war ursprünglich ein Blog und erhielt 2012 als erste Onlinezeitung den Pulitzer Preis. Heute stelle die Seite eine viel beachtete Gegenöffentlichkeit dar, sagt Emmer. Die deutsche Ausgabe der *Huffington Post* hat diesen Status noch nicht.

Whistleblower als Pioniere

Dennoch: In Zukunft werde das Netz auch hier den politischen Wandel antreiben, prognostiziert der Wissenschaftler. Fälle von „Leaking“, also der inoffiziellen Veröffentlichung sensibler Informationen – auch über das Netz – werden seiner Ansicht nach den politischen Betrieb prägen. Whistleblower wie Julian Assange und Edward Snowden sind also Pioniere einer Zeit, in der bisher geheime Dokumente nur noch wenige Mausclicks von der Öffentlichkeit entfernt sind. „Parteien und Politiker verlieren damit an Kontrolle“, sagt Emmer. Dementsprechend groß sei auch ihre Angst vor Kritik, die sich zum Shitstorm auswachsen kann.

Gleichzeitig ist das Internet schnelllebig: Hohe Wellen der Empörung ebbten oftmals nach kurzer Zeit wieder ab, ein Skandal wird durch den nächsten abgelöst. Außerdem sorgt die Vielfalt des Internets für eine gesplante Öffentlichkeit – je nach dem individuellen Nutzungsverhalten erreichen Informationsangebote im Netz nur eine überschaubare Teilöffentlichkeit. Was aber bedeutet das multimediale Multikulti für die politische Kommunikation in den kommenden Jahren? Vielleicht entwickle sich in den sozialen Netzwerken eine Kultur, die einen toleranteren Umgang mit zum Beispiel Shitstorms und anderen emotional aufgeheizten und doch so kurzlebigen Phänomenen zulasse, hofft Emmer. Eines jedenfalls ist sicher: Für die Kinder von heute werden die Antworten auf diese Fragen zum Rüstzeug für die digitale Welt von morgen gehören.

Prof. Dr. Martin Emmer



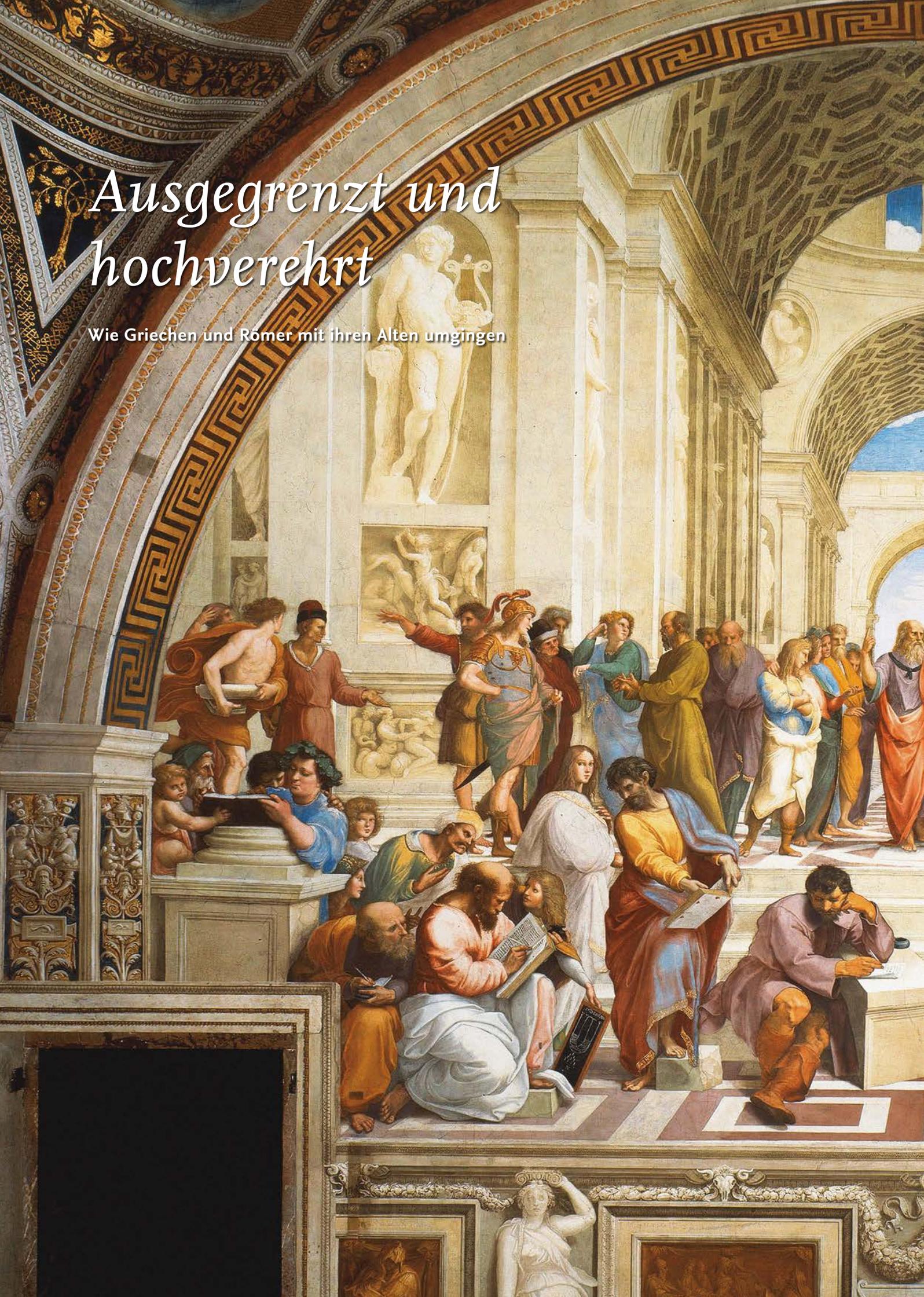
Martin Emmer ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er beschäftigt sich unter anderem mit politischer Online-Kommunikation in Deutschland und der Wirkung computervermittelter Kommunikation auf politische Prozesse. Für *fundiert* erklärte er, warum sich ein Großteil der Politiker noch schwer tut im Umgang mit dem Internet.

Kontakt:

Freie Universität Berlin,
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
E-Mail: martin.emmer@fu-berlin.de

Ausgegrenzt und hochverehrt

Wie Griechen und Römer mit ihren Alten umgingen





VON MATTHIAS THIELE

Senioren in Sparta hatten es gut, Alte Athener dagegen weniger: An der Freien Universität erforscht der Althistoriker Ernst Baltrusch welche Stellung das Alter und alte Menschen in antiken Gesellschaften hatten.

„Ein Greis sieht aus wie der andre, die Stimme zittert wie die Glieder,“ schreibt im zweiten Jahrhundert nach Christus der römische Dichter Juvenalis. Ihm war das Alter offenbar ein Graus – nicht nur, dass Essen und

Wein nicht mehr recht schmecken: „Längst ist das Haupt kahl und die Nase läuft wie in der Kindheit. Das Brot muss der Arme kleinmahlen mit zahnlosem Gaumen. An Beischlaf ist schon lang nicht mehr zu denken und wenn du's doch wagst, liegt der Hoden geschrumpft im Bruch.“

Und dann erst die vielen Krankheiten, die schon Hippokrates im alten Griechenland für die letzte Phase des Lebens beschrieb: Augen- und Ohrenleiden, Atembeschwerden und Verdauungsprobleme, Schwindel, Gliederschmerzen, und Schlaflosigkeit – nicht zuletzt Verwirrtheit und andere Geisteskrankheiten. „Der Greis ist

Von Schwindel bis Schlaflosigkeit: Hippokrates, links, beschrieb viele Krankheiten der letzten Lebensphase (Mosaik aus dem Archäologischen Museum Kos)



wikipedia

Kind zum zweiten Mal“, meint deshalb Platon und Euripedes lässt in seiner Tragödie Herakles den Chor ächzen: „Das Alter ist düster und tödlich, ich hasse es!“

Literarische Übertreibung? Oder historisches Zeugnis, dass das Alter schon bei den Alten Griechen und Römern wenig mehr bedeutete als körperlicher Verfall? Zur Rolle alter Menschen in den Gesellschaften der Antike hat Ernst Baltrusch, Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meineke-Institut der Freien Universität, zahlreiche Quellen zusammengetragen und kennt die aktuelle Forschung. Weshalb er beim Thema auch zunächst differenziert: „Während die Athener alte Menschen gezielt ausgrenzten, schätzten Spartaner und Römer das Wissen und die Erfahrung der älteren Generation.“

Die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei den Römern und Griechen grade mal bei 30

Doch wer galt überhaupt als älter oder gar alt? Verlässliche Antworten auf diese Fragen zu finden ist schwer, denn es gibt nur wenige verlässliche Daten, die auf eine durchschnittliche Lebenserwartung schließen lassen. Zwar finden sich etwa auf römischen Gräbern zahlreiche Inschriften. Das Alter des Verstorbenen wurde aber nur dann angegeben, wenn dieser ungewöhnlich früh gestorben war. Sicher lag die mittlere Lebenserwartung bei Griechen und Römern niedriger als heute – man setzt sie bei nur rund 30 Jahren an – doch heißt das nicht, dass es keine Alten gab. Die hohe Kindersterblichkeit drückte den Durchschnitt ebenso wie die große Zahl von Frauen, die bei der Geburt oder im Kindbett starben. Dennoch: Die römische Gesellschaft, für die anhand von Listen regional relativ zuverlässige Zahlen vorliegen, war eine junge. Nur etwa ein Viertel der

Bevölkerung war über 40 Jahre alt, lediglich rund fünf Prozent der Bewohner Roms waren älter als 60 Jahre.

Eine Annäherung an das, was der antike Mensch unter Alter verstand, findet sich in literarischen Quellen: Solon, Athens erster großer Staatsmann, dichtete um 600 vor Christus Verse über das „Alter und Altern“. Darin teilte er das Leben idealtypisch in zehn Jahrsiebe ein. Und auch in der Bibel, die in der Spätantike im Rom der christlichen Kaiser zum Maß aller Dinge wurde, heißt es in Psalm 90: „Unser Leben währt siebenzig Jahre, und wenn es hoch kommt, sind es achtzig.“ Im ersten Jahrhundert nach Christus, in der römischen Kaiserzeit also, schreibt Plinius der Jüngere in einem Brief über einen verstorbenen Freund: „Er vollendete freilich das 67. Lebensjahr, welches Alter auch für sehr Gesunde lang genug ist.“

Wer etwa in Sparta ein derart gesegnetes Alter erreichte, konnte mit Achtung und unter Umständen sogar einer politischen Karriere rechnen: Eine ihrer drei Verfassungsinstitutionen, die Gerusia, war ein Ältestenrat. Sie stand nur den Bürgern offen, die das sechzigste Lebensjahr vollendet hatten. Bei gemeinsamen, öffentlichen Mahlzeiten bekamen die älteren Spartaner Ehrenplätze und, ganz unspartanisch, eine extra große Portion.

Ähnlich ehrten auch die Römer ihre Alten und Ahnen, schrieb man den Verstorbenen doch Einfluss auf die Geschicke ihrer Nachfahren zu. So wurden bei den Totenfesten wächserne Masken der verstorbenen Ahnen umhergetragen, in Hausschreinen ehrte man die Geister der Vorfahren. „Die Herkunft war von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Stellung einer Familie“, sagt Baltrusch: „Deshalb ehrten die Römer die Vorfahren, denen sie ihre Herkunft verdankten.“

Mit 60 hatten Familienoberhäupter nichts mehr zu melden

Ausgerechnet in der demokratischen Vorzeigesellschaft des antiken Athens jedoch wurden alte Menschen systematisch ausgegrenzt: Wer das sechzigste Lebensjahr erreichte, wurde bei öffentlichen Ämtern nicht mehr berücksichtigt. Auch privat hatten sie nicht mehr viel zu melden: In der Familie war er nicht länger das Oberhaupt, sondern musste diese Rolle an seinen ältesten Sohn abgeben. „Dies resultierte aus der Grundidee attischer Demokratie, staatliche Macht dynamisch, innovativ und schnelllebig zu halten und Einfluss und Amt stets nur auf Zeit zu verleihen“, sagt Baltrusch. Die Athener fürchteten nichts mehr als eine Oligarchie der Adelsgeschlechter oder die Tyrannis. Der stetige Generationenwechsel beugte so dem Einfluss erfahrener, alter Politiker vor.

Eine Angst, die man in Rom nicht kannte. Der Senat etwa war ursprünglich ein Ältestenrat, einen Ruhestand

Prof. Dr. Ernst Baltrusch



Ernst Baltrusch ist seit 1995 Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meineke-Institut der Freien Universität und er forscht im Arbeitsbereich „Historical Spaces“ des Exzellenzclusters Topoi. In seiner wissenschaftlichen Arbeit konzentriert er sich unter anderem auf die Geschichte des Judentums in der Antike, das Völkerrecht in der Antike, die Geschichte Spartas und der Römischen Republik. Für *fundierte* war er nun schon zum dritten Mal ein idealer Experte, diesmal für die Frage, wie man mit den Alten in der römischen und griechischen Antike umging.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, Friedrich-Meineke-Institut

E-Mail: balt@zedat.fu-berlin.de



kannten die Amtsträger während der Römischen Republik nicht. Sie wurden auf Lebenszeit ernannt und lenkten die Geschicke des Staates bis zum letzten Atemzug. Dies änderte sich erst in der Kaiserzeit, als die Senatoren ab 60 Jahren von Senatssitzungen befreit wurden und bestimmte politische Ämter nicht mehr übernehmen durften. „Wahrscheinlich musste das politische Personal in dieser Zeit belastbarer sein“, sagt Baltrusch: „Schließlich war Rom längst keine lokale Macht mehr, sondern reichte vom Atlantik bis zum Kaspischen Meer.“

Geschichte wiederholt sich: Sind die Kassen leer, erhöht sich das Rentenalter

In der Spätantike, als die Staatskassen leer und die Grenzen bedroht waren, erhöhte man das Rentenalter auf 70 Jahre. Unter Kaiser Konstantin wurden Gesetzes-

texte verfasst, in denen 320 nach Christus erstmals das Recht auf einen materiell gesicherten Lebensabend niedergeschrieben wurde – freilich ohne Rechtsanspruch, sondern viel mehr als Ideal.

Bei den Griechen waren es die eigenen Nachkommen, die zur Versorgung der Alten verpflichtet waren. Platon formulierte es als eine Art Generationenvertrag: Die Jungen schulden den Ältern die Fürsorge und können diese im eigenen Alter wiederum von ihren Nachkommen erwarten. Dass diese Pflicht nicht immer beachtet wurde, davon zeugen literarische Überlieferungen. So schrieb der Dichter Hesiod schon im 7. Jahrhundert vor Christus: „Bald missachteten die Jungen ihre altersgebeugten Erzeuger, mäkeln an ihnen und fahren sie an mit häßlichen Worten rücksichtslos; geben dann auch nicht ihren greisen Erzeugern zurück den Entgelt für die Aufzucht.“ Gesetze drohten den Kindern schließlich

Platon (links, an seiner Seite Aristoteles) formulierte eine Art Generationenvertrag: Die Jungen schulden den Ältern Fürsorge und können diese im eigenen Alter wiederum von ihren Nachkommen erwarten.



wiki/pedia

mit Haft und Todesstrafe, wenn sie ihre Eltern nicht unterstützten.

Die Aussicht auf eine Versorgung im Alter galt jedoch umgekehrt als Faustpfand um eine gegenseitige Generationengerechtigkeit juristisch durchzusetzen und abzusichern. So verloren Eltern in Athen ihren Versorgungsanspruch, wenn sie ihren Kindern keine Ausbildung ermöglichten oder zur Prostitution zwangen.

Auch im römischen Recht war die Familie Basis der sozialen Absicherung im Alter. Seit der Kaiserzeit gab es außerdem Vorläufer einer staatlichen Altersvorsorge. Politiker in den Provinzen zum Beispiel erhielten im Alter ein Speiserecht im Rathaus ihrer Stadt. Römischen Berufssoldaten zahlte der Staat nach ihrer Dienstzeit eine Abfindung und gab ihnen ein eigenes Stück Land, ebenso wurden Invaliden und Kriegswitwen materiell versorgt.

„Betrachtet man die römische Gesellschaft, so ist in Bezug auf den Umgang mit den Alten der Übergang zur Kaiserzeit sicher eine Zeitenwende“, sagt Professor Baltrusch. Octavian, dessen Aufstieg nach dem Tod seines Großonkels Julius Caesar im Jahr 44 vor Christus im zarten Alter von 19 Jahren begann und der sich später unter dem Ehrentitel Augustus die Alleinherrschaft sicherte, war darauf aus, die Gesellschaft zu verändern und alte Prinzipien über Bord zu werfen. Waren es zu Zeiten der Republik die Alten, die im Senat den Ton angaben, förderte er gezielt junge Männer. Auch im Privaten begrenzte er den Einfluss der Alten. So durfte ein Familienoberhaupt nach neuen Gesetzen die Ehe seiner Nachkommen nicht mehr verhindern. Wer das 18. Lebensjahr vollendete, musste heiraten – ansonsten durfte er weder erben noch bestimmte politische Ämter übernehmen. „Die neuen Gesetze sollten dafür sorgen, dass die Bevölkerung nach Jahren des Bürgerkrieges wieder wächst. Gleichzeitig bedeuteten die Maßnahmen aber auch, dass die Bedeutung des Patriarchen in einer Familie ebenso schwand wie die der Alten in der Politik“, sagt der Historiker. Man schickte sie aufs Altenteil.

Trotz entsprechender Gesetze gab es in Rom auch Fälle, in denen Söhne ihren Eltern die nötigen Mittel zum Leben verweigerten. „Speziell im ersten Jahrhundert nach Christus scheint dies ein Problem gewesen zu sein“, sagt Baltrusch: „In Ägypten haben Archäologen viele Papyri-Akten gefunden, die Prozesse zwischen Eltern und Kindern dokumentieren. Die Beamten mussten oft eingreifen und das Recht der Eltern durchsetzen.“

In der Spätantike setzt sich das Gebot christlicher Barmherzigkeit durch

Dabei spielten auch regionale Unterschiede eine wichtige Rolle: Im Ostteil des Reiches, das seit jeher besser organisiert und dichter besiedelt war als der Westen, überwachten römische Beamte die Einhaltung der

Gesetze. Aus dem Norden dagegen drangen Schauer-märchen nach Rom: Kelten und Germanen, so wurde es kolportiert, setzten ihre Alten in den Wäldern aus und überließen sie dort sich selbst.

In der christlich geprägten Spätantike setzte sich immer mehr die jüdisch-neutestamentliche Sicht in der Gesellschaft durch: Schon die Zehn Gebote mahnten, Vater und Mutter zu Ehren, das christliche Gebot der Barmherzigkeit wurde in den urchristlichen Gemeinden gelebt und war wesentlicher Bestandteil des Erfolges der neuen Religion.

In Byzanz war es denn auch Aufgabe der Kaiserin, für die Armen, Kranken und Alten zu sorgen. Später, als der römische Staat immer schwächer wird, übernehmen private Initiativen diese Aufgabe: Ein Bruder des Kirchenlehrers Basilius, Naucratius von Caesarea, richtet im vierten Jahrhundert nach Christus in der heutigen Türkei erstmals spezielle Häuser für verarmte, alte Menschen ein. Mehr als 30 solcher Einrichtungen sind heute bekannt. Der oströmische Staat unterstützte sie, indem er Steuerbefreiungen gewährte.

Im Westteil des Reiches gehören zu den neu aufkommenden Klöstern immer auch Herbergen für Notleidende. Doch durch die Verwerfungen der Völkerwanderung und die vielen bewaffneten Konflikte werden spezielle Altenheime dort erst im frühen Mittelalter eingerichtet.

Antike Gesellschaften versuchten jedoch nicht nur die ökonomischen Konsequenzen des Alterns zu mildern. Auch die Medizin versuchte Altersbeschwerden zu verstehen und zu kurieren. Insbesondere der griechische Arzt Hippokrates und Kaiser Marc Aurels Leibarzt Galen prägten die medizinische Vorstellung der antiken Welt. „Grundlage war die sogenannte Vier-Säfte-Lehre“, erläutert Professor Baltrusch: „Blut, Schleim, sowie gelbe und schwarze Galle galten als die vier Säfte des menschlichen Körpers, deren natürliches Gleichgewicht Grundlage für ein gesundes Leben war.“ Im Alter, so die Vorstellung, überwog der Schleim, hervorgerufen durch Erkaltung und Austrocknung des Körpers.

Auf dieser Grundannahme entwickelte der römische Arzt Galen eine Therapie, die das Altern verlangsamen sollte. Regelmäßige Bäder, Massagen und Gymnastik sollten dabei die Körper der Alten ebenso erwärmen wie Honig und Wein. Viel Flüssigkeit sollte gegen das Austrocknen wirken.

Der römische Dichter und Politiker Cicero allerdings wünschte sich nicht nur einen gesunden Lebenswandel, sondern auch eine gesunde Lebenseinstellung – und das nicht nur bei den reiferen Bürgern: „Greise, die keine zu großen Ansprüche stellen, die nicht mürrisch, nicht unfreundlich sind, verleben ein ganz erträgliches Alter; Misslaune hingegen und Unfreundlichkeit ist bei jedem Alter widerwärtig.“



Der Wandel in Stichpunkten

KURZ-FUNDIERT

Eine Chance für Stichpunkte: Die bieten im Heft immer die letzten Seiten. Hier zählt Vielfalt und eine interessante Perspektive mehr als das Alter. Allem Wandel zum Trotz eine kurze Lese-Erfahrung, auf die wir auch in dieser Ausgabe nicht verzichten möchten.

Wie lebt man länger?

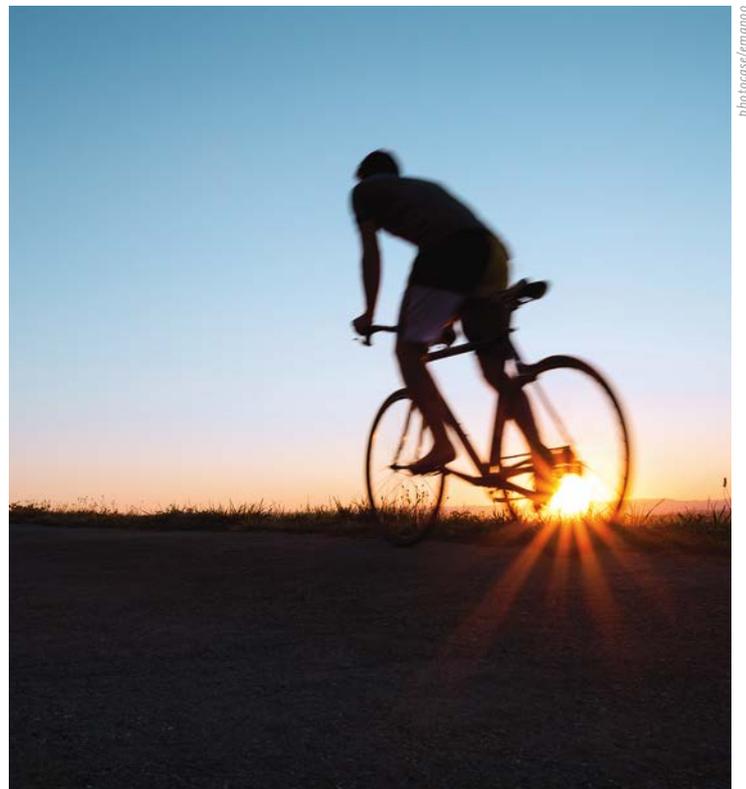
In Märchen, Sagen und Weltliteratur finden sich ebenso gruselige wie seltsame Methoden. Sie reichen vom Vollbad in Blut oder Zauberwasser über Äpfelverzehr oder den Verkauf der Seele an den Teufel. Auch im echten Leben ist das Interesse an Elixieren und Rezepten ewiger Jugend groß: Bei den über Hundertjährigen der Welt ist die Frage nach ihrem „Geheimnis“ ein journalistischer Standard. Allerdings keiner, von dem man wissenschaftlich verwertbare Erkenntnisse erwarten würde. Denn von Rotwein über Sonnenbaden, Beten, Schokoladeessen oder Rohkostverzehr, Sport oder körperliche Ruhe reicht die Palette. Dass es kein Patentrezept gibt, diese Auffassung teilen mittlerweile hingegen auch Forscher. Bei systematischen Befragungen von Menschen, die 110 Jahre und älter sind, kam lediglich heraus, dass die „Supercentenarians“ kaum gemeinsame Nenner bei der Lebensführung haben. Immerhin: Der aktuell vermutlich älteste Mann, der 123-jährige Bolivianer Carmelo Flores Laura, hat eine bisher neue Empfehlung. Das Geheimnis seines gesegneten Alters: Stinktief-Fett.

Wie wird man weniger?

Das ist die große Frage, die vor allem die Raumplanung in Deutschland beschäftigt. Während es lange Zeit in

Deutschland darum ging, Wachstum so weit als möglich sinnvoll zu planen, so geht es jetzt um geordneten Rückzug. Vor allem auf dem Land. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung geht die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2030 in fast allen Gegenden stark zurück. Nur München, Havelland-Fläming, Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Westsachsen und Hamburg könnten bis 2030 einen Zuwachs jun-

Es gibt zwar kein Patentrezept für ein langes Leben, Sport und Bewegung helfen jedoch mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit.



Photocase/emanoo



ger Menschen erleben. Alle anderen Regionen werden sich überlegen müssen, wie Leben auf dem Land oder in der Kleinstadt dann noch funktionieren kann. Auch ohne Supermarkt, ohne Postfiliale, Busanbindung oder Arzt in der Nähe.

Eins plus eins macht – einskommavier ...

Auch wenn es Familien in Berlin manchmal schwerfällt das zu glauben: in Deutschland herrscht Nachwuchsmangel. 1,36 Kinder – so niedrig lag 2011 die zusammengefasste Geburtenziffer laut den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Gemeinsam mit Spanien und Italien belegen die Deutschen die hintersten Plätze der westeuropäischen Reproduktions-Rangliste. Da die niedrige Geburtenrate als eine der Hauptursachen für den demografischen Wandel gilt, beschäftigt die Frage, wer mit wem warum wie viele Kinder bekommt, sowohl die Politik als auch die Wissenschaft. Als eine der ersten ökonomischen Fertilitätstheorien gelten die Arbeiten des deutschen Ökonomen Lujo Brentano. Dass die Entscheidung Kinder zu bekommen in erster Linie nach einem Nutzen-Kosten-Vergleich gefällt wird, diese Idee publizierte er schon 1909. Der Chicagoer Professor Gary Becker entwickelte diese Idee in den 60er Jahren weiter und bekam dafür 1992 den Nobelpreis.

... oder doch 1,57?!

1,36 Kinder pro Frau in Deutschland, mit dieser Zahl werden stets düstere Bilder gezeichnet, wenn es um den demografischen Wandel geht. Schließlich müsste eine Frau zwei Kinder bekommen, damit eine Bevölkerung rechnerisch stabil bleibt. Dass es sich bei den aktuellen 1,36 um einen Fehler handeln könnte, dazu publizierten 2013 Forscher des Max-Planck-Instituts für demografi-

sche Forschung. Sie berechneten Geburtenraten in über 30 Ländern mit einer komplexeren Statistik-Methode, die nicht nur eine Vorhersage der Geburtenzahl pro Kopf prognostiziert, sondern auch Wahrscheinlichkeiten ermittelt. Dabei kam heraus, dass etwa die Deutschen zwar später Kinder bekommen – aber nicht unbedingt weniger. Nach der neuen Methode kamen die Wissenschaftler auf 1,54 Kinder für ostdeutsche und 1,57 für westdeutsche Frauen – das läge deutlich über dem Wert, den das Statistische Bundesamt berechnet hat.

Da geht noch was

Kinder sind geborene Lerner – ohne größere Probleme lernen sie normalerweise Sprechen, Laufen oder Klötzchen bauen. Dass Lernen auch mit 50, 60 oder 70 noch erstaunlich gut geht, haben Forscher mittlerweile mit vielen Studien eindrucksvoll belegt. Viele der älteren Generation setzen das schon lange praktisch um. Das zeigt sich auch an den Zahlen der Freien Universität. Jedes Jahr nehmen etwa 2.000 Menschen an Lehrgängen der Freien Universität über das Gasthörerprogramm teil, dessen Kurse von Kunstgeschichte bis zu Kreativem Schreiben reichen.

Wandelndes Beispiel

Was den demografischen Wandel in Industrienationen angeht, hat Deutschland oft eine Vorreiterrolle. Schließlich gilt es als erstes Land der Erde, das den Übergang vom stetigen Zuwachs der Bevölkerung zum Bevölkerungsrückgang erlebte. Und zwar ohne Krieg oder Hungersnot. 1972 markiert in der Geschichte der Bundesrepublik das Jahr der demografischen Wende: Die Zahl der Sterbefälle liegt seither stets über der Anzahl der Geburten. Dennoch ist der eigentliche Pionier, wie eine



photo: case, kette

Der Wandel in Stichpunkten

Gesellschaft mit dieser Herausforderung fertig wird, vermutlich ein anderes Land – nämlich Japan. Dort fand die demografische Wende erst 2006 statt. Doch die Geburtenrate liegt bei etwa 1,3 und gilt als die niedrigste der Welt. Da die Einwanderungspolitik Japans traditionell sehr rigide ist, gehen Demografen davon aus, dass 2040 auf jedes neugeborene Kind etwa ein Hundertjähriger kommen könnte.

Die alte Angst vor dem Schwund

Immer mehr alte Menschen und immer weniger Kinder: Die Ängste vor einem solchen Szenario sind nicht wirklich neu. Und so liest sich der Bericht des antiken Autors Polybios auch erstaunlich aktuell – obwohl er über 2100 Jahre alt ist. „In der Zeit, in der wir leben, ist in ganz Griechenland die Zahl der Kinder, überhaupt der Bevölkerung in einem Maße zurückgegangen, dass die Städte verödet sind und das Land brachliegt, obwohl wir weder unter Kriegen von längerer Dauer noch unter Seuchen zu leiden hatten.“ Als Grund für die Überalterung sah der Geschichtsschreiber vor allem die geringen Geburtenzahlen. Anstatt eine ganze Kinderschar großziehen zu wollen, gebe es in Familien nur mehr „eins oder zwei, damit sie im Luxus aufwachsen und ungeteilt den Reichtum ihrer Eltern erben, nur deshalb hat das Übel schnell und unvermerkt um sich gegriffen.“ Auch wenn Polybios' Thesen nicht auf Daten und Statistiken beruhen, gilt er als einer der ersten Vertreter der Bevölkerungswissenschaft.

Ein AAL im Haus ersetzt die Haushilfe

In Deutschland gibt es rund 38 Millionen Wohnungen. Altersgerecht sind davon bisher nach Schätzungen höchstens 10 Prozent. Wie ältere Menschen trotzdem in

Zukunft weiterhin ohne fremde Unterstützung in ihren vier Wänden leben können, an dieser Frage arbeiten seit vielen Jahren unter anderem Informatiker, Mediziner, Wirtschaftswissenschaftler oder Ingenieure. Ein Schlagwort ist *Ambient Assisted Living*, kurz AAL genannt. Dazu gehören zum Beispiel Geräte, die ein Zuhause zu einer „intelligenten Umgebung“ machen. Insbesondere ältere oder pflegebedürftige Menschen sollen dank AAL selbstbestimmt zuhause leben können. Die Freien Universität forscht dazu unter anderem im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojektes *Beatmungspflege@Zuhause (Bea@Home)*. Professor Martin Gersch vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaft wird gemeinsam mit Medizinerinnen der Charité – Universitätsmedizin Berlin an der Entwicklung, Realisierung und Evaluation eines Pflegekonzeptes für langzeitbeatmete Patienten arbeiten.

Wenn ich alt bin, werde ich Model

Das ist der Titel eines Buches, das das „Senior Model“ Christa Höhs in diesem Jahr veröffentlicht hat. Sie hat mit über 50 eine Model Agentur gegründet – für Models, die erheblich älter sind als etwa die Kandidatinnen, die sonst bei Model-Casting-Shows zu sehen sind. Ihre Senior Models sind erfolgreich: Sie haben schon für McDonald's, Vodafone, die Deutsche Bank und andere Großunternehmen geworben. Tatsächlich sind Models mit Krähenfüßen und grauen Haaren gefragt wie vermutlich nie zuvor. Sie sollen Werbung bei den Menschen machen, die ebenfalls nicht mehr ganz jung sind – dafür aber eine kaufkräftige und wachsende Zielgruppe. Und eine, die selbstbewusst genug ist, einem Teenager-Model Werbung für Haftcreme einfach nicht abzukaufen.

Zusammengestellt von Julia Rudolf

Unser

DIN A2 Premium-Digitaldruck



Ihren persönlichen
Kalender

auch in
Kleinauflagen



in
höchster
Qualität



und das
schnell und kompetent!

Bestellen Sie jetzt Ihre Premium A2-Kalender unter
<http://www.digital-druck-berlin.de>



Druckerei H. Heenemann
Bessemerstraße 83-91 • D-12103 Berlin
Telefon (030) 75 30 30
Telefax (030) 75 30 31 31



Ihr Sparpaket: iPad Air mit Tagesspiegel E-Paper für nur 29 € im Monat.*

Sichern Sie sich Ihr Sparpaket zum einmaligen Vorzugspreis:

- iPad Air
- + Tagesspiegel E-Paper
- + Tagesspiegel-App für iPad und iPhone
- + **Hardcase mit Standfunktion gratis dazu – für alle Besteller bis zum 31. März 2014!**

für nur 29 € im Monat!*



Abb. ähnlich

Ihr Geschenk: Hardcase mit Standfunktion



Apple iPad

Gleich bestellen:
Telefon (030) 290 21 - 500
www.tagesspiegel.de/tablet-fundiert



* Einmalige Zuzahlung für iPad Air, 16 GB mit Wi-Fi: 99,- € / mit Wi-Fi und Cellular: 195,- €. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 24 Monate. Nach Ablauf der Mindestlaufzeit gilt der dann gültige Preis für das E-Paper (zzt. 17,20 € monatlich). Preise inkl. MwSt. Der Kauf des Tablets steht unter Eigentumsvorbehalt innerhalb der ersten 2 Jahre. Mit vollständiger Zahlung des Bezugspreises für die Mindestvertragslaufzeit geht das Eigentum am Tablet an den Käufer über. Die Garantie für das Tablet beläuft sich auf ein Jahr. Es gelten die unter www.tagesspiegel.de/bundle-agb veröffentlichten AGB. Die einmalige Zuzahlung wird bei Lieferung des Gerätes fällig. Zusätzlich zur Zahlung werden 2,- € Nachentgelt erhoben. Nur so lange der Vorrat reicht.